



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | TECHNIK | PRAXIS

Vorwerken!
21. Juli
2016



V. l.: Dr. Ulrich Reuter, Gabriele Bauer, Dr. Angelika Niebler, Stefan Rößle, Jörg Kunstmann und Georg Huber. Bild: DK

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Großbaustelle Europa

Ein schonungslos offener Bericht über die Großbaustelle Europa von Dr. Angelika Niebler, MdEP, Vorsitzende der CSU-Europagruppe, erhielt beim jüngsten Treffen des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München große Zustimmung. Unter der Leitung von KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle gab es reichlich Anlass zur Diskussion.

„Das Gesamtkonstrukt Europa zu akzeptieren, ist gerade schwierig“, betonte Niebler eingangs. Niemals zuvor sei die Situation im Europäischen Parlament derart kompliziert gewesen. Es sei nicht erkennbar, ob der europäische Gedanke von nationalen Bestrebungen zerrissen wird. Als erfreulich bezeichnete sie dagegen den Umstand, dass die CSU-Gruppe im EP mit mittlerweile nur noch fünf Politikern so gut aufgestellt sei wie noch nie. Manfred Weber, Monika Hohlmeier, Albert Deß und Markus Ferber machten einen hervorragenden Job.

Mit Blick auf das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP attestierte Angelika Niebler eine allgemeine „Ablehnungsfront“. Problematisch sei die fehlende Transparenz des Verfahrens, weshalb man „gegen eine Wand“ argumentiere. Bei allem Verständnis für die Schutzbedürftigkeit laufender Verhandlungsgespräche stecke die Europaabgeordnete in einem Dilemma: Wie soll sie in Bürger-

versammlungen die Wähler über TTIP informieren und eventuelle Kritik entkräften, wenn sie über ihren Kenntnisstand nicht reden darf? Grundsätzlich wertete Niebler es in Anbetracht weltwirtschaftlicher Entwicklungen auch als Chance für das Exportland Deutschland und die europäische Wirtschaft, mit den USA entsprechende Abkommen zu schließen.

Thema Migration

Was das Thema „Migration und Flüchtlinge“ anbelangt, plädierte die CSU-Europaabgeordnete dafür, in Europa an einem Strang zu ziehen und gemeinsam an einer Lösung der Migrationsfrage zu arbeiten. Nur so sei das Problem lösbar, auch kleinere Staaten müssten sich solidarisch zeigen. Solidarität sei keine Einbahnstraße, sondern ein gegenseitiges Unterstützen in schwierigen Zeiten. Alle Mitgliedstaaten stünden in der Pflicht. Im Migrationspoker, so die Politikerin, sei die

Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum 4. Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim 4. Bayerischen Wasserkraft-Forum am 21. Juli 2016 im Energiepark Hirschaid. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden unter anderem Ausbaumöglichkeiten und ökologische Wertigkeit dieser grundlastfähigen, CO₂-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für kommunale Besucher und Behördenvertreter ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse.

Frage der Visafreiheit der Türkei nicht zuletzt eine Frage der inneren Sicherheit und kein außenpolitischer Kuhlhandel.

Die EU habe eine humanitäre Verpflichtung, vor Krieg und Verfolgung flüchtenden Menschen Schutz zu bieten. Dies sei aber nur im Falle einer echten Kontrolle über die EU-Außengrenze möglich. Der vom Innenausschuss des Europäischen Parlaments weitestgehend gebilligte Vorschlag der EU-Kommission, die Europäische Grenzschutzagentur Frontex nun weiter zu stärken und einen europäischen Grenz- und Küstenschutz aufzubauen, ist nach Nieblers Auffassung das richtige Signal und

bringt einen echten Mehrwert für die Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Grenzschutz

Frontex ist künftig berechtigt, unmittelbar tätig zu werden und europäische Grenzschutz- und Küstenwachen-Teams einzusetzen, wenn ein Mitgliedsstaat nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, selbst die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen an der betreffenden Grenze zu treffen. Zudem sollen alle Personen, die in den Schengen-Raum ein- oder ausreisen, systematisch über Datenbanken kontrolliert werden. (Fortsetzung auf Seite 4)



V. l.: Thomas Karmasin, Thomas Bold, Christian Bernreiter, Dr. Johann Keller und Josef Niedermaier.

Bayerischer Landkreistag in Bad Kissingen:

Landkreise und Wirtschaft

Die Landkreise arbeiten eng und partnerschaftlich mit der Wirtschaft zusammen. Gemeinsames Ziel ist es, die regionale Anziehungskraft für talentierte und engagierte Menschen zu stärken, Fachkräfte zu halten und Fachkräfte zu gewinnen. Über dieses Thema berieten über 300 Land- und Kreisräte, Vertreter der Landespolitik, der Verbände und Wirtschaftsakteure auf ihrer zweitägigen Jahreshauptversammlung im unterfränkischen Bad Kissingen.

„Der ländliche Raum hat sich längst vom agrarisch geprägten Hinterland zur Heimat vieler klei-

ner und mittelständischer Unternehmen und als auch Global Players entwickelt. Es besteht aber kein Anlass sich auf dieser Erfolgsgeschichte auszuruhen“. (Fortsetzung auf Seite 4)

Für Land und Leute

Fachtagung 2016 der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Essenbach

Für viele Gemeinden im ländlichen Raum wird es zunehmend schwieriger, ihren Bürgern hohe Lebensqualität und attraktive Wohnstandorte zu bieten. Dabei liegen in der aktiven Gestaltung mit und durch die Bürger große Potentiale. Unter dem Motto „Für Land und Leute“ wurden bei der Fachtagung 2016 der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung im niederbayerischen Essenbach in Vorträgen und Diskussionen mit politisch Verantwortlichen, Experten und Praktikern Anforderungen und Lösungswege aufgezeigt.

„Kommunikation und Partizipation - Wirkungsvolle Prozesse gestalten“ lautete das Vortragsthema von Rauno Andreas Fuchs, GreenCityProjekt GmbH, München. Nach seinen Worten braucht es den politischen Willen zum Aufbau von Beteiligungsstruktu-

ren. Kommunale Bürgerbeteiligung sei ein Prozess und Grundbedingung institutionalisierter Kontinuität, damit der Prozess nicht abreiße und Wirkung entfalten kann. Darüber hinaus werde ein mit Kompetenzen und Budget ausgestatteter Kümmerer als Gesicht des Beteiligungsprozesses benötigt. Bürgerbeteiligung brauche klare Spielregeln und eine transparente Vorgehensweise. Kommunikation und identitätsstiftende Symbole stellten Schlüsselemente erfolgreicher Partizipation dar.

Praxisbeispiele

Praxisbeispiele bestärkten die Verantwortlichen und engagierten Bürger, sich für attraktive Lebensbedingungen im ländlichen Raum einzusetzen. Die Region (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister macht sich Gedanken über Arbeit und deren Entlohnung in unserer Gesellschaft. Auch wenn man das jüngst in der Schweiz diskutierte „bedingungslose Grundeinkommen“ nicht unterstützen muss, so regt es doch dazu an, über gerechte Löhne und den Wert von Familienarbeit und Ehrenamt nachzudenken. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Zum 4. Kommunalforum Alpenraum trafen sich im Lindner Traktorenwerk in Kundl bei Kufstein erneut kommunale Entscheider aus Österreich, Südtirol und Bayern. Wichtige Themen waren der Einfluss der internationalen Finanzmärkte auf die Gemeindefinanzen, Kooperationen der Gemeinden untereinander und mit privaten Partnern sowie kommunale Energiethemata. Einen ausführlichen Bericht über die Tagung veröffentlichen wir in GZ 13. Unser Bild zeigt (v.l.) Matthias Zitterbart; Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbands; Martin Angerer; Landesrat Johannes Tratter; Gastgeber Hermann Lindner und für den Bayerischen Gemeindetag den oberbayerischen Vorsitzenden Josef Steigenberger. Bild: Lindner / Mühlang

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Heimatbericht 2015: Mehr Bayern wohnen auf dem Land	2
Integrationskosten: Gutes Signal für Entlastung	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Mehr Schwung für Umweltschutz	3
Wie Kommunen von Europa profitieren können	3
GZ-Fachthemen:	
EDV · IT · Kommunikation	5-9
Wasser · Abwasser	10-11
Kommunale Bauverfahren	12
Kommunalfahrzeuge	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Bayerischer Hospiz- und Palliativtag in Kempten:

Mit dem Sterben leben

In der Hospiz- und Palliativbetreuung werden Patienten und ihre Angehörigen nicht voneinander getrennt betrachtet, sondern als Einheit gesehen („unit of care“). Unter dem Motto „Mit dem Sterben leben“ widmete sich der diesjährige Bayerische Hospiz- und Palliativtag in Kempten insbesondere den An- und Zugehörigen. In ihrer Doppelrolle als Betroffene und pflegende Betreuer sind sie häufig ganz besonderen Belastungen ausgesetzt, die auf den ersten Blick nicht immer offensichtlich sind.

Wie Melanie Huml, Bayerische Staatsministerin Gesundheit und Pflege, in einem Grußwort darlegte, sei Sterben ein Prozess, der ganz unterschiedlich und höchst individuell verläuft. Einen schwerstkranken oder sterbenden Menschen auf seiner letzten Wegstrecke des Lebens zu betreuen, sei eine Leistung, die oft nicht allein das private Umfeld erbringen kann. Doch in welcher Umgebung der Sterbende seine letzte Zeit verbringt, habe großen Einfluss auf seine Lebensqualität in dieser so bedeutsamen Phase.

Familie im Blickfeld

Als Angehöriger oder Freund eines schwerstkranken Menschen werde man beinahe automatisch zum Sterbegeschehen. Eigene Bedürfnisse gerieten dabei leicht in den Hintergrund. Ein intaktes soziales Netz aus Familie und Freunden sei in diesen Monaten genauso wichtig wie der Beistand, den Ärzte, Pflegepersonen, Psychologen, Seelsorger und ehrenamtliche Hospizbegleiter bieten können, unterstrich Huml.

Im Rahmen des Hospiz- und Palliativtags wurden in Plenarvortrags und Workshops die unterschiedlichen Perspektiven der Betreuung von Angehörigen beleuchtet. Wie Dr. Christoph Hutter, Leiter der psychologischen Beratungsstelle Lingen (Ems) deutlich machte, „gehört unsere vielfache und intensive Begegnung auf die Menschen, die wir begleiten, sogar zum Kernbestand unseres Handwerkszeugs“. Ohne einfühlsames Verstehen und ehrliches Mitschwingen könne es kaum eine glückende Begleitung geben.

Existenzielle Berührung

Damit werde die existenzielle Berührung zum permanent hörbaren Pulsschlag in der Palliativ- und Hospizarbeit. Der Tod, auch der eigene, stehe alltäglich im Raum und vor Augen. Und auch Abschiede, von gestorbenen Patienten und von Angehörigen gehörten selbstverständlich zur alltäglichen Arbeit dazu.

Hutter zufolge bleibt die Frage, „wie der Wechsel zwischen der Rolle des empathischen Begleiters und den vielfältigen privaten Rollen langfristig funktionieren kann, die zu einem großen Teil davon leben, dass sie sich der existenziellen Wucht nicht so unmittelbar aussetzen, wie es die berufliche Rolle fordert“.

Begeisterung für Ehrenamt

Im Workshop „Gelingendes Ehrenamt in der Hospizfamilie“ stellte Peter Reichle, Koordinator im Hospizverein Kempten-Oberallgäu, die Frage, wie es gelingen kann, (neue) ehrenamtliche Mitarbeiter für das hospizliche Ehrenamt zu begeistern und deren „innere Flamme“ am Brennen zu halten. Gemeinsam wurden die Dynamiken und Mechanismen in

Heimatbericht 2015:

Mehr Bayern wohnen auf dem Land

Langsame Besserung der Bevölkerungsentwicklung

Entgegen früherer Prognosen wächst die Zahl der Bewohner im ländlichen Raum wieder. Und es gibt weniger Problem-Landkreise in Bayern. Trotz des Aufwärtstrends sei man jedoch noch nicht am Ziel. Zur weiteren Stärkung des ländlichen Raums gebe es fünf „Heimatstrategien“. Dies erklärte Finanz- und Heimatminister Markus Söder anlässlich der Präsentation des „Heimatberichts 2015“ in München.

Laut Söder zeige die Tendenz eine langsame Besserung der Bevölkerungsentwicklung. Lediglich in zehn der 71 Landkreise sei noch ein Bevölkerungsverlust zu verzeichnen gewesen. Dies betreffe die Landkreise Bayreuth, Coburg, Kronach, Kulmbach, Hof und Wunsiedel (alle Oberfranken) Main-Spessart und Rhön-Grabfeld (Unterfranken) sowie Tirschenreuth (Oberpfalz). Als Sonderfall gelte der Landkreis Fürth, der in 2014 aufgrund der Nichtberücksichtigung von Asylbewerbern im Erstaufnahmelaager Zirkdorf Einwohner verloren habe. Einige Regionen davon bräuchten eine besondere Unterstützung. Im „Heimatbericht 2014“ hatte der Minister noch 21 Problem-Landkreise genannt, wobei keiner in Oberbayern war.

Bevölkerungswachstum resultiert aus Wanderungsgewinnen

Das Bevölkerungswachstum resultiere ausschließlich aus Wanderungsgewinnen. 89 von 96 Landkreisen und kreisfreien Städten hätten 2014 einen positiven oder ausgeglichenen „Wanderungssaldo“

verzeichnet. Derzeit wachse die Bevölkerung in den Landkreisen Weilheim-Schongau, Starnberg und Altdorf mit einer Zunahme von maximal 0,8 % am wenigsten, erläuterte Söder. 70 % der Zuwanderer kämen aus dem EU-Ausland. Trotz steigender Geburtenzahlen (118.300 in 2015) könne die Zahl der Verstorbenen (133.500) nicht ausgeglichen werden.

Fünf Heimatstrategien zur weiteren Stärkung des ländlichen Raums

Mit 7,13 Millionen lebten in 2014 nach wie vor mehr Menschen in Bayern im ländlichen Raum als in den Ballungsgebieten. Dies entspricht 52 % der Gesamtbevölkerung. Zur weiteren Stärkung des ländlichen Raums hat Söder fünf „Heimatstrategien“ entwickelt. Neben der Digitalisierung der Behördenverlagerung und der Regionalisierung von Hochschuleinrichtungen nannte er den kommunalen Finanzausgleich als Instrument des Staates zur Entwicklungsförderung. Dabei würden die per Gesetz den Gemeinden zustehenden Anteile an den Steuernahmen gezielt zur Stärkung des ländlichen Raums eingesetzt. Der Staat fördere und sichere

der Gruppe betrachtet und Möglichkeiten und Wege des guten Miteinanders besprochen.

Neues Hospizgesetz

Mit dem neuen Hospiz- und Palliativgesetz und den Auswirkungen für die Praxis setzte sich ein weiterer Workshop unter der Leitung von Heiner Melching, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, auseinander. Insbesondere wurde die Ausgestaltung der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen unter dem Aspekt der Gestaltungs- und Einflussnahmemöglichkeiten sowie der unterschiedlichen Interessen beteiligter Verbände und Organisationen in den Blick genommen. **DK**

Kommunales Wohnraumförderungsprogramm:

150 Millionen Euro für Bayerns Gemeinden

Das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) stellt die zweite Säule des letzten Jahres beschlossenen „Wohnungspakts Bayern“ dar. Damit sollen vor allem kleinere Gemeinden im ländlichen Raum beim sogenannten Ersterwerb von Wohnraum unterstützt werden. In diesem Jahr stünden dafür 150 Millionen Euro zur Verfügung, gab Innen- und Bauminister Joachim Herrmann jüngst in München bekannt.

Mit dieser Verbesserung des KommWFP fördere der Freistaat gezielt Kommunen beim Erwerb von neu errichteten, bislang ungenutzten Wohngebäuden. Somit könnten auch kleine Gemeinden Wohnraum anbieten, die über keine Erfahrungen oder Kapazitäten für den Bau eines Wohngebäudes verfügten, erläuterte Herrmann.

Darlehenskonditionen

Zur Sicherstellung einer langfristigen Finanzierung von Baumaßnahmen habe auch die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) ihre Konditionen für Darlehen verbessert.

So biete sie jetzt z.B. ein Darlehen mit 30-jähriger Zinsfestschreibung und Tilgung zu einem Prozentsatz von weniger als einem Prozent an. Mit diesen Verbesserungen reagiere der Freistaat auf ein Anliegen der kommunalen Spitzenverbände. Man setze auf eine enge Partnerschaft mit den Gemeinden, betonte der Minister. In Bayern sei mehr Wohnraum für alle dringend notwendig. Daher sollten die Kommunen von den Fördermöglichkeiten Gebrauch machen. Bis 2019 stünden 600 Millionen Euro für das KommWFP bereit. Bewilligungsstellen für das Programm seien die jeweiligen Bezirksregierungen. **rm**

Verhandlungen Bund und Länder bei Integrationskosten:

Gutes Signal für Entlastung

„Die Zusage des Bundes zur Übernahme der Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge in den nächsten drei Jahren ist ein gutes Signal des Bundes für eine Entlastung der Kommunen. Damit kommt der Bund einer seit langem vom Städtetag erhobenen Forderung nach“, sagte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Der Bund will die Kosten der Unterbringung anerkannter Flüchtlinge für drei Jahre übernehmen. Das entlastet laut Mitteilung der Bundesregierung die Städte und Gemeinden um 400 Millionen Euro im Jahr 2016, um 900 Millionen Euro im Jahr 2017 und um 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2018. Der Zuschuss über drei Jahre soll dann insgesamt 2,6 Milliarden Euro betragen. Die Kosten der Unterkunft sind ein enormer Kostenblock. Derzeit tragen die Kommunen zu zwei Dritteln und der Bund zu einem Drittel die Kosten der Unterkunft.

Mehrkosten der Unterkunft

Die Kosten der Unterkunft insgesamt für alle Hilfeempfänger betragen im Jahr 2015 für bayerische Kommunen rund 1 Milliarden Euro. Die Mehrkosten der Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber werden für das Jahr 2016 in Bayern auf über 200 Millionen Euro geschätzt. Maly: „Für diese Kosten trägt der Bund die Verantwortung und daher ist es richtig, dass der Bund nun für drei Jahre die Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge voll übernimmt.“

Maly weiter: „Die Zusage bei den Kosten der Unterkunft ist ein wichtiger Schritt, doch das genügt noch nicht. Es ist ärgerlich, dass bei der Übernahme weiterer Integrationskosten noch keine Einigung zwischen Bund und Ländern erzielt wurde. Das Problem darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Die Kommunen brauchen verlässliche Zusagen für eine Integrationspauschale und die Kosten für unbegleitete Minderjährige. Bayerns Kommunen tragen ihren großen Anteil an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe: Die Kommunen erbringen vielfältige Leistungen für Integration, die sich in ihren Haushalten niederschlagen. Integrationskosten dürfen nicht auf kaltem Weg kommunalisiert werden – Bund und Freistaat dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Die Frage, ob Integration gelingt oder nicht, entscheidet

über das Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden. Wir müssen die aufzunehmende Bürgerschaft mit der gleichen Aufmerksamkeit und Zuneigung behandeln wie die Flüchtlinge. Bei allen Schritten zur Integration – Wohnen, Kinderbetreuung, Schule, Sprachkompetenz, Berufsbildung – dürfen keine Konkurrenzsituationen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen entstehen.“

Trotz der Erstattungsleistungen des Freistaats für Asylbewerber und Flüchtlingsunterkünfte haben die bayerischen Kommunen erhebliche finanzielle Mehrbelastungen zu tragen. Allein schon im Jahr 2015 sind in den kreisfreien Städten und Landkreisen rund 212 Millionen Euro an ungedeckten Kosten vor allem für die Erstaufnahme einer hohen Zahl an Flüchtlingen im Herbst angefallen. Hinzu kommen die noch nicht im Gesamten erhobenen Kosten der kreisangehörigen Gemeinden. Für das Jahr 2016 sind weitere Steigerungen zu erwarten, vor allem die Personalkosten für dringend nötige Neueinstellungen schlagen dauerhaft auf die kommunalen Haushalte durch. Maly dazu: „Der nötige Stellenaufwuchs bei Städten, Gemeinden und Landkreisen bringt erhebliche Mehrbelastungen für die kommunalen Haushalte. Und weitere Kosten sind absehbar: Die Kommunen müssen mittelfristig hohe zusätzliche Kosten für Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen einplanen.“

Abschließend erläuterte der Städtetagsvorsitzende: „Der Freistaat Bayern muss die steigenden Mehrbelastungen für die Kommunen anerkennen und in den kommenden Jahren angemessen berücksichtigen. Der Freistaat muss den Kommunen ihren Anteil an den Bundesmitteln weiterleiten. Wir brauchen eine rasche aufgabenbezogene finanzielle Entlastung der kommunalen Ebene – besonders bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe für unbegleitete Flüchtlinge, bei Verwaltungskosten und mit höheren staatlichen Fördersätzen für Bildungs- und Erziehungseinrichtungen.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Henig
97288 Theilheim
am 29.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Seeber
91361 Pinzberg
am 3.7.

Bürgermeister Georg Butz
92533 Wernberg-Köblitz
am 6.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Beumiller
86647 Buttenwiesen
am 5.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Holger Knüppel
95192 Lichtenberg
am 1.7.

Bürgermeister Markus Grüner
91286 Obertrubach
am 6.7.

Bürgermeister Martin Bormann
85395 Attenkirchen
am 6.7.

Bürgermeister Willibald Zißlsberger
94539 Grafing
am 25.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfons Brandl
91567 Herrieden
am 1.7.

Bürgermeister Bertram Werrlein
97842 Karbach
am 1.7.

Bürgermeister Rudolf Müller
94161 Ruderting
am 28.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Müller
86685 Huisheim
am 6.7.

Bürgermeister Bernd Höfer
96484 Bernd Höfer
am 29.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Kennerknecht
82284 Grafath
am 24.6.

20,4 Millionen Euro für 13 Bahnhöfe

Zukunftsinvestitionsprogramm

Schon seit längerem engagiert sich der Freistaat für die Modernisierung und den barrierefreien Ausbau von Bahnstationen. Im Rahmen des „Zukunftsinvestitionsprogramms Barrierefreiheit kleiner Schienenverkehrsstationen“ des Bundesverkehrsministeriums stehen jetzt 20,4 Millionen Euro für 13 kleine regionale Bahnhöfe in Bayern zur Verfügung. Dies erklärte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann in München.

Mit diesen Finanzmitteln könne man auch die Barrierefreiheit der Bahnstationen im Regionalverkehr auf dem Land weiter voranbringen. Die Finanzierung werde je zur Hälfte vom Bund und dem Freistaat übernommen, erläuterte der Minister.

21 Baumaßnahmen

Insgesamt habe Bayern 21 Baumaßnahmen für das Zukunftsinvestitionsprogramm angemeldet. Bis 2020 sollen folgende Bahnstationen barrierefrei werden: Bern-

ried (Oberbayern), Dettingen (Unterfranken), Eisenärzt (Oberbayern), Furth im Wald (Oberpfalz), Hergatz (Schwabens), Markt (Oberbayern), Oberdachsteden (Mittelfranken), Reuth b. Erbendorf (Oberpfalz), Saulgrub (Oberbayern), Sünching (Oberpfalz), Untersteinach (Oberfranken), Würth am Main (Unterfranken) sowie Würth an der Isar (Niederbayern). Die Bahnhöfe, die dieses Mal nicht zum Zuge gekommen seien, würden für künftige Programme im Auge behalten, so Herrmann abschließend. **rm**

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Wie Kommunen von Europa profitieren können

Die KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung hat eine Handreichung herausgegeben, die erläutert, auf welche Weise Kommunen von der europäischen Einigung und einer gemeinsamen europäischen Förderpolitik profitieren können. Die Darstellung juristischer Bestimmungen der Kohäsionspolitik und die theoretischen Befunde der Studie werden durch aussagekräftige Fallbeispiele veranschaulicht. Dabei werden sowohl ländliche Regionen als auch urbane Ballungsräume in den Blick genommen.

Bilanzierend wird in der Veröffentlichung darauf hingewiesen, dass die Kohäsionspolitik ein wesentlicher Teil der Idee und Realität „Europas“ ist. „Sie füllt die Idee einer gesamteuropäischen Solidarität in der politischen Praxis mit Leben.“

Auch wenn die Wahrnehmung vieler Bürger eine andere sein mag, so präge Europa in vielerlei Hinsicht das Alltagsleben der Menschen. Europa erschöpfe sich eben nicht in der Brüsseler Bürokratie. Europa sei nicht abstrakt und „weit weg“, sondern vor Ort, gleichsam vor der Haustür der Bürger in ihren Kommunen präsent und greifbar. Dies werde insbesondere mit Blick auf die Förderprojekte der Kohäsionspolitik sichtbar – und erfahrbar.

Spektrum an Möglichkeiten

Dabei sei nicht nur das quantitative Volumen beträchtlich, sondern auch die inhaltliche Bandbreite sehr groß: Angefangen bei arbeitsfördernde Maßnahmen und sozialpolitisch ausgerichteten Projekten über Bildungs- und Inklusionsangebote bis hin zu infrastrukturellen Projekten existiert laut KAS ein großes Spektrum an Möglichkeiten, wie Europa das Alltagsleben der Menschen prägt und verbessert. „Diese Fakten sollten in Zeiten permanenter Krisenberichterstattung in Erinnerung gerufen werden.“

Die grundsätzliche Sinnhaftigkeit und die Bedeutung der Kohäsionspolitik nachdrücklich zu unterstreichen, bedeutet freilich nicht, dass die vielfältigen Probleme, die sich bei der konkreten Umsetzung ergeben, übersehen werden sollen. Identifiziert wird vier wesentliche Problemkreise:

1. Kenntnisse und verpasste Möglichkeiten auf kommunaler Ebene

Sowohl das Europa-Bewusstsein als auch der Grad der Professionalisierung im Umgang mit den Förderverfahren auf kommunaler Ebene sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Dennoch scheinen zu viele Städte und Gemeinden noch nicht den grundlegenden Wissensstand wie auch die verwaltungsinterne Professionalität vorweisen zu können, um sich im „Förderdschungel“ zu recht zu finden. So verpassen sie geradezu zwangsläufig die mannigfaltigen Möglichkeiten, die sich durch die EU-Förderungen ergeben.

2. Verständlichkeit der Antragsverfahren und überbordende Bürokratie

Wenn es um die Ausschüttung von Mitteln geht, die letztendlich vom europäischen Steuerzahler aufgebracht werden, so zieht dies notwendigerweise einen gewissen bürokratischen Aufwand nach sich. Dies schlägt sich in der Komplexität der Antragsverfahren nieder, für die oftmals die notwendigen Kapazitäten und das Personal fehlen. Das Problemspektrum erstreckt sich dabei von sprachlichen Hürden über finanzielle Grundlagenkenntnisse bis hin zur Unkenntnis der Vielfalt an kohäsionspolitischen Fördermöglichkeiten. In der Konse-

Bund und den Bundesländern stärken.

Interessenvertretung in Brüssel

Auch bei der Kommission in Brüssel könn(t)en die Kommunen gemeinsam Druck ausüben. Hier stehe jede einzelne Kommune in der Verantwortung, für sie geeignete unerlässliche Netzwerkstrukturen aufzubauen und sich in bestehenden Netzwerken wie den RGRE und Eurocities einbringen. Eurocities ist ein Netzwerk europäischer Großstädte, das 1986 gegründet wurde und die Zusammenarbeit von mittlerweile mehr als 130 Großstädten in 35 europäischen Ländern fördert. Allerdings stehen kleinere Kommunen mit weniger als 250.000 Einwohnern vor dem Problem, dass ihnen aufgrund ihrer Größe eine Vollmitgliedschaft verweigert bleibt und sie lediglich assoziierte Mitglieder in bestimmten Foren sein können. Hier besteht laut Studie Handlungsbedarf, da bislang kein vergleichbares Netzwerk kleinerer Kommunen auf europäischer Ebene existiert.

Kommunalpolitiker oder kommunalpolitisch verantwortliche Verwaltungsangestellte scheinen nicht immer leicht für die Beschäftigung mit den Antragsverfahren und der dahinter stehenden rechtlichen und organisatorischen Materie zu motivieren zu sein. Zur Verbesserung der Professionalität, aber auch zu einer Steigerung der Motivation, sich überhaupt mit dem Themenkomplex zu beschäftigen, bedarf es nach Ansicht der KAS eines flächendeckenden Ausbaus von Schulungsangeboten für sämtliche Mitarbeiter in der Verwaltung, „denn ‚Europa‘ betrifft heute nahezu alle Geschäftsbereiche einer Kommune“.

Ein solches Angebot sollte wiederum eine finanzielle Förderung erfahren, naheliegenderweise durch EU-Mittel. Auf Kommunen inhaltlich zugeschnittene Seminare, wie sie die Stadt Essen anbietet,

3. Strukturelle Benachteiligung kleinerer Kommunen

Nach wie vor ist eine Diskrepanz zwischen größeren und kleineren Kommunen bei der Einrichtung einer zentralen Stelle für „Europa“ festzustellen. Die Ursachen hierfür liegen offenkundig vor allem in den unterschiedlichen strukturellen Ressourcen der Kommunalverwaltungen, seien sie finanzieller oder personeller Natur, was, so die Ergebnisse der Studie, durchaus zur Konsequenz hat, dass eine erfolgsversprechende Antragsstellung je nach Größe der Kommune in der Praxis stark variieren kann.

4. Strukturelle Benachteiligung finanzschwacher Kommunen

Ein Großteil der Förderprojekte auf europäischer Ebene funktioniert über das Prinzip der Kofinanzierung, demzufolge in Eigenanteil von in der Regel 50 Prozent bei einem Projekt aufgebracht werden muss. Dieser ist bereits für finanzschwache Kommunen kaum aufzubringen; für Kommunen, die sich im Nothaus befinden, erscheint dieses Unterfangen nahezu unmöglich.

Kommunikationsdefizite

„Insbesondere im Bereich der Kommunikationspolitik sind Defizite offensichtlich“, kritisiert die Studie. Europa fehle es „vor Ort“ an Gesichtern, die Öffentlichkeitsarbeit sei in Deutschland zu divers. Als verbesserungswürdig wird die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bundesländern bezeichnet. Wesentlich stärker als bisher müssten Städte und Gemeinden an der Konzeptionierung der operativen Programme der jeweiligen Bundesländer für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie den Europäischen Sozialfonds (ESF) beteiligt werden. Die kommunale Ebene, die letztlich für die Umsetzung der Programme „vor Ort“ verantwortlich ist, habe in den meisten Bundesländern noch zu wenig, in manchen Bundesländern gar keinen direkten Einfluss auf die Ausarbeitung und Konkretisierung der jeweiligen Programme.

Geschlossenes Auftreten

Darüber hinaus müssten die Kommunen ihrer Rolle als Adressat der Struktur- und Regionalförderung gerecht werden und auf europäischer Ebene, trotz aller Disparität von kommunalen Strukturen und Interessenlagen in den 28 Mitgliedstaaten, geschlossen auftreten. Die Kommunen nähmen bei der Förderpolitik eine besondere Rolle ein. Diese Rolle müssten sie allerdings auch aktiv annehmen. Durch Erfahrungsaustausch und gemeinsame Lobbyarbeit könn(t)en die Kommunen auf nationaler Ebene insgesamt ihre Position gegenüber dem

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die plötzlich auftretenden Unwetter mit schlimmen Schäden an Personen und Eigentum in den vergangenen Wochen haben es gezeigt: Die Natur ist manchmal nicht zu bändigen und trotz des besten Hochwasserschutzes sind für Staat und Kommunen derartige lokal begrenzte Großereignisse wohl nie in den Griff zu bekommen.

Es verwundert deshalb nicht, wenn sich gerade im Zusammenhang mit derartigen Ereignissen viele Menschen die Frage stellen, in welcher Weise diese plötzlichen Wetterumschwünge evtl. doch zu einem gewissen Teil von ihnen selbst mit verursacht worden sind.



Mehr Schwung für Umweltschutz

Seit Jahrzehnten streiten sich die Experten ausführlich darüber, zu welchem Grad der Mensch an der Veränderung des Klimas beteiligt ist. Die Bandbreite reicht von Kausalzusammenhängen hinsichtlich Einzelereignissen bis hin zur fast kompletten Abstreitung jeglicher Verantwortung. Die Realität liegt vermutlich wie meistens irgendwo in der Mitte zwischen den klimatechnischen Endzeitpredigern und den zügellosen Kapitalismusblybisten.

Dies bedeutet für mich, wir sollten trotz der bedenklichen Häufung extremer Gewitter mit Starkregen innerhalb der vergangenen Wochen nicht vorzeitig Schlussfolgerungen ziehen. Denn der Klimawandel lässt sich – wenn man der Mehrzahl der seriösen wissenschaftlichen Literatur Glauben schenkt – eher weniger durch einzelne Witterungsabschnitte definieren. Der vom Menschen beeinflusste Klimawandel vollzieht sich innerhalb von Jahrzehnten bis Jahrhunderten und zudem nicht überall in gleicher Geschwindigkeit und Ausprägung.

Trotzdem müssen wir gegensteuern, vor allem die CO₂-Emissionen merklich reduzieren – und zwar schnell. Denn je langsamer die Weltgemeinschaft den vielen Worten der vergangenen Jahre

auch konkrete gemeinsame Taten folgen lässt, desto schwieriger und vor allem desto teurer wird es für alle, die entsprechenden Konsequenzen letztendlich zu schultern.

Auch der im nächsten Jahr scheidende Bundespräsident Joachim Gauck stößt ins gleiche Horn und hat erst kürzlich die mediale Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit den schlimmen Unwettern in Deutschland dahingehend genutzt. Er forderte „zusätzlichen Schwung für mehr Umweltschutz“ und ap-

pellierte, die neu „gewonnene Dynamik“ bei der nachhaltigen Entwicklung und dem Klimaschutz weiter beizubehalten. Recht hat er! Denn mit der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ und dem Pariser Klimaschutzabkommen sind gerade im vergangenen Jahr wichtige Weichen gestellt worden, die Hoffnung machen.

Dennoch ist die Staatengemeinschaft von vielen ihrer Ziele noch weit entfernt. Auch hierzu-land müssen wir uns erheblich anstrengen, damit wir unsere internationalen Versprechen zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz überhaupt einlösen können. Deutschland muss bis 2050 die ambitionierte Zielmarke von gut 80 Prozent erneuerbarer Energien erreichen. Hierzu bedarf es unter anderem eines grundlegenden Umbaus des hochkomplexen Systems der Energieversorgung – der zwar bereits begonnen hat, aber infolge unterschiedlichster Interessenlagen politisch und gesellschaftlich äußerst schwierig zu beackern ist.

Ja, die Energiewende wird auch uns als KPV in der politischen Auseinandersetzung noch über viele Jahre fordern und dazu neue Aufgaben für unsere Kommunen bereithalten. Aber es kann sich für uns alle lohnen. Denn durch den Einsatz von erneuerbaren Energien werden vor allem die CO₂-Emissionen drastisch reduziert. Dies trägt wiederum dazu bei, dass auf jeden Fall der von Menschenhand verursachte Teil des Klimawandels gebremst wird und unsere nachfolgenden Generationen möglichst die gleichen Chancen wie wir bekommen, die Ressourcen der Erde achtsam zu nutzen.

Ihr Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzender

könnten in diesem Zusammenhang als „best-practice“ gesehen werden, denn der Ansatz, Erfahrungen und Handlungsempfehlungen aus der kommunalen Praxis an andere Städte und Gemeinden weiterzugeben, scheint besonders geeignet, Zugänge und Hintergründe zu veranschaulichen.

Insgesamt zeigen die in dieser

Studie vorgelegten Umfrageergebnisse und Fallbeispiele, dass der Ertrag einer professionalisierten Europaarbeit nicht nur in finanzieller Hinsicht den zwangsläufig entstehenden Aufwand und die Kosten rechtfertigt, sondern diese in der Regel sogar deutlich übersteigt, unabhängig von der Größe der Kommunen. DK

„Die gemeinsamen Ausflüge der Garchinger Bürger mit und ohne Migrationshintergrund sind ein Beispiel für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Erfahrung und mit verschiedenen ethnischen, kulturellen und religiösen Prägungen. Dieses Miteinander schafft Heimat – denn nur dort, wo man wirklich dazugehört, ist man zuhause. Dies steht für eine gelungene Integration.“

Familie und Kinder

Vom Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung wurde ebenfalls der Bayerische Asylpreis 2016 verliehen. Dieser steht unter dem Motto „Familien und Kinder“. Aus insgesamt 71 eingereichten Bewerbungen wählte die Jury das „Kinder- und Familienprogramm für Flüchtlinge im Club 402“ des Arbeiterwohlfahrt Kreisverbandes Nürnberg e.V. aus. „Wenn Familien ihre Heimatland verlassen müssen, bedeutet das vor allem für die Jüngsten eine hohe Belastung“, so der Bayerische Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer. „Umso wichtiger ist es, dass diese von Beginn an in ein stabiles Umfeld einbezogen werden und sehen, dass sie und ihre Familien im neuen Lebensumfeld willkommen sind. Der Club 402 ist der herausragende Beweis dafür, dass Integrationsarbeit Früchte trägt und für alle Beteiligten eine Bereicherung ist.“ Das „Kinder- und Familienprogramm“ bietet umfangreiche Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote speziell für Flüchtlinge an. Martin Neumeyer fügt hinzu: „Ich freue mich ganz besonders über die Vielzahl der eingegangenen Bewerbungen. Sie zeugen vom großen Engagement der Bürger in Bayern, auf das wir alle sehr stolz sein können.“ □



Bayerischer Integrationspreis und Asylpreis 2016

Erstklassige Beispiele sozialer Integration ausgezeichnet

München. Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller und der Bayerische Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer verliehen vor kurzem bei einer Festveranstaltung im Bayerischen Landtag den Bayerischen Integrationspreis unter dem Motto „Werte und Traditionen“.

Ausgezeichnet wurde der Integrationsbeirat der Stadt Garching für sein Projekt „Meine neue Heimat – Spurensuche der bayerischen Kultur in der Natur“. Garching Jugendliche und Familien mit und ohne Migrationshintergrund sowie Flüchtlinge unternehmen gemeinsam Ausflüge,

begeben sich auf die Suche nach heimischen Tieren und Pflanzen oder historisch bedeutsamen Orten. Die Flüchtlinge kommen dabei im gegenseitigen Austausch ihrer neuen Heimat näher. Der Preisträger setzte sich mit seinem innovativen Konzept gegen 25 Mitbewerber durch.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm betonte, die Preisverleihung stelle die Preisträger in den Mittelpunkt und biete die Chance auf Verständigung. „Uns ist wichtig, dass die Menschen bei so einer Veranstaltung in den Dialog treten können. Denn je offener wir diskutieren, desto mehr beleben wir die Demokratie und verhindern die Stärkung an den extremen Rändern des politischen Spektrums“.

Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller zeigte sich erfreut:

Landkreise...

(Fortsetzung von Seite 1)
unterstrich der Landkreistagspräsident, Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter und ergänzte: „Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit wir in 2030 gleichwertige Lebensbedingungen in unseren Landkreisen mit einer prosperierenden Wirtschaft vorfinden.“

Die Versammlung verdeutlichte, wie wichtig ein enges und partnerschaftliches Zusammenarbeiten von Wirtschaft, Forschung und Politik auf Landes- und Bundesebene ist. Die Landkreise be-wiesen sich regelmäßig als dynamische Akteure; stetig steigende Sozialausgaben hemmten sie aber dabei, neue Projekte zur künftigen wirtschaftlichen Gestaltung zu initiieren. Deshalb nutzte Bernreiter die Verbandstagung auch als Gelegenheit, seine For-derungen in Richtung Bundespoli-tik zu wiederholen: „Die finan-zielle Entlastung bei der Einglie-derungshilfe von schwer behind-erten Menschen sowie bei den flüchtlingsbedingten Mehrausga-ben, insbesondere der KdU, muss für die Kommunen endlich zu-verlässig geregelt werden.“

Qualifizierte Fachkräfte, beste flächendeckende Bildung sowie eine modern vernetzte Infrastrukt-ur im ländlichen Raum sind aus Sicht der Landräte Grundvoraus-setzungen, um den Herausfor-derungen von Demographie, Globa-lisierung, Digitalisierung und In-tegration einer großen Anzahl von Flüchtlingen positiv bege-gnen zu können. Dies bekräftigten sie in einem Positionspapier zur Versammlung. Darin heißt es un-ter anderem: „Über die allge-meinbildenden und weiterfüh-renden Schulen hinaus, die das Fun-dament sind, sichern die berufli-che Bildung sowie Hochschulen und Universitäten ein hohes Ni-veau an Qualifizierung. Die High-Tech-Offensive Bayerns hat entscheidende Entwicklungs-impulse in den ländlichen Räu-men ausgelöst. Außenstellen von Fachhochschulen, Cluster und Technologiezentren müssen aus-gesiedelt werden. In ihnen findet eine Symbiose von Wirtschaft und Wissenschaft statt. Abge-stimmt auf die Stärken der Unter-

nehmen und des Handwerks im jeweiligen Landkreis profitieren Innovationsbereitschaft der Be-trieb- und wissenschaftliche Kompetenz der forschenden Ein-richtungen voneinander. Der enge Austausch von Theorie und Praxis ist Katalysator für werthaltige Arbeitsplätze und qualifizierte Arbeitskräfte.“

Die Entscheidung für die länd-lichen Räume hänge für Arbeit-geber und Arbeitnehmer in hoh-em Maß von den infrastrukturel-len Rahmenbedingungen ab, laut-ete eine weitere These. „Dies gilt



Ilse Aigner.

für die sog. weichen Standortfak-toren, wie Natur und Landschaft, Kultur, Freizeitmöglichkeiten usw. in gleicher Weise wie für „harte Faktoren“, etwa Mobilität oder digitale Vernetzung. Die Versorgung für den täglichen Be-darf durch Handel und Dienstlei-stungen, aber auch eine ausrei-chende medizinische und zuneh-mend pflegerische Versorgung wird vorausgesetzt. Hochleis-tungsfähige Mobilfunk- und In-ternetverbindungen geben oft-mals den Ausschlag für Standort-entscheidungen. Landkreise und Gemeinden können gemeinsam dazu beitragen, mit Unterstüt-zung von Bund und Land sog. weiße Flecken der digitalen Ver-sorgung zu beseitigen. Digitali-sierung eröffnet Zukunftschän-ken. Das erfordert beste Netze in Glasfasernetzen.“

Neben der Beleuchtung der Wirtschaftsperspektiven und der Sicherung der Lebensqualität im ländlichen Raum geht es auch um die große Herausforderung, Asyl-

suchende und Flüchtlinge mit Bleiberecht zu integrieren. „An vorder-ster Stelle stehen dabei die Vermitt-lung ausreichender Deutschkennt-nisse, um die Teilnahme am gesell-schaftlichen Leben zu verbessern und Chancen auf dem Ausbil-dungs- und Arbeitsmarkt zu eröff-nen“, erklärte Bernreiter. „Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Flüchtlinge häufig hand-werklisch geschickt sind, deren be-rufliche Erfahrungen aber nicht un-seren Standards entsprechen. Hier müssen Staat, Wirtschaft und Kommunen gemeinsam durch spezielle Sprach- und Berufsbil-dungsmaßnahmen die Qualifizie-rung dieser Gruppe voranbringen, um sie schnellstmöglich in den Ar-beitsmarkt zu integrieren.“

Auch der Chamer Landrat Franz Löffler unterstrich, dass der Grundpfeiler für den wirtschaftli-chen Erfolg in den Schulen gelegt wird. Wichtig sei eine sehr gut vernetzte und hervorragende Plattform für das Thema Bildung in der Region. Schulen, Kommun-en, Unternehmen und Institutio-nen müssten hier strategisch sehr eng zusammenarbeiten.

Die Frage, inwieweit auch Flüchtlinge und Asylsuchende zur Linderung des Fachkräftemangels beitragen können, stand ebenso auf der Agenda. „Nach den Wör-ten von Bertram Brossard, Haupt-geschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), „können wir kurzfristig nur zehn Prozent der Flüchtlinge in den Ar-beitsmarkt integrieren“. In einem Modellprojekt habe die vbw diese Quote auf gut 32 Prozent erhöhen können. Tatsache sei, dass mittel- und langfristige Jugendliche und junge Erwachsene die besten Per-spektiven auf eine Integration in den Ausbildungs- und Arbeits-markt haben.

Das Pilotprojekt Ida 120 war laut Brossard die Basis für weite-re, umfangreiche Aktivitäten. Die vbw habe im Oktober vergange-nen Jahres gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung, der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit und den bayerischen Kammerorgani-sationen die Vereinbarung „Inte-gration durch Ausbildung und Ar-beit“ unterzeichnet. Gemeinsa-mes Ziel sei es, bis Ende 2016 20.000 Flüchtlingen einen Prakti-kums-, Ausbildungs- oder Ar-beitsplatz anzubieten und bis En-de 2019 60.000 Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Dem Fachkräftemangel auf dem Land entgegenwirken wollen die bayerischen Landkreise mittels Integrationskursen für alle Flücht-linge. Diese müssten so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden, hob Präsi-dent Bernreiter hervor. Die Kurse sol-len vom Bund finanziert werden. Die Kommunen seien bereit, orga-nisatorisch zu helfen, die Bundes-regierung sei aber für Flüchtlinge verantwortlich, unterstrich der Bad Kissinger Landrat Thomas Bold.

Fachkräftemangel ist freilich nicht nur ein Problem der Wirt-schaft, sondern betrifft auch die Personalgewinnung an den Land-ratsämtern. Bernreiter zufolge „setzen die Landkreise mit einer neuen Internetstellenbörse ein in der öffentlichen Verwaltung in Bayern bislang einmaliges Zei-chen, um den Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich zu be- stehen“. Die Stellenbörse unter dem Motto „Mit Sicherheit span-nend“ wurde auf Initiative des Bayerischen Innovationsrings beim Bayerischen Landkreistag entwickelt und aktuell online ge-stellt. Sie bietet einen bayernwei-ten Überblick über die von den Landratsämtern aktuell ausge-schriebenen Stellen. Bereits am ersten Tag konnte auf 50 Stellen-angebote -vom Verwaltungsange-stellten und Informatiker über Straßenwärter bis zum Sozial-pädagogen- zugegriffen werden.

Der Tölzer Landrat Josef Nie-demaier, Leiter des Bayerischen Innovationsrings, stellte das Inter-netportal wie folgt vor: „Die

Landkreise präsentieren sich auf der Stellenbörse als attraktive und moderne Arbeitgeber. Alle Inter-essenten sind herzlich eingeladen, sich unter www.mit-sicherheit-spennend.bayern über die überraschend vielfältigen wie spannenden Aufgaben eines Landratsamts zu informieren.“

Interaktive Landkarte

Zahlreiche Such- und Filter-möglichkeiten unterstützen das Auffinden der passenden Stellen (z. B. Orts- und Umkreissuche, Suche nach Tätigkeitsgebieten oder nach Voll- und Teilzeitestel-len). Neben einer reinen „Textsu-che“ werden alle Stellenaus-schreibungen auf einer interakti-ven Landkarte angezeigt, die über dieselben Such- und Filtermög-lichkeiten verfügt. Interessenten können sich zudem automatisch benachrichtigen lassen, wenn eine neue Stelle veröffentlicht wird, die den zuvor hinterlegten Such- und Filterkriterien entspricht. Die Vielfalt an Aufgaben und Be-schäftigungsmöglichkeiten im Landratsamt wird durch Fotomoti-ve veranschaulicht. Landrat Ar-min Kroder (Nürnberger Land), zugleich Leiter der Projektgruppe „Personal und Führung“ im Inno-vationsring, unterstrich die Not-wendigkeit, über moderne Wege Personal für die Verwaltung zu gewinnen: „Nach Hochrechnun-gen werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren pro Landratsamt 100 bis 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand ge-hen. Die Landratsämter gehören

zu den interessantesten Behörden der Welt, gleichzeitig aber auch zu den Unbekanntesten. Das wol-len wir ändern.“

Die komplexe Fragestellung der Tagung beleuchtete auch Ilse Aigner, Bayerische Staatsmi-nisterin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, die den Beitrag des Freistaats Bayern, sei-ne Konzepte und Ideen für eine starke Wirtschaft im ländlichen Raum vorstellte. Aigner hob zunächst die Bedeutung der Re-gionalförderung hervor: „Unsere Politik ist nicht nur auf die Bal-lungsräume, sondern auch auf die Regionen Bayerns ausgerichtet. Mit der Regionalförderung ma-chen wir den ländlichen Raum noch attraktiver und schaffen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. 2015 haben wir über die Regionalförderung rund 155 Millionen Euro bereitgestellt und gezielt Investitionsmaßnah-men kleiner und mittlerer Unter-nehmen unterstützt. Damit si-chern wir bestehende und mög-lichen die Schaffung neuer Ar-beitsplätze.“

Um die Spitzenposition Bay-erns zu halten, sind Aigner zufol-ge viele Bausteine wichtig – sei es die Integration von Flüchtlingen, die Energieversorgung oder aber die Digitalisierung. Möglich sei die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ohnehin nur aufgrund der guten wirtschaftli-chen Lage und der niedrigen Arbeitslosigkeit, verdeutlichte die Ministerin. In diesem Zusammen-hang erinnerte sie an die Situa-tion vor zehn Jahren, als längst nicht alle deutschen Schulab-

gänger eine Lehrstelle bekamen.

Aigner verwies darauf, dass die Staatsregierung 1,5 Milliarden Euro allein für den Breitbandaus-bau zur Verfügung stellt. Aktuell gehe es in der dritten Stufe der Digitalisierung – nach der Bereit-stellung von Informationen und der Vernetzung von Menschen – um die „Vernetzung von Dingen“. So werden in den kommen-den Jahren 75 Milliarden Gegen-stände – vom einzelnen Sensor bis zum Auto – vernetzt. Laut Aigner ist dies eine gewaltige Herausfor-derung für die Datenetze und eine Chance für die Wirtschaft.

Die Ministerin plädierte ferner dafür, gerade auf dem Land den Mobilfunk zu verbessern. Auch stelle eine sichere Stromversor-gung einen wichtigen Wirt-schaftsfaktor dar. 600 Millionen Euro habe der Freistaat außerdem in die Nordbayern-Initiative in-vestiert und allein im vergangenen Jahr habe ihr Ministerium 155 Millionen Euro an Wirtschaftsförderung ausbezahlt, davon 86 Prozent in den ländlichen Raum.

Der Zukunftsforscher Professor Dr. Dr. Franz Josef Rademacher, Universität Ulm, bestätigte die Landräte in seinem Impulser-farar, darin, dass nur mithilfe regu-lierender wirtschaftlicher Maß-nahmen sowie gesellschaftlichem Zusammenhalt stabiler Wohlstand gesichert werden kann. Beiträge der Kreativwirtschaft zur Stan-dortsicherung von Dr. Silke Claus, Geschäftsführerin bayern design GmbH und Thomas Bade, Geschäftsführer Institut für Uni-versal Design, beschlossen das Tagungsprogramm. **DK**

Für Land und...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ilzer Land beispielsweise ist mit-terweile eine Vorzeigeregion, die vom Engagement und der Kreati-vität der beteiligten Kommunen und ihrer Menschen lebt. In einem atemberaubenden Tempo wurden ein integriertes ländliches Ent-wicklungskonzept (ILEK) erar-beitet und bereits über 400 Pro-jekte umgesetzt. Die Ilzer-Land-Ge-meinden arbeiten laut Max Kö-nig, 1. Bürgermeister der Gemein-de Saldenburg, ressortübergrei-fend zusammen, um die Ortsker-ne zu beleben und gezieltes Leer-standsmanagement für die Orts-mitten durchzuführen.

Mittels einer gut strukturierten Organisation und Koordination konnten die beteiligten Gemein-den Schritt für Schritt dem Ziel „Wissen verbreiten, Menschen vernetzen“ näher kommen. Die Folge ist eine stärkere Identifi-kation der einzelnen Gemeindegli-eder mit ihrer Heimat. Gleich-zeitig sorgten die aufblühende Wirtschaft und ein dynamischer Tourismus für die lebendige Ge-staltung des kulturellen Lebens im Ilzer Land. Die Kooperation des litzals mit dem Dreiburgengland und weiteren litzal-Gemeinden im Landkreis Passau stärkt die touris-tische Infrastruktur und optimiert die gemeinsame Vernetzung.

Neue Impulse zur Stärkung der Wirtschafts- und Arbeitskraft in der Region kommen auch vom neu gegründeten Unternehmer-Netzwerk, das eine engere Zusam-menarbeit der Lehrstellen- und Ferienbörse vorantreibt, stellte Exi-stenzgründer Michael Hasenber-ger fest. Durch die erfolgreiche Ausrichtung der 10. Bayerischen Tage der Dorfkultur 2009 im Ilzer Land sowie des Wirtschaftsgipfels Bayerischer Wald hat die Initia-tive „Hand in Hand im Ilzer Land“ weitere Meilensteine im Hinblick auf die angestrebte Imagever-besserung erreicht. Mit der „Bauhüte Ilzer Land“ ist Hasenberger zufol-ge ein Vorzeigeprojekt realisiert, das sich zur zentralen Anlaufstelle für alle Aktivitäten in den Berei-chen Innenentwicklung, Wieder-belebung von Leerständen und Si-cherung der Daseinsvorsorge ent-wickeln soll.

In der Okomodelregion Wägin-

ger See – Rupertwinkel haben von Mai 2014 bis April 2016 die sieben Gemeinden Kirchanschöring, Fri-dolfing, die Stadt Titmoning, Pet-ting, Wonneberg, Taching und Wa-ging mit folgenden Zielen zusam-mengearbeitet: Stärkere Erzeugung und Vermarktung regionaler Bio-produkte, ökologisches Bewusst-sein bei Kommunen, Bürgern und Verbrauchern schaffen, Einbin-dung konventioneller Landwirte in die Themen und Ziele der Okomodelregion und gemeinsame Um-setzung ökologischer Projekte. Seit Mai 2016 hat sich auch die Ge-meinde Teisendorf der Okomodel-region angeschlossen, um bei der Umsetzung der Ziele und Maßnah-men im Rahmen von Bioregio 2020 an einem Strang zu zie-hen – für die Okomodelregion eine Be-reicherung und große Chance.

Ein Projekt, das aus dem Ge-meindeentwicklungskonzept „Le-ben und Wirtschaften in Kirch-anschöring“ entstanden ist und er-folgreich umgesetzt wurde, ist nach Darstellung des Sprechers der Integrierten Ländlichen Ent-wicklung Wäginer See-Rupertwinkel und 1. Bürgermeister der Gemein-de Kirchanschöring, Hans-Jörg Birner, der Bio-Laden von „Bio-Michi“. Auch durch die Besichti-gung weiterer Projekte wie Rück-haltermaßnahmen (bodenständig-Maßnahme Wäging), Streubos-pfanzung (Okomodelregion) etc. konnte das Ineinandergreifen der verschiedenen Programme in ein abgestimmtes Konzept verdeut-licht werden.

Die Gemeinde-Allianz Hofhei-mer Land hat die Notwendigkeit einer interkommunalen Zusam-menarbeit erkannt und setzt sich unter großer aktiver Bürgerbetei-ligung dafür ein, die Region als attraktiven Wohn- und Lebens-raum für Menschen jeden Alters zu erhalten, berichtete Wolfram Thein, 1. Bürgermeister des Marktes Maroldsweisach.

Engagiert, konsequent und mit großer Überzeugungskraft verfol-ge die Allianz das Ziel, die sozia-len und baulichen Innenentwick-lungspotenziale zu nutzen, um Abwärtsspiralen zu vermeiden. Dafür engagiere sie sich auch finanziell: Dank des Förderkon-zepts konnten zahlreiche Bau-

maßnahmen in den Ortskernen realisiert und eine Belebung der Ortsmitten bewirkt werden.

Erste, erfolgreich umgesetzte Projekte zur Sicherung der Nah-versorgung sind die Dorfläden in den Gemeinden Aidhausen und Riedbach. Hinsichtlich generatio-nenübergreifender Angebote wird in Aidhausen bereits erfolgreich eine Mehrgenerationenwerkstatt betrieben; weitere zwölf Dorfgemeinschaftshäuser folgen.

Kurz nach Abschluss des ILEK wurde das Interkommunale Wäginerzentrum in Hofheim als Schlüs-selprojekt eingeweiht. Meilenstei-ne waren auch die Vereinsgrün-dung Hofheimer Allianz sowie die Einstellung eines Allianz-Mana-gers. Die durch das ILEK geschaf-fenen Organisationsstruktur wird mit der rein ehrenamtlichen Struktur verknüpft, um Effektivität und Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

Zudem werden zugewiesene Asylbewerber unterstützt, um die Bedingungen dafür zu schaffen, sich beruflich und familiär zu etablieren, informiert Prof. Dr. Eicke Uhlich, 1. Vorsitzender „Freundes-kreis Asyl Hofheim e.V.“: Neue Strukturen wie Kultur-Kaffee, Musik- und Theaterabende, Aus-stellungen, sportliche Aktivitäten, 1-Euro-Jobs und vieles mehr wür-den aufgebaut. Das persönliche Kennenlernen mache Flüchtlinge schließlich zu Neubürgern.

Um Flüchtlinge endgültig in die Gesellschaft einbinden zu können, werde an entsprechenden Modellen gearbeitet. So schafft beispie-lsweise das Programm „Revitalisie-rung von leer stehenden Häusern“ neuen Wohnraum. Oder man hilft bei der Eingliederung in neue Ar-beitsstellen. Zudem unterstützt man die soziale Neuorientierung von Migranten und Ortsansässigen. Uhlich: „Wir machen übri-gens in diesen Wochen und Mona-ten die Erfahrung, dass Integration im ländlichen Raum besser gelingt als in Städten. In Ballungsgebieten ist man noch nicht davon über-zeugt, dass Flüchtlinge eine Chan-ce für unser Land sind. Wir wissen das! Ich sehe uns am Beginn einer neuen, spannenden, Epoche. Als Zeitzeugen können wir sie selbst mit gestalten.“ **DK**

Großbaustelle...

(Fortsetzung von Seite 1)

Damit will man sicher gehen, dass ankommende Personen kei-ne Bedrohung für die öffentliche Ordnung und innere Sicherheit darstellen.

Kein Staat kann den Kampf ge-gen den Terror alleine lösen. Euro-pa muss sich Niebler zufolge end-lich besser vernetzen und gemein-sam vorgehen, um nicht noch mehr unschuldige Menschenleben zu opfern. Für eine effektivere Ter-rorismusbekämpfung ist die Zu-sammenarbeit zwischen den Er-mittlungsbehörden und Nachrich-tendienstern in der EU zu verbes-sern. Nationale Egoismen bei der Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten müssten end-lich weichen. Ein institutionalisier-ter Informationsaustausch bringe mehr Sicherheit für alle.

Als Meilenstein für den europäi-schen Datenschutz wertete die Vor-sitzende der CSU-Europagruppe das neue Datenschutzabkommen mit den USA. Dieses schütze ei-nerseits die Grundrechte europäi-scher Bürger und stelle ander-erseits Rechtssicherheit für Unter-nehmen her, wenn es um den Transfer europäischer Daten in die USA geht.

Die USA haben der EU schrift-lich zugesichert, dass der Zugriff öffentlicher Behörden auf europäi-sche Daten zu Zwecken der Geset-zvollstreckung und der nationa-len Sicherheit strengen Beschrän-kungen und Sicherheitsmaßnah-men unterliegt. EU-Bürger, die ih-re Rechte dennoch verletzt sehen,

haben unterschiedliche Rechtsmit-telverfahren zur Auswahl. Werden ihre Rechte beispielsweise durch die US-Sicherheitsbehörden ver-letzt, können sie sich an eine neu geschaffene Ombudsstelle wen-den. Das Abkommen soll jährlich überprüft werden. Insbesondere die Frage des Zugriffs durch Si-cherheitsbehörden wird dabei ei-ne Rolle spielen.

Zur Glaubwürdigkeit und zum Vertrauen in die Wirtschafts- und Währungsunion gehört auch, dass Maßnahmen und Regeln auch kon-sequent umgesetzt werden. Hier sind laut Niebler in erster Linie die Mitgliedstaaten gefordert. Es gehe in erster Linie um Strukturrefor-men, um die Konsolidierung der Haushalte, den Schuldenabbau.

Für den falschen Schritt hält sie die viel diskutierte europaweite Vergemeinschaftung der nationa-len Einlagensicherungssysteme. „Erst müssen wir die vorhandene Richtlinie umsetzen, die Mit-gliedstaaten in die Pflicht neh-men, und dann kann man über weitere Schritte nachdenken“, be-merkte Angelika Niebler. Sie äußerte die Hoffnung, „eine Sperrminorität hin-zukriegen“.

Einen Schlüsselpunkt forderte Niebler bei der Nullzins- bzw. Negativzinspolitik der EZB. Die Euro-paabgeordnete hält die Entwick-lung für äußerst bedenklich, gehe diese doch zulasten aller Sparer und damit der Menschen, die für ihren Lebensabend und für die nächste Generation vorsorgen wollten. **DK**

IT-Schnittstellen für medienbruchfreie Asylverfahren

Auf Initiative der AKDB können nun in Bayern Ausländerbehörden und Sozialämter auf die im integrierten Migrationsverwaltungssystem (iMVS) gespeicherten Daten zugreifen. Diese Daten werden den jeweiligen kommunalen Fachverfahren über Schnittstellen elektronisch zugänglich gemacht und erleichtern so die Sachbearbeitung im Asylverfahren.

Die dem Freistaat Bayern neu zugewiesenen Flüchtlinge werden mit ihren personenbezogenen Daten im iMVS erfasst, für das das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration verantwortlich zeichnet.

Damit die am Asylverfahren beteiligten Stellen wie Ausländerbehörden, Sozialämter sowie die für die Unterkünfte verantwortlichen Stellen Flüchtlinge nicht mehrmals manuell erfassen müssen, hat die AKDB dem

Innen- und dem Sozialministerium des Freistaats vorgeschlagen, die iMVS-Daten den kommunalen Fachverfahren elektronisch zugänglich zu machen.

Ausländerbehörden und die Sozialämter bei den bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten haben die Möglichkeit, im iMVS die ihnen zugewiesenen Personen einzusehen. Die erforderlichen Daten lassen sich künftig über eine XML-Schnittstelle oder über

Microsoft Excel aus dem iMVS importieren.

Weniger Fehlerquellen

Die AKDB hat für ihre Fachverfahren OK.VISA und OK.SOZIU mit Hilfe einer Schnittstelle die Möglichkeit geschaffen, Daten aus dem iMVS elektronisch zu übernehmen. Auch das von der AKDB angebotene Tau-Office Unternehmensemanagement, das eine systematische Unterbringung von

Flüchtlings und Asylbewerbern beinhaltet, verfügt über eine solche Schnittstelle.

Die iMVS-Schnittstelle hat unter anderem den Vorteil, dass Daten von Personen, die der Kommune per Zuweisungsbescheid zur Unterbringung zugeteilt werden, nicht mehr manuell in OK.VISA, OK.SOZIU und Tau-Office erfasst werden müssen. Dies reduziert nicht nur den Erfassungsaufwand, sondern angesichts von Vor- und Familiennamen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen auch mögliche Fehlerquellen. Durch in der Schnittstelle enthaltene Merkmale ist zudem sichergestellt, dass im Fachverfahren bereits erfasste Personen eindeutig identifizierbar sind. □

Bayerisches eGovernment-Gesetz:

So stellen Sie die Weichen richtig!

Mit dem bayerischen eGovernment-Gesetz hat der Freistaat wichtige Rahmenbedingungen für eGovernment in Bayern geschaffen. Das Gesetz sieht klar umrissene Rechte für Bürger und Unternehmen in der elektronischen Verwaltung vor.

Das Bayerische E-Government-Gesetz gilt für die öffentlichen Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Bayern, der Gemeinden und Gemeindeverbände und der sonstigen Personen des öffentlichen Rechts. Das Gesetz regelt die rechtlichen Voraussetzungen für eine effektive, bürger- und unternehmensfreundliche digitale Verwaltung in Bayern. Gleichzeitig zielt es auf den Ausbau des eGovernments auf allen Verwaltungsebenen und für alle Verwaltungsdienstleistungen im Freistaat Bayern ab.

In nur zehn Artikeln werden erstmals klar umrissene Rechte für Bürger und Unternehmen in der elektronischen Verwaltung festgelegt, insbesondere in Bezug auf den Zugang zur elektronischen Kommunikation, elektronische Identifizierung, elektronische Verfahrensabwicklung, elektronisches Bezahlen und elektronische Rechnungstellung.

In einem Download-pdf „Steckbrief BayEGovG“ (www.akdb.de) hat die AKDB die wichtigsten Auswirkungen auf das kommunale eGovernment-Angebot und passende AKDB-Lösungen in einem verständlichen Überblick zusammengestellt. □

Databund-Forum 2016:

Digitale Gewaltenteilung

IT-Markt zwischen Staat und Privatwirtschaft

Unter dem Titel „Digitale Gewaltenteilung als Marktverantwortung“ stellt im Frühjahr dieses Jahres Prof. Dr. Dirk Heckmann (Universität Passau) und Dr. Wilfried Bernhardt (Staatssekretär a.D.) eine Studie vor, die sich mit dem Problem der Einflussnahme des Staates und der öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleister auf den IT-Markt beschäftigt. Auftraggeber war der DATABUND, der Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor.

Die Studie entstand auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Kritik am bundesdeutschen E-Government und der öffentlichen IT. Dabei ging es vorrangig um die Frage, welche Rolle der Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Marktteilnehmern für die unbefriedigende Situation in weiten Bereichen der öffentlichen IT spielt.

Leitidee

Im Ergebnis der rechtswissenschaftlichen und politischen Bestandsaufnahme entwickelten die Autoren die Leitidee einer digitalen Gewaltenteilung und das Leitbild des kooperativen, vertrauenswürdigen und nachhaltigen IT-Staates. Sie fordern die Zurückhaltung des Staates gegenüber der privaten IT-Branche.

Die Studie und deren Ergebnisse nimmt der DATABUND zum Anlass, sich ausführlich mit den unterschiedlichen Perspektiven und Aspekten des Wettbewerbs im öffentlichen IT-Sektor auf seinem diesjährigen Forum im nordrhein-westfälischen Hemer am 15. und 16. September zu beschäftigen. Neben der Vorstellung der Stu-

die durch die Autoren wird unter anderem Dr. Gregor Gysi (LINKE) das staatliche Handeln im Spannungsfeld von Markt und Daseinsvorsorge beleuchten.

Folgen eines fehlenden Wettbewerbs

Aus einer ökonomischen Perspektive nähert sich Prof. Dr. Rupprecht Podszus (Universität Bayreuth) dem Thema Wettbewerb im öffentlichen IT-Markt. Am Beispiel des Branchenriesen GOOGLE setzt sich Dr. Wolfgang Sander-Beuermann (Suma e.V./Suchmaschine METAGER) mit den Folgen eines fehlenden Wettbewerbs auseinander. Hinzu kommen weitere Forenbeiträge von Vertretern der Branchenverbände DATABUND und Vitako.

Das diesjährige DATABUND Forum will Entscheidern und Multiplikatoren aus Bund, Ländern und Kommunen sowie Vertretern von IT-Dienstleistern die Idee einer digitalen Gewaltenteilung näher bringen und für die Auswirkungen bei wettbewerbsrelevanten Entscheidungen sensibilisieren.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.databund.de □

45 Jahre erfolgreicher Einsatz für Kommunen

Die AKDB, die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, wird 45 Jahre alt. 1971 gegründet, schreibt sie weiter eine Erfolgsgeschichte, die den bayerischen Landkreisen, Städten, Gemeinden und Bezirken zugutekommt. Als hochmoderner IT-Dienstleister plant, entwickelt und erbringt die AKDB Softwarelösungen und Dienstleistungen, damit Kommunen ihre Aufgaben noch effizienter, bürgerfreundlicher und zukunftssicherer erfüllen können.

Der 45. Geburtstag ist auch ein stolzer Beweis dafür, dass die AKDB gerade in der dynamischen IT-Branche als verlässlicher Partner und Interessensvertreter fest in der kommunalen Familie verwurzelt ist.

Blicken wir kurz anlässlich des Jubiläums zurück: Auf Empfehlung des Freistaats Bayern hatten die bayerischen Kommunen 1971 eine gemeinsame Einrichtung gegründet, die den Einsatz moderner Datentechnik und Software für die Neuorganisation des Meldewesens sicherstellen sollte.

So entstand zum 1. Juni 1971 unter der Trägerschaft des Bayerischen Gemeindetages, des Bayerischen Städteverbands (heute Bayerischer Städtetag) und des Landkreistags Bayern (heute Bayerischer Landkreistag) die AKDB, 1974 kam der Verband

der bayerischen Bezirke (heute Bayerischer Bezirkstag) als weiterer Träger hinzu.

Die AKDB hat heute bundesweit mehr als 4.500 Kunden, in Bayern liegt der Marktanteil bei über 60 Prozent. Die AKDB selbst beschäftigt rund 800 Mitarbeiter, im Unternehmensverbund, zu dem die Tochterfirmen LivingData GmbH, Tera Software GmbH und kommIT GmbH gehören, arbeiten fast 1.000 Beschäftigte. Das Unternehmen betreibt ein durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie zertifiziertes Rechenzentrum. Für Kundennähe sorgen Geschäftsstellen in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken. Bundesweit vertrieben werden die AKDB-Produkte von der Tochtergesellschaft kommIT GmbH mit Sitz in Köln. □

Tablet kaputt – (k)ein Fall für die Versicherung?

München. Das neue Tablet des Kollegen wird bewundert – und gleitet aus Versehen aus der Hand. Display kaputt. In diesem Fall greift die Haftpflichtversicherung.

„Unser Leistungsversprechen als Serviceversicherer ist eine schnelle und vereinbarungsgemäße Regulierung“, betont Günter Selentin, Schadenexperte des VKB-Konzerns. „Wir stehen gegenüber den ehrlichen Kunden – und das sind fast alle – in der Pflicht.“ Deshalb prüft die Versicherungskammer Bayern im Einzelfall sorgfältig: Ist das Tablet dem Kollegen wirklich heruntergefallen und stimmt das zerbrochene Display mit der Schadenschilderung überein? Um möglichst eindeutige Antworten zu erhalten, wird häufig auch die Expertise von externen Profis eingeholt. Das hilft zudem, die Kunden schnell zu bedienen.

Dass manchmal forensisches Geschick und kriminalistisches Gespür zu einer Schadenregulierung gehören, konnten Journalisten auf einem Presstreffen bei der Versicherungskammer Bayern in München live erleben. Selentin nahm die Teilnehmer mit auf Spurensuche und zeigte beispielsweise, wie unterschiedlich ein Smartphone-Display zerbrechen kann: Ist es auf einen harten Gegenstand gefallen oder hat sich jemand darauf gesetzt – so wie es ein Kunde geschildert hat.

„Wir prüfen dort ganz genau,

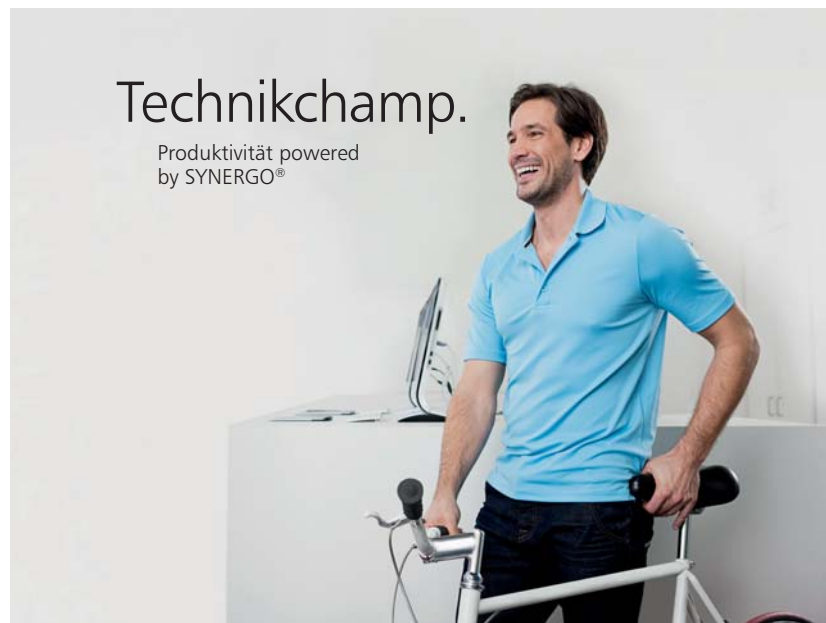
wo die Wahrscheinlichkeit für Unregelmäßigkeiten hoch ist oder sich Auffälligkeiten im Einzelfall finden“, erklärt Selentin. Laut Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) sind zwischen 7 und 15 Prozent der Schadenmeldungen auffällig. Der Verband geht von rund vier Milliarden Euro Schaden durch Versicherungsbetrug jährlich allein in der Schaden- und Unfallversicherung aus. Allein für den Konzern VKB wären dies mehrere Millionen Euro.

Neben den Schadenspezialisten vor Ort kümmert sich eine eigene Einheit innerhalb des Konzerns VKB sowohl um auffällige Schadenmeldungen als auch um Betrugsabwehr.

„Schadenmanagement ist notwendig, um Versicherungsbeiträge stabil zu halten. Denn mehr Versicherungsbetrug führt zu höheren Prämien“, so Selentin. Was vielen Kunden zudem nicht klar ist: Betrug sei kein Kavaliersdelikt und bei nachgewiesenem Versicherungsbetrug droht neben Verlust des Versicherungsschutzes und Rückforderung bereits bezahlter Leistungen auch Strafanzeige, Geldbußen oder Freiheitsstrafen bis zu 10 Jahren. □

Technikchamp.

Produktivität powered by SYNERGO®



Sicher und leichtgängig aus dem Rechenzentrum.

Mit der neuen SYNERGO®-Produktgeneration kommt Ihre kommunale IT schnell in die Gänge. Denn für den Bezug als Software-as-a-Service, kurz SaaS, aus dem BSI-zertifizierten Rechenzentrum der AKDB oder aus einem Partner-Rechenzentrum genügt ein internetfähiger PC. Um Servertechnologie, Datenbanklizenzen und Sicherheitskonzepte für Datenschutz brauchen Sie sich bei SaaS nicht zu kümmern. Das macht SYNERGO® besonders investitionsicher und produktiv.

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

SMART Region – Digitalisierung und Kommunen

Fachtagung von PwC und Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München

Der Megatrend Digitalisierung macht an den Grenzen der Metropolen nicht halt. Für Kommunen ergeben sich Chancen wie auch Herausforderungen. Darüber informierte die Fachtagung „SMART Region – Digitalisierung und Kommunen“ von PwC und dem Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV), bei der neben hochkarätigen inhaltlichen Vorträgen zu den Themen Handel, E-Government, Mobilität und E-Health die Diskussion im Mittelpunkt stand.

Wie Wirtschaftsstaatssekretär Franz-Josef Pschierer in seinem Grußwort anmerkte, spielten Bayern und Deutschland beim Thema E-Government in der Europäischen Union nicht in der Champions League, die baltischen Staaten rangierten weiter vorn. Pschierer forderte zu erhöhtem Tempo auf. Beim Thema Digitalisierung sollen seiner Ansicht nach die Innenstädte weiterhin attraktiv bleiben und nicht vom Online-Handel ausbluten. Zentrale Herausforderung der nächsten Jahre sei es, den Online-Handel sinnvoll zu verknüpfen; hier benötige jede Kommune eine individuelle Strategie.

In diesem Zusammenhang führte Pschierer das Modellprojekt „Digitale Einkaufsstadt“ an, an dem die Städte Coburg, Günzburg und Pfaffenhofen an der Ilm teilnehmen. Hilfestellung bei der Entwicklung neuer Strategien und der optimalen Nutzung digitaler Innovationen bekommen die drei Modellstädte von einer Expertengruppe, bestehend aus der BBH Handelsberatung GmbH, der Cima Beratung+Management GmbH und der laboratum GmbH.

Digitale Anwendungen im Stadtmarketing und im mittelständischen Einzelhandel sollen die Städte für die Zukunft rüsten. Seit 2007 hat sich der Online-Umsatz im Einzelhandel mehr als verdreifacht. Momentan sind es zwar nur knapp acht Prozent am Gesamtumsatz, aber der Anteil wächst rapide.

Als externer Berater unterstützt PwC den Freistaat Bayern und die Kommunen bei der Umsetzung von Digitalisierung. Laut Felix Hasse, Partner bei PriceWaterhouse Coopers im Bereich Government & Public Services Bayern, revolutioniert die Digitalisierung Branchen wie etwa Medien, Handel und Autoindustrie und betrifft Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeiten, Infrastruktur, Verwaltung, Mobilität, Kultur und Bildung.

Gemäß der PwC-Studie „Deutschlands Städte werden digital“ haben Kommunen die Digitalisierung zwar bereits als Standortfaktor erkannt, vielen fehlt jedoch eine umfassende Digitalisierungsstrategie. Erst wenn das digitale Entwick-

lungsziel definiert ist, kann der Weg dorthin skizziert werden. Dann lassen sich die richtigen Maßnahmen zielgerichtet und effizient umsetzen.

84 Prozent der Landkreise und 85 Prozent der Städte investieren aktuell in Digitalisierungsprojekte; dahinter steckt aber keine ganzheitliche Strategie, sondern es handelt sich eher um Einzelmaßnahmen. Der ländliche Raum hat dabei andere Herausforderungen als die Städte, die sich eventuell durch die Digitalisierung lösen lassen (z.B. Zugang zu medizinischer Versorgung, Rückgang des Einzelhandels, Wohnungsleerstand etc.).

Mit der Digitalisierung wollen Kommunen Prozesse optimieren, Partizipation erleichtern und Standortqualität erhöhen. Die Kommunen sollten die Initiative schnellstens selbst in die Hand nehmen, mahnte Hasse: „Da sich wahnsinnig schnell etwas ändert und damit Kommunen attraktiv bleiben, müssen sie früh damit anfangen.“ Digitalisierung muss Chefsache sein und am besten durch einen Digitalisierungsbeauftragten als digitale rechte Hand des Bürgermeisters vorangetrieben werden.

Aktuelle Marktentwicklung

Alexander Spickenreuther, Geschäftsführer des Handelsverbands Bayern e.V. (HBE), schilderte die aktuelle Marktentwicklung im Einzelhandel, deren Interessen der Verband vertritt. Der Umsatz ist insgesamt konstant geblieben, die Marktanteile haben sich verschoben, bei gleichzeitig steigenden Einzelhandelsflächen. 10 Prozent des Umsatzes im Einzelhandel wird online getätigt; Lebensmittelhandel findet online quasi nicht statt (Anteil 1 Prozent). Spickenreuther rechnet aber damit, dass der „Big Bang“ noch eintritt und der Online-Anteil am Lebensmittelhandel 2020 rund 20 Prozent beträgt.

Wie der Geschäftsführer erläuterte, verlieren reine Online-Anbieter Marktanteile (minus 20 Prozent für amazon und ebay), wovon der stationäre Handel profitiert. Der Trend gehe zu Cross-Channel-Anbietern, stationäre Buchhändler kämpfen sich Terrain zurück und reine Internet-Anbieter

eröffneten Ladengeschäfte wie etwa notebookbilliger.de. Die Anzahl der mobilen „Heavy User“ nehme drastisch zu, ein Drittel des Online-Handels erfolge bereits über Smartphones. Daher spiele das Mobile Marketing (QR-Codes, Location-Based-Services) künftig eine entscheidende Rolle. Wichtig dafür sei der Ausbau von Mobilfunk und Breitband, vor allem auf dem Land.

Als weitere Trends nannte Spickenreuther kommunale Marktplätze (Rakuten.de in Bamberg), Lieferservices, Zusatzservices (Post, Reinigung etc.) sowie größere Verkaufsflächen im Lebensmitteleinzelhandel (wachsende Sortimentsbreite und -tiefe durch veränderte Ernährungsgewohnheiten). Um die Nahversorgung der Bevölkerung gerade auch im ländlichen Raum zu gewährleisten, müssten Kommunen überlegen, wie sie die verkehrliche Entwicklung und integrierte Standorte mit Flächenentwicklung in den Ortskernen etablieren und aktives Standortmarketing angehen.

Montglas 3.0

Michael Diepold, Leiter Geschäftsfeld eGovernment bei der AKDB, stellte die Digitalisierungsinitiative Montglas 3.0 der Bayerischen Staatsregierung vor. Damit will der Freistaat das E-Government in Bayern vorantreiben. Das Bürgerservice-Portal der AKDB ermöglicht Bürgern und Unternehmen eine medienbruchfreie Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen über das Internet. Mehr als 750 Kommunen nutzen das Portal für elektronische Services; die Plattform lässt sich in den eigenen Webaufrufen integrieren. Es gibt 70 Fachdienste, von der Beantragung des Führerscheins über Kfz-Anmeldung bis hin zum Passwesen, Geburtsurkunden etc. Das Augenmerk liegt hierbei auf der Sicherheit von Kommunikation und Daten durch Authentifizierung und Vertrauensniveau.

80 Millionen Anfragen

Auch im ÖPNV schreitet die Digitalisierung weiter voran. Nach Aussage von Dr. Markus Haller, Bereichsleiter Konzeption beim MVV, verzeichnet die elektronische Fahrplanauskunft (EFA) derzeit 80 Millionen Anfragen pro Monat. Auch hier gehe der Trend zur mobilen Nutzung – rund zwei Drittel der Abfragen erfolgten über mobile Endgeräte und die MVV-App habe bereits 1,4 Millionen Downloads. Die Online- und Handy-Tickets ließen sich direkt aus der Fahrplanauskunft heraus buchen.

Ziel des MVV ist der Aufbau eines Mobilitätsportals, das verschiedene verfügbare Mobilitätsangebote in der Region raumübergreifend und diskriminierungsfrei einbinden soll. Dazu gehören neben dem ÖPNV auch Dienste wie Car- und Bike-Sharing sowie P+R Informationen. Der Clou dabei: Das Portal soll Echtzeitinformationen anzeigen. Als Beispiel führte Haller die dynamische P+R-Belegung und verschiedene Anwendungsszenarien an. So zeigt das System etwa dem Autofahrer an: „Hier ist die nächste freie P+R-Anlage. Fahr dort hin und steige in den ÖPNV um.“ Zudem müsse sich der MVV vom Verkehrsverbund hin zu einem Mobilitätsverbund entwickeln,

der neben den bereits verfügbaren Fahrgastinformationen durchgängig Echtzeitinformationen bereitstellt.

Die Kommunen müssen aktiv werden, wollen sie den Zustand „smart“ erreichen. Darüber waren sich die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion unter der Moderation von IT-Fachjournalist Jürgen Mauerer einig. Thomas Eichinger, Landrat des Landkreises Landsberg am Lech und PV-Vorstandsmitglied, definierte eine Region als

smart, wenn sie über die nötige Infrastruktur wie Breitband und auch Mobilfunk verfügt und dem Bürger alle nötigen Systeme für die digitale Kommunikation mit den Behörden von zu Hause aus zur Verfügung stellt.

Eichinger räumte freilich ein, dass sein Landkreis noch nicht so weit sei. Er plädierte für eine moderate Umstellung in den kommunalen Verwaltungen, da es Aspekte wie Behördenkultur, IT-Fachpersonal, Verwaltungssysteme und auch Ge-

setze zu berücksichtigen gilt.

Bei allen Herausforderungen und betriebswirtschaftlichen Zwängen stellten die Diskutanten fest, dass es jede Kommune in der Hand hat, für sich zu entscheiden, ob sie attraktiv bleiben will oder nicht. Ein allgemeingültiges Patentrezept gebe es nicht; jede Kommune sei als Einzelfall zu betrachten und habe ihre eigenen Anforderungen bei der Digitalisierung zu definieren.

Damit eine Kommune ihre digitale Zukunft gestalten kann, riet Landkreisleiter Eichinger den Verantwortlichen eine Priorisierung der Themen vorzunehmen, zu investieren, die Vorteile der Digitalisierung für die Mitarbeiter herauszuarbeiten (etwa Effizienzgewinn und Standortvorteile) und das Konzept sowie die positiven Effekte in der Bürgerschaft zu bewerkstelligen.

Bürgerservice verbessern

Fazit: Die Digitalisierung bietet viele Chancen, um interne Prozesse in der kommunalen Verwaltung zu optimieren und den Service für die Bürger zu verbessern. Die Erwartungshaltung der Bürger ist hoch, da sie im Alltag viel digital unterwegs sind und per Smartphone schnell auf Informationen zugreifen können. Die kommunale Verwaltung sollte entsprechend mitziehen.

Damit Kommunen die Digitalisierung effizient umsetzen können, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: eine ausreichende technische Infrastruktur (Breitband, Mobilfunk und Plattformen für die vernetzte Sammlung von Daten); eine zentrale Anlaufstelle auf Landesebene, die Kommunen bei der Digitalisierung an die Hand nimmt (beispielsweise das Zentrum Digitalisierung.Bayern); eine verstärkte Unterstützung der Staatsregierung bei der Finanzierung; gut ausgebildetes Personal in IT und Verwaltung sowie eine starke Kooperation der Landkreise und Kommunen untereinander und mit der Wirtschaft. **DK**



V. l.: Wolfgang Goletz, Ronny Kurek, Franz Fuchs, Christian Fuchs, Stephan Hauber, Manfred Blininger.

komuna und HSH erneuern Partnerschaft für VOIS

MoKomm und rechnet neu mit im Boot

Seit 1995 pflegen die Firmen komuna GmbH EDV-Beratung, Altdorf und HSH Software- und Hardware Vertriebs GmbH, Ahrensfelde eine erfolgreiche Partnerschaft für das Einwohnerverfahren MESO. Die HSH vertraut hinsichtlich der Vermarktung und Betreuung von MESO in Bayern und Baden-Württemberg seit über 20 Jahren der bayerischen IT-Firma komuna GmbH. Das Ergebnis: Über 550 zufriedene Kunden!

Nun haben die Geschäftsführer Franz Fuchs, komuna und Stephan Hauber, HSH kürzlich für die neue Softwaregeneration VOIS ihre Partnerschaft erneuert.

Was ist VOIS? - Das Neue und Innovative von VOIS ist seine Architektur, ein Baukastensystem, das sowohl eine softwareseitige als auch organisatorische Plattform zur Integration verschiedener Fachverfahren bereitstellt – vom Einwohnermeldeamt über Ausländer-, Gewerbe-/Erlaubniswesen bis hin zum Führerscheinwesen – und vielem mehr. Mit einem einheitlichen Look-and-Feel, einer modernen Weboberfläche und einer über alle Anwendungen hinweg gleichen bzw. ähnlichen Programm- und Vorgangslogik, wird VOIS vor allem den fachübergreifenden Anforderungen von Bürgerämtern gerecht.

Der Zeit voraus

Franz Fuchs: „Wir sind stolz darauf, dass wir mit VOIS und unserem Software-Partner Fa. HSH nicht nur auf der Höhe der Zeit, sondern der Zeit wiederum etwas voraus sind.“

Die MoKomm Software GmbH wurde ab dem 01.01.2016 vollständig mit der HSH Software- und Hardware Vertriebs GmbH verschmolzen und als deren süddeutsche Niederlassung „MoKomm“ weitergeführt. MoKomm wird sich verstärkt um den Vertrieb und die Betreuung von VOIS | GESO (Gewerbe- und Erlaubniswesen) kümmern.

Stephan Hauber: „Grundgedanke unserer Zusammenarbeit ist es, dem Endkunden eine umfassende IT-Lösung mit höchsten Qualitätsanforderungen sowohl hinsichtlich der Software als auch der Betreuung und des technischen Umfeldes bereitzustellen. Höchstes Gut ist es dabei, im Sinne des Kunden zu handeln und gegenüber dem Kunden als Einheit aufzutreten.“

Viertes Unternehmen mit im Bunde ist die rechnetnet consulting GmbH, München, deren Netzwerk ist in diesem Verbund der

Partner für zeitgemäßes Hosting (kommunales Application-Hosting, Server- und Mail-Hosting).

Franz Fuchs: „Wir wollen unsere Erfolgsgeschichte zusammen mit unseren Partnern und Kunden in gewohnter Partnerschaftlicher Form weiter leben getreu dem Motto „komuna – Partner der Kommunalverwaltung.“ **□**

Komuna Kunden Forum in Altdorf

Vom 28. bis 30.06.2016 lädt die Firma Komuna nach Altdorf ein. Praxisgerechte eGovernmentlösungen mit Zukunft und neue innovative Softwareprodukte prägen das Programm des diesjährigen komuna Kunden Forums.

Neben der Präsentation umfassender Serviceleistungen für den Bereich IT & Technik werden auch die Neuerungen der bewährten Software-Lösungen komuna.RSP, komuna.APP und komuna.RIS mit diversen Neuerungen erörtert. Geboten werden interessante Vorträge, aktuelle Informationen, individuelle Beratung und persönlicher Austausch. **□**

Kabelinternet immer beliebter

Die deutschen Kabelnetzbetreiber gewannen im vergangenen Jahr rund 600.000 Internetkunden hinzu und versorgen aktuell 6,6 Mio. Haushalte in Deutschland mit Hochgeschwindigkeitsinternet. Das geht aus Branchenzahlen hervor, die der Verband Deutscher Kabelnetzbetreiber (ANGA) heute veröffentlicht hat. Kabelkunden buchen demnach besonders hohe Bandbreiten: Aktuell fragt schon jeder Dritte Kabelinternetkunden Anschlüsse mit 100 Mbit/s und mehr nach.

Hierzu ANGA-Präsident Thomas Braun: „Mit Angeboten von bis zu 400 Mbit/s und einer Verfügbarkeit in 72 Prozent der Haushalte bleiben die Kabelnetzbetreiber im Breitbandinternetmarkt auch 2016 auf der Überholspur. Der kommende Standard DOCSIS 3.1 wird die Leistungsfähigkeit der Kabelnetze ab 2017 noch einmal deutlich erhöhen.“

Nachfrage nach Pay-TV

Steigende Zahlen vermelden die Kabelnetzbetreiber auch bei der Nachfrage nach Pay-TV. Gegenüber dem Vorjahr entschieden sich weitere 260.000 Haushalte für kostenpflichtige Zusatzdienste

Programmpakete; insgesamt ein Zuwachs von sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Kabelfernsehaushalte ist mit 17,9 Millionen weitestgehend stabil geblieben.

„Die Kabelnetzbetreiber können mit dem Jahr 2015 sehr zufrieden sein. Wir konnten uns im Fernsehmarkt gegen die neue onlinebasierte Konkurrenz behaupten und haben im Breitbandmarkt noch einmal deutlich zugelegt, insgesamt ein gutes Ergebnis“, so Braun resümierend.

Die Branchenzahlen wurden in zwei Faktenblättern veröffentlicht. Sie stehen auf der Website www.anga.de zum Download bereit. **□**

www.krenzer-sitzmoebel.de

Fordern Sie kostenlos unser Informationsmaterial an!

KRENZER

Wir gestalten Räume.

Qualität ab Werk – das KRENZER-Modularsystem

Stühle • Sessel • Sitzgruppen • Hocker • Pulte • Tische

Ziel des MVV ist der Aufbau eines Mobilitätsportals, das verschiedene verfügbare Mobilitätsangebote in der Region raumübergreifend und diskriminierungsfrei einbinden soll. Dazu gehören neben dem ÖPNV auch Dienste wie Car- und Bike-Sharing sowie P+R Informationen. Der Clou dabei: Das Portal soll Echtzeitinformationen anzeigen. Als Beispiel führte Haller die dynamische P+R-Belegung und verschiedene Anwendungsszenarien an. So zeigt das System etwa dem Autofahrer an: „Hier ist die nächste freie P+R-Anlage. Fahr dort hin und steige in den ÖPNV um.“ Zudem müsse sich der MVV vom Verkehrsverbund hin zu einem Mobilitätsverbund entwickeln,

Walter Krenzer GmbH & Co KG • Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26 • 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 0 27 71 / 32 08 0 • E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de

Schnelles Internet:

Zahlreiche Förderbescheide für bayerische Kommunen

Auf Hochtouren läuft der Ausbau von schnellem Internet im Freistaat. „Ich bin zuversichtlich, dass bereits 2017 jede Gemeinde einen Anschluss an die Datenautobahn hat“, bilanzierten Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder und sein Staatssekretär Albert Füracker in München. 1.949 Gemeinden (95 Prozent) sind bereits im Förderverfahren, rund die Hälfte hat schon einen Förderbescheid erhalten.

„Dass Bayern in Sachen Breitband top in Deutschland ist, bestätigen auch aktuelle Gutachten“, führte der Minister an. Insbesondere bei ländlichen Gemeinden wachse die Versorgung mit schnellem Internet deutlich schneller als im Bundesdurchschnitt. „In ländlichen Gemeinden konnte die Verfügbarkeit von High-Speed-Internet seit Ende 2013 von rund 15 auf über 32 Prozent gesteigert werden. Wir haben hier mehr als eine Verdoppelung erreicht – im Bundesdurchschnitt ist die Verfügbarkeit lediglich um 12,6 Prozentpunkte gestiegen“, stellte der Minister erfreut fest.

Höhere Verfügbarkeit

Insgesamt steigerte sich die Verfügbarkeit von 50 Mbit/s-Anschlüssen in Bayern von 53,4 Prozent auf 68,4 Prozent. „Heute sind 900.000 bayerische Haushalte mehr an das schnelle Internet angeschlossen als Ende 2013 – das sind mehr Haushalte

als es in ganz Mecklenburg-Vorpommern gibt“, sagte Söder. Und das, so Söder, obwohl es in Bayern als größtem Bundesland viele bauliche Herausforderungen wie niedrige Einwohnerdichte, hohe Zahl der Haushalte und schwierige Topographie gibt.

Oberfranken

Zahlreiche Breitband-Förderbescheide konnten Markus Söder und Albert Füracker in jüngerer Zeit an bayerische Kommunen vergeben. „14 Gemeinden aus Oberfranken erhalten insgesamt rund sechs Millionen Euro Förderung“, freute sich Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder bei der Übergabe der Breitband-Förderbescheide an die Kommunen in Nürnberg. Oberfranken engagiere sich herausragend beim Breitbandausbau. Mit 213 Gemeinden befinden sich 99,5 Prozent im Förderverfahren. 172 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund

80,5 Millionen Euro zugesagt. Ein großer Teil der Fördermittel von maximal rund 154,4 Millionen Euro für Oberfranken ist aber noch offen. „Investieren Sie weiter in den zukunftsweisenden Ausbau des schnellen Internets“, appellierte Söder.

Mittelfranken

Aus Mittelfranken wurden 30 Gemeinden mit rund 10 Millionen Euro Förderung bedacht. Mit 200 Gemeinden befinden sich in Mittelfranken 95 Prozent im Förderverfahren. 127 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 47 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 148,65 Millionen Euro für Mittelfranken ist aber noch offen.

Auch in den oberbayerischen Gemeinden Altötting, Burgkirchen a.d.Alz, Garching a.d.Alz, Haiming, Kastl und Unterneukirchen wurden den Bürgermeistern Förderbescheide für den Breitbandausbau übergeben. Die Stadt Altötting erhält 367.674 Euro, Burgkirchen a.d.Alz 506.570 Euro, Garching a.d.Alz 573.449 Euro, Haiming 462.149 Euro, Kastl 556.049 Euro und Unterneukirchen 247.179 Euro.

Zudem erhielten die Märkte Altmannstein, Kösching, Nassenfels und die Gemeinde Schemfeld im Landkreis Eichstätt Förderbescheide. Der Markt Altmannstein bekommt 689.549 Euro, der Markt Kösching 62.708 Euro, der Markt Nassenfels 83.397 Euro und die Gemeinde Schemfeld 166.968 Euro. Auch der Markt Murnau am Staffelsee ist auf dem besten Weg zur digitalen Autobahn. Die Förderung beträgt dort 670.000 Euro.

Oberbayern

Mit 459 Gemeinden befinden sich in Oberbayern 92 Prozent im Förderverfahren. 140 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 42 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 365 Millionen Euro für Oberbayern ist jedoch noch offen.

Im niederbayerischen Vilshofen unterstützt der Freistaat den Breitbandausbau mit rund 432.000 Euro. Nach der Übergabe der Förderbescheide erfolgte der Spatenstich für den Ausbau von schnellem Internet zusammen mit dem Bereichsleiter Expansion der M-net Telekommunikations GmbH, Peter Reisinger. Künftig erhalten rund 800 Haushalte und Gewerbetreibende in Vilshofen schnelles Internet.

Geisenhausen

Spatenstich auch in Geisenhausen: Der Freistaat fördert dort den Breitbandausbau mit rund 334.000 Euro. Künftig erhalten in dem Markt rund 400 Haushalte und Gewerbetreibende schnelles Internet.

Niederbayern engagiert sich hervorragend beim Breitbandausbau. Mit 256 Gemeinden befinden sich in Niederbayern 99 Prozent im Förderverfahren. 189 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt 70 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 216,67 für Niederbayern ist aber noch offen.

Die Gemeinde Lupburg ist hier vorbildlich. Ich freue mich, dass die Kommune zukunfts-

weisend geplant und kraftvoll in den Ausbau investiert hat“, teilte Finanz- und Heimatstaatssekretär Albert Füracker bei einem Gespräch über den aktuellen Stand des Breitbandausbaus in der Gemeinde mit. Das jetzt durchgeführte zweite Projekt zielt auf die Flächendeckung. „Auch für einen gut wirtschaftenden Markt wie Lupburg sind die Eigenanteile eine spürbare Belastung“, merkte Füracker an. Nach der Entscheidung des Gemeinderats über die Ertelung des Zuschlags an einen Anbieter kann der Förderantrag bei der Regierung der Oberpfalz eingereicht werden. Der Freistaat übernimmt 60 Prozent der Kosten bis zu einer Förderhöhe von maximal 675.247 Euro, kündigte Füracker an.

Lupburg

Bereits 2013 ist die Marktgemeinde erstmals in das bayerische Förderprogramm eingestiegen. Die Achse Degerndorf, Lupburg, Niederhofen wurde in diesem ersten Durchgang mit Glasfaser erschlossen. Der Freistaat förderte dieses erste Projekt mit 174.753 Euro. Mit dem mittlerweile seit der Übernahme durch das Heimatministerium deutlich verbesserten Förderprogramm legte Lupburg den Fokus auf Flächendeckung und stieg erneut in das Programm ein. „Lupburg ist auch vorbildlich bei der Erschließung mit Glasfaser bis ins Haus“, hob Füracker hervor.

Im Landkreis Neumarkt i.d. Opf. befinden sich alle 19 Gemeinden im Förderverfahren. 16 Gemeinden erhielten bereits Förderbescheide mit einer Gesamtförderung von mehr als 6,1 Millionen Euro.

Der Landkreis Cham führt zusammen mit 37 beteiligten Kommunen ein weiteres Breitbandausbauprojekt mit Gesamtkosten von rund 35,4 Millionen Euro durch. „Erstmals hat die bayerische Kofinanzierung die neue zusätzliche Bundesförderung möglich gemacht“, stellte Albert Füracker bei der Übergabe des bayerischen Förderbescheids in Höhe von 11,8 Millionen Euro fest. Bundesminister Alexander Dobrindt, MdB, übergab gleichzeitig den Bescheid des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur in Höhe von 15 Millionen Euro an Bundesförderung. „Damit soll im Landkreis flächendeckend ein schneller Internetzugang ermöglicht werden“, stellte Füracker fest.

Landkreis Cham

Im Landkreis Cham sind durch das bayerische Förderprogramm bereits 12,6 Millionen Euro für den Breitbandausbau zugesagt. Damit werden rund 18.000 Haushalte erschlossen. Mit der nun zugesagten Kofinanzierung der zusätzlichen Bundesförderung erhöhen sich allein die durch den Freistaat Bayern zugesagten Zuschüsse auf 24,5 Millionen Euro.

Der Bund hat seine Verantwortung bei der Breitbanderschließung erkannt. Mit der Kofinanzierung Bayerns profitieren die bayerischen Gemeinden auch von der Bundesförderung. Der Bund hat 2 Milliarden Euro an Bundesförderung für 11.000 Kommunen in ganz Deutschland bereitgestellt. „Bayerische Kommunen sollen sinnvollerweise zunächst die unkomplizierte bayerische Förderung in Anspruch nehmen. Zur Schlie-

ßung der danach noch verbleibenden weißen Flecken beim Breitbandausbau kann das Bundesprogramm dienen. Mit der bayerischen Kofinanzierungsrichtlinie heben wir die Fördersätze im Bundesprogramm auf das höhere bayerische Förderniveau an“, hob Füracker hervor. So können die bayerischen Kommunen zusätzlich profitieren.

Breitband ist Zukunft

„Breitband ist Zukunft. Nur wo Breitband vorhanden ist, werden Arbeitsplätze entstehen und erhalten. Ziel sind hochleistungsfähige Breitbandnetze mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s. Hierfür stellt der Freistaat Bayern bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung – eine bundesweit einzigartige Summe“, unterstrich Staatsminister Söder.

Viele Gemeinden gehen mehrfach in das Verfahren, um schrittweise eine hohe Flächendeckung und besonders zukunftssichere Glasfasernetze bis in die Gebäude zu erhalten. Allein bei den bisher im Ausbau befindlichen Projekten werden weit über 14.700 km Glasfaserleitungen verlegt. „Jede Gemeinde erhält eine Ausfahrt von der Datenautobahn“, kündigte Söder an. Wichtige Hilfe für die Kommunen ist die Beratung durch die Breitbandmanager an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. In über 7.000 persönlichen Gesprächen wurde fast jede Gemeinde beraten. Seit Übernahme der Verantwortung durch das Heimatministerium verbesserte sich die Versorgung mit schnellem Internet in ländlichen Gemeinden Bayerns von unter 16 auf über 32 Prozent. **DK**

IT-Sicherheitsgesetz:

Was ist „Stand der Technik“?

TeleTrusT - Bundesverband IT-Sicherheit e.V. legt Handreichung vor

Zur Erhöhung der Cyber-Sicherheit hat der Gesetzgeber Unternehmen durch das IT-Sicherheitsgesetz verpflichtet, bei Auswahl, Implementierung und Betrieb von IT-Sicherheitsmaßnahmen den Stand der Technik zu berücksichtigen. Das gilt für Betreiber kritischer Infrastrukturen wie für jedes Nicht-KRITIS-Unternehmen, das eine Internetseite oder einen anderen Telemediendienst betreibt. Der Bundesverband IT-Sicherheit e.V. (TeleTrusT) hat nun eine Handreichung veröffentlicht, die den Unternehmen als Handlungsempfehlung und Orientierung zur Ermittlung des Standes der Technik in der IT-Sicherheit dient.

Die Handreichung soll den anwendenden Unternehmen und Anbietern (Hersteller, Dienstleister) gleichermaßen Hilfestellung zur Bestimmung des „Standes der Technik“ geben. Das von einer interdisziplinären Expertengruppe erarbeitete Dokument enthält in strukturierter Form detaillierte, praxisrelevante Hinweise. „Das Dokument bietet eine fachliche Basis zur Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen und eignet sich ebenso als Vertragsreferenz für Vereinbarungen über IT-Sicherheitsleistungen. Die Handreichung für die Unternehmenspraxis ist in dieser Form bislang einzigartig und schließt eine Lücke, die der Gesetzgeber durch den Rahmencharakter der bisherigen Regelungen belassen hat.“ sagt RA Karsten U. Bartels LL.M., TeleTrusT-Vorstand und Leiter der TeleTrusT-AG „Recht“.

TeleTrusT beteiligt sich mit dem Arbeitskreis „Stand der Technik“ an der inhaltlichen Ausgestaltung des IT-Sicherheitsgesetzes und begleitend Regelungen. Der Arbeitskreis hat die Zielsetzung, aus Sicht der IT-Sicherheitslösungsanbieter und -berater den betroffenen Wirtschaftskreisen Handlungsempfehlungen und Orientierung zu geben.

Gleichzeitig sind sich die Autoren dessen bewusst, dass es sich aufgrund der schnelllebigen Entwicklung der IT-Sicherheitslösungen um dynamische Inhalte handelt. Zugleich ist die Handreichung auch ein fachli-

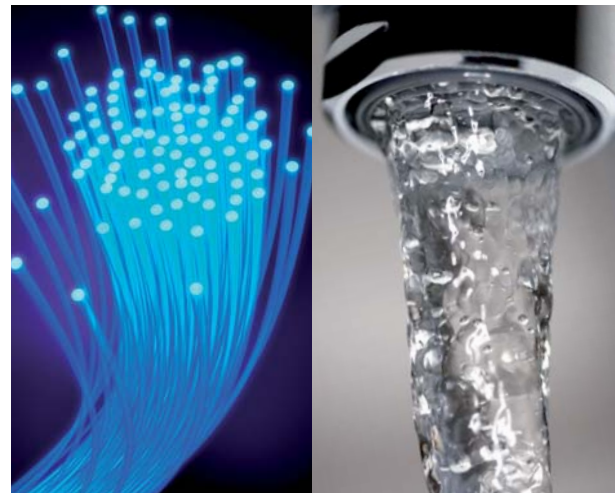
ches Angebot an den Gesetzgeber und den Verordnunggeber, zu den abstrakt-generellen Rahmenvorschriften komplementäre, konkrete und prüfbare Angaben zur Verfügung zu stellen.

Betreiber Kritischer Infrastrukturen haben eine Frist von zwei Jahren, angemessene Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen der Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Authentizität ihrer informationstechnischen Systeme, Komponenten oder Prozesse zu treffen, die für die Funktionsfähigkeit der von ihnen betriebenen Kritischen Infrastrukturen maßgeblich sind.

Mehr

Informationssicherheit

Tomasz Lawicki, Leiter des TeleTrusT-Arbeitskreises „Stand der Technik“: „Durch das IT-SIG sind Unternehmen („KRITIS“ und „Nicht-KRITIS“) gefordert, ihre Sicherheitsmaßnahmen im Hinblick auf die Aktualität und Wirksamkeit zu überprüfen. Die TeleTrusT-Handreichung zum Stand der Technik unterstützt Unternehmen dabei, den Zustand der Sicherheitsmaßnahmen realistisch einzuschätzen und gegebenenfalls Nachbesserungen abzuleiten und trägt dadurch branchenübergreifend zur Erhöhung der Informationssicherheit bei.“ Die TeleTrusT-Handreichung „Stand der Technik“ ist abrufbar unter www.teletrust.de/publikationen/broschueren/stand-der-technik **□**



WIR FÖRDERN GLAS UND KLAR

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in den Ausbau der Breitbandtechnologie genauso wie klassische kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

BUGLAS-Journalistenabend in Kooperation mit M-net:

Erweiterte Produktpalette

Die Mitgliedsunternehmen des Bundesverbands Glasfaseranschluss (BUGLAS) waren auch 2015 die Treiber des Breitbandausbaus. In Deutschland schlossen sie knapp 200.000 weitere Haushalte direkt mit Glasfaser an. Wie im Rahmen eines Journalistenabends in München verlautetete, stellen die Verbandsunternehmen damit nun insgesamt über 1,6 Millionen Haushalten einen Glasfaseranschluss ins Haus oder direkt in die Wohnung und damit die einzig zukunftsfähige Internet-Anschlusstechnologie überhaupt bereit.

Im BUGLAS sind jene Unternehmen zusammengeschlossen, die in Deutschland Glasfasernetze errichten und betreiben, die bis direkt bis in Gebäude beziehungsweise Haushalte (Fiber to the Building/Home, FttB/H) reichen. Diese nach einhelliger Expertenmeinung einzig zukunfts-fähigen Hochleistungs-Kommunikationsnetze versorgen Bürger und Unternehmen mit Bandbreiten bis in den Gigabit pro Sekunde-Bereich, wie BUGLAS-Geschäftsführer Wolfgang Heer erläuterte.

Über 2 Millionen Glasfaseranschlüsse

Die Gesamtzahl der tatsächlichen Glasfaseranschlüsse in Deutschland ist 2015 erstmals über die Zwei-Millionen-Marke geklettert und liegt zum Jahresende bei knapp 2,1 Millionen. Von den BUGLAS-Unternehmen wurden über drei Viertel dieser Anschlüsse realisiert. Bis 2018 wollen die BUGLAS-Unternehmen mindestens 830.000 neue FTTH/H-Anschlüsse bewerkstelligen. Der FTTC-Ausbaufumfang wiederum ist abhängig von Regulierungsentscheidungen, vor allem zu Vectoring II.

Zugang zum Layer-2-BSA

Mit Blick auf den weiteren Breitbandausbau wurde auf anstehende Regulierungsverfügungen wie die Genehmigung der Entgelte für den Zugang zum

Layer-2-BSA verwiesen. Die Telekom Deutschland GmbH hatte hierzu einen Antrag gestellt. Nach Überzeugung von BUGLAS ist diesem Antrag der Telekom eine besondere Bedeutung beizumessen, da sich die durch die Bundesnetzagentur genehmigten Entgelte aufgrund der Marktposition der Telekom als Referenzpreis für sämtliche Anbieter eines L2-BSA etablieren dürften. Daher seien bei der Entscheidung der Beschlusskammer die Belange der Wettbewerber nicht nur aus der Perspektive als Nachfrager, sondern auch aus ihrer Rolle als Wholesale-Anbieter eines L2-BSA besonders zu berücksichtigen.

High-Speed-Internet

Zu den BUGLAS-Mitgliedsunternehmen zählt der Münchner Telekommunikationsanbieter M-net. Gemeinsam mit den Stadtwerken München SWM schließt M-net die Landeshauptstadt mit Glasfaser und ermöglicht somit High-Speed-Internet. Bis 2014 hatten SWM und M-net in einem ersten Schritt bereits ein engmaschiges Glasfasernetz weitgehend innerhalb des Mittleren Rings verlegt, um den Münchnerinnen und Münchnern einen zeitgemäßen Internetzugang zu ermöglichen – rund 36.000 Gebäude mit 340.000 Haushalten sowie gut 60.000 Gewerbebetriebe wurden so erschlossen. Im Jahr 2014 folgten Nachverdichtungen sowie Gebäude, die während der

Bauphase nicht erschließungsfähig waren.

Nach intensiver Planung steht nun der zweite Ausbauschritt fest: Weitere 35.000 Gebäude mit über 230.000 Wohneinheiten außerhalb des Mittleren Rings sollen in den kommenden fünf Jahren erschlossen werden. Damit werden dann knapp 70 Prozent aller Münchner Haushalte direkten Zugang zur hochleistungsfähigen Glasfaser haben.

Hochwertiges Angebot

Wie Thomas Bichlmeier, TV Produktmanagement M-net berichtete, erweitert der Telekommunikationsanbieter seine Produktpalette um ein hochwertiges IP-TV-Angebot. Über ihren regulären Internetanschluss können M-net Kunden nunmehr über 100 Sender empfangen und gleichzeitig bis zu drei unterschiedliche Programme auf mehreren Geräten wiedergeben. M-net TVplus steht zunächst in ausgewählten Gebieten in Kombination mit einem Glasfaser-Internetanschluss mit einer Mindestbandbreite von 50 Mbit/s zur Verfügung.

Plus an Unabhängigkeit

Einfache Bedienung und ein Plus an Unabhängigkeit verspricht M-net mit seinem neuen Produkt, das als Upgrade zum Telefon- und Internetanschluss hinzugebucht werden kann. Im Gegensatz zu anderen Angeboten wird den Kunden nicht nur ermöglicht, an einem Gerät fernzusehen, sondern per App oder Webbrowser auf allen mobilen Endgeräten im heimischen WLAN-Netz. Bis zu drei unterschiedliche Programme können parallel über einen Anschluss empfangen werden. So kann die

ganze Familie das sehen, was sie will, wann sie will und wie sie will. Auf dem Fernseher im Wohnzimmer, auf dem Tablet im Schlafzimmer oder auf dem Smartphone im Garten.

M-net TVplus bietet mit seinem elektronischen Programm-Manager einen Überblick über alle Sendungen der kommenden zwei Wochen. Laufende Sendungen lassen sich pausieren und später wieder fortsetzen. Zusätzlich ersetzt die Aufnahme-funktion den klassischen Videorekorder. Über den Programm-Manager lassen sich Lieblings-sendungen bequem zur Aufnahme markieren – und

das sogar per App von unterwegs aus.

M-net TVplus kostet 9,90 Euro pro Monat und bietet über 100 Sender – davon 40 vorwiegend öffentlich-rechtliche Sender in HD-Qualität. Private HD-Sender und internationale Senderpakete können hinzugebucht werden. Technisches Kernstück von M-net TV plus ist die TV plus-Box, die per Kabel oder alternativ per WLAN mit dem M-net Router – der FRITZ!Box – verbunden wird. Die Installation erfolgt bei der ersten Inbetriebnahme vollautomatisch, was die Bedienung kinderleicht macht.

Erweiterte Speicherkapazität

Der mitgelieferte 32 Gigabyte große USB-Speicherstick kann selbstständig ausgetauscht und die Speicherkapazität somit erweitert werden. Zusätzlich ermöglicht die Box den direkten Zugriff auf die Online-Videotheken maxdome und viewster, die Mediatheken von ARD oder ZDF und weitere Applikationen wie z.B. Kicker. Die M-net TVplus App zur Wiedergabe von Live-Fernsehen und Programmierung von Aufzeichnungen gibt es für iOS und Android und steht zum kostenlosen Download in den jeweiligen App Stores bereit. **DK**

Museum der Bayerischen Geschichte:

Weiß-blaue Geschichte digital: Bavariathek nimmt Fahrt auf

Im Mai 2018 wird das Museum der Bayerischen Geschichte eröffnen – nicht nur am Donaumarkt in Regensburg, sondern auch in der digitalen Welt. Die Bavariathek ist die Erweiterung des Museums in den virtuellen Raum hinein, die multimedial und innovativ Themen der bayerischen Geschichte erzählt.

Zusammen mit der Universität Regensburg und der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Amberg-Weiden soll die Bavariathek unter Einsatz modernster multimedialer Elemente weiterentwickelt werden. Dr. Ludwig Spaenle, bayerischer Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Udo Hebel, Präsident der Universität Regensburg und Prof. Dr. Andrea Klug, Präsidentin der OTH Amberg-Weiden, unterzeichneten in Regensburg eine entsprechende Kooperationsvereinbarung.

Vernetzung zwischen Kultur und Wissenschaft

„Das Haus der Bayerischen Geschichte liefert damit ein herausragendes Beispiel für die Vernetzung zwischen Kultur und Wissenschaft“, so Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle: „Digitalisierung ist für Kultureinrichtungen sehr wichtig geworden und lässt interessierte Menschen unabhängig von Zeit und Ort auf Informationen zu Kulturgütern zugreifen. Die Bavariathek wird medial und modern aufbereitete Inhalte in den Schul-, Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb integrieren.“

Die sogenannte „digitale Revolution“ verändere das individuelle und gesellschaftliche Leben tiefgreifend, und daher auch den Bildungsauftrag: „Wir müssen sicherstellen, dass alle daran teilhaben und davon profitieren. Digitalisierung ist sowohl Werkzeug als auch Gegenstand im Bildungsprozess.“ Hier setze auch die Bavariathek an, die Angebote für einen multimedialen Unterricht bereithält und Schülerinnen und Schüler zum Mitmachen einlädt.

Mehrwert für alle Beteiligten

„Die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit dem Haus der Bayerischen Geschichte und der OTH Amberg-Weiden ist für die Universität Regensburg von großer Bedeutung“, erklärte Prof. Dr. Udo Hebel, Präsident der Universität Regensburg.

„Als größte und leistungsstärkste Hochschule in Ostbayern unterstreicht die Universität Regensburg durch die Mitwirkung am Museum der Bayerischen Geschichte ihre Rolle als kulturelles Zentrum und Impulsgeber in Stadt und Region. Die Etablierung der Bavariathek ist eine Bereicherung für den Wissenschaftsstandort Regensburg und die Universität Regensburg freut sich auf die Zusammenarbeit

mit den Kooperationspartnern an diesem besonderen Projekt.“

Positiver Input

„In den Studiengängen Medieninformatik, Medientechnik und Medienproduktion bildet die OTH Amberg-Weiden zukunftsorientiert für die digitale Gesellschaft aus“, sagte Prof. Dr. Andrea Klug, Präsidentin der OTH Amberg-Weiden. „Unser Beitrag zur Bavariathek fügt sich hervorragend in den Auftrag zur praxisbezogenen Lehre und Forschung einer Technischen Hochschule ein: Wir leisten mit den Filmprojekten einen positiven Input in ein Museum, das Gesellschaft und Kultur unseres Landes spiegelt. Die Studierenden wiederum sammeln durch die Projekte bereits während des Studiums Praxiserfahrung. Damit ist die Gemeinschaftsarbeit von Lehrenden, Studierenden und dem Haus der Bayerischen Geschichte ein Mehrwert für alle Beteiligten.“

Digitaler Rohbau fürs virtuelle Museum

Für Geschichte begeistern – das ist das Ziel von Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte. Anlässlich der Kooperationsvereinbarung

lieferte er einen Werkstattbericht und stellte das Konzept der Bavariathek vor. Der digitale Rohbau umfasst die Säulen virtuelles Museum, Medienarchiv und pädagogische Angebote zum Mitmachen. „Wir wollen das Museum ins Web hinein erweitern und die technischen Möglichkeiten nutzen, Geschichte spannend und attraktiv zu erzählen“, sagte Loibl. Darunter falle auch das interaktive Portal „Bayern im Wandel“. „Bei dieser Anwendung können Bürger in die Vergangenheit sämtlicher bayerischer Orte eintauchen – von der Stadt über den Marktplatz bis zum Weiler. Und durch eigenes Mitmachen dafür sorgen, dass das Bayernportal weiter wächst.“

Hausinternes Archiv

Das Haus der Bayerischen Geschichte greife zudem auf über dreißig Jahre Geschichtsarbeit und ein hausinternes Archiv zurück. In den kommenden zwei Jahren bis zur Eröffnung wird die Bavariathek an zwei Stellen gebaut: Als Gebäude mit medienpädagogischen Schulungszentrum am Donaumarkt in Regensburg, direkt neben dem Ausstellungshaus, und als digitale Bavariathek mit multimedialen Inhalten im virtuellen Raum.

Mehr Informationen über das Museum der Bayerischen Geschichte im Internet unter www.museum.bayern □

Museum der Bayerischen Geschichte feiert Richtfest

Knapp ein Jahr nach der Grundsteinlegung für den Neubau des Museums der Bayerischen Geschichte haben die Staatsminister Joachim Herrmann und Dr. Ludwig Spaenle gemeinsam mit dem Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolberg das Richtfest gefeiert. Die Bauarbeiten am Regensburger Donaumarkt unter Leitung des Staatlichen Bauamtes Regensburg laufen derzeit auf Hochtouren. Insgesamt 67,3 Mio. Euro investiert hier der Freistaat Bayern für das neue Museum an der Donau. □



Von links oben nach rechts unten: Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Prof. Dr. Dieter Müller, OTH Amberg-Weiden, Prof. Dr. Christian Wolff, Universität Regensburg, Prof. Dr. Andrea Klug, Präsidentin der OTH Amberg-Weiden, Dr. Ludwig Spaenle, Bayerischer Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und Prof. Dr. Udo Hebel, Präsident der Universität Regensburg. Foto: Lena Schabus

TV BAYERN

LIVE

★

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Fachkongress „Glasklar – Glasfaser!“ in Essenbach:

Starke Netze für Bayerns Kommunen

Beim Fachkongress „Glasklar – Glasfaser!“ finden die verantwortlichen Repräsentanten von Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken exakt auf ihren Bedarf zugeschnittene Lösungsangebote zum Thema Glasfaser. Die Veranstaltung mit knapp 200 Besuchern fand im niederbayerischen Essenbach (Landkreis Landshut) statt.

Die Verantwortlichen von gabo Systemtechnik, M-net Telekommunikations GmbH und Lemka trugen für die zahlreichen Gäste interessante Themen rund um das Thema Glasfaser zusammen. Als Medienpartner übernahm die Bayerische Gemeindezeitung die Beratung und Organisation für „Glasklar – Glasfaser!“.

Nach der Begrüßung durch den 2. Bürgermeister des Marktes Essenbach, Josef Spierer und den Geschäftsführer der M-net Telekommunikations GmbH Michael Fränkle, informierte Essenbachs früherer Bürgermeister Fritz Wittmann über das digitale Erfolgsmodell seiner Kommune. Wie Wittmann, der Essenbach bis 2014 regierte und in dessen Amtszeit das Projekt initiiert und im Wesentlichen umgesetzt wurde, betonte, entschied sich Essenbach im Jahr 2011 für einen eigenfinanzierten FTTH-Ausbau.

Während die von der Kommune eigens gegründete Kommunalgesellschaft die Verlegung des passiven Glasfasernetzes organisierte, stellt der Telefon- und Internetanbieter M-net die aktiven technischen Komponenten und die Telekommunikationsdienste zur Verfügung. Heute bietet das Unternehmen in Essenbach Telefon- und Internetanschlüsse mit 25, 50 oder 100 Mbit/s sowie den Empfang eines hochwertigen Kabel-TV-Signals mit über 144 nationalen und internationalen (HD-)TV-Sendern an. Beide Parteien handeln im gegenseitigen Interesse, dadurch wird das Risiko jedes einzelnen Partners minimiert. Im Gegenzug partizipieren aber auch beide vom Erfolg. Der Return on Investment ist Wittmann zufolge auf ca. 30 Jahre angelegt.

Die Projektpartner leisteten mit der Realisierung des Glasfasernetzes in Essenbach Pionierarbeit. Denn dort reichen die zukunftsfähigen Glasfaserkabel bis in die einzelnen Häuser. Diese FTTH-Ausbaubarkeit wurde bis zur Realisierung des Projekts in Essenbach fast ausschließlich im städtischen Raum angewandt.

Der offizielle Projektabschluss des Glasfaserausbau wurde ein-

einhalb Jahre nach dem Startschuss gefeiert. Das Projekt kostete am Ende 13,5 Millionen Euro, womit das Budget unterschritten wurde. Wie Wittmann hervorhob, habe beim Ausbau stets der Versorgungsgedanke im Vordergrund gestanden. Glasfaser sei mittlerweile ein harter Standortfaktor. Er plädierte dafür, den Kommunen mehr Handlungsfreiheit einzuräumen und die aktuellen Fördermodelle zu überdenken. Die Kommunalvertreter rief Wittmann dazu auf, „mehr Mut zur Eigeninitiative“ zu entwickeln.

Glasfaser bis ins Haus

Dass Glasfaser bis ins Haus für jede Kommune möglich ist, zeigten Martin Leybold, Geschäftsführer der Lemka GmbH sowie die Bürgermeister Bruno Schmidt und Stefan Frühbeißer unter anderem anhand der Beispiele Reichenschwand und Pottenstein auf. Das Planungsbüro Lemka hatte im Auftrag beider Kommunen den Breitbandausbau organisiert.

Als einzige Kommune in Bayern erhält die Stadt Pottenstein einen Förderbescheid aus dem Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau – insgesamt 3,35 Millionen Euro plus 890.000 Euro aus dem bayerischen Zuschuss. Mit dieser Verknüpfung ist Pottenstein nun in der komfortablen Lage, ein Betreibermodell einrichten zu können. Wie Frühbeißer erläuterte, ist die clevere Förderkombination möglicherweise nicht für jede Kommune geeignet; für Pottenstein sei sie jedoch die beste Lösung.

Erfahrungsgemäß sind Geschäftsführer Leybold zufolge Netze im Eigentum der Kommune durchaus realisierbar; eine Erweiterung des Netzes bei Baumaßnahmen sei jederzeit möglich. Ziel sei es, durch Ausnutzung von Synergien 100 % FTTH in den nächsten Jahren zu erreichen. „Baut die Kommune selbst, kommt sie schneller zu FTTH“, unterstrich Leybold.

Er wies darauf hin, dass die Ausnutzung der Breitband-Fördermodelle des Landes Bayern und des Bundes den zukünft-

fähigen FTTH/H Ausbau bereits heute ermöglicht. Bei bereits vergebenem FTTC Ausbau sollte mittels eines Masterplans der FTTH/H-Ausbau vorbereitet werden. Nicht ausgebauten Bereiche seien mit dem Bundesförderprogramm FTTH/C auszubauen, zudem riet Leybold zur Clusterbildung durch interkommunale Zusammenarbeit, da diese die Chance auf Förderung erhöhe. Ob Betreibermodell oder Deckungslückenmodell werde individuell festgelegt. Die entscheidenden Wirtschaftlichkeitsfaktoren können vorab risikofrei ermittelt werden.

Bis zu 50.000 Euro stellt der Bund zur wirtschaftlichen und technischen Analyse zur Verfügung. Leybolds Tipp: „Nicht warten! Beantragen Sie noch heute die 50.000 Euro in Berlin und holen Sie den Bescheid in wenigen Wochen persönlich ab.“

Dass der Erfolg des Breitbandausbaus sich an vielen Faktoren bemisst, die einander unterschiedlich beeinflussen, machte Dr. Henrik Bremer, BHVSM Bremer Heller Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, deutlich.

Rechtsform klären

Bereits zu Beginn des Projekts sollte Bremer zufolge die Rechtsform geklärt werden. Auch sollte unbedingt die Legitimation des handelnden Organs sichergestellt werden (z.B. Aufgabenübertragung auf einen Zweckverband). Grundlegend für den Erfolg eines Projekts sei dessen steuerliche Einordnung. Fehleinschätzungen zu Beginn könnten unter Umständen zu später kaum korrigierbaren Folgen führen und die Wirtschaftlichkeit des gesamten Projekts belasten.

Der Ausbau des Breitbandnetzes setzt laut Bremer eine sorgfältige Planung voraus. Darüber hinaus sollten im Rahmen des Ausbaus aber insbesondere auch Aspekte der Finanzierung bedacht werden, um den hohen Kostenaufwand abfangen zu können. Die öffentliche Hand könne auf verschiedene Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zurückgreifen. Hierzu zählten neben der direkten Förderung (z.B. „Bundesförderprogramm“) auch Zinsvergünstigungsprogramme der Investitionsbanken.

Über „Betreibermodell und Netzverkauf – Bundesförder-

programm, kofinanziert durch den Freistaat Bayern“ informierte Rechtsanwalt Dr. Alexander Ruhmann (Ruhmann Rechtsanwälte). Mit Blick darauf, dass ein Auftraggeber ein kommunales passives Netz errichtet und es auf Pachtbasis einem Betreiber überlässt, wies Ruhmann darauf hin, „dass am Ende der Pachtzeit die Ausschreibung einer längeren Laufzeit des Vertrages von zum Beispiel 15 bis 20 Jahren möglich und aufgrund der hohen Summen üblich ist“.

Verlängerungsoptionen über diesen Zeitraum hinaus könnten sowohl zu Gunsten der Kommune, als auch zu Gunsten der Betreiber vereinbart werden, sofern die Leistungsbeschreibung der Ausschreibung die Laufzeit nicht zwingend fix vorgibt (Mindestanforderungen). Die Kommune kann das passive Netz auch weiterhin dauerhaft dem Netzbetreiber zur Verfügung stellen, soweit keine vergleichbaren Netze Dritter vorhanden sind. Daraus folgt, dass die Kommune an den Betreiber auf dessen Anfrage bzw. Verlangen das Netz weiterverpachten kann, gegebenenfalls sogar muss (z.B. Nachtrag zum Pachtvertrag mit Laufzeitverlängerung).

Die Kommune kann sich um den Verkauf des Netzes an den Pächter unter Sicherstellung des Open-Access i.S.d. NGA-RR bemühen (Andienung). Bei Einigung über den Kaufpreis hat der Kauf vor erneuter Ausschreibung Vorrang. Scheitern die Verlängerung des Pachtvertrages oder der Verkauf an Pächter, muss die Kommune den Netzbetrieb erneut ausgeschrieben. Ein Weiterbetrieb durch die Kommune selbst ist ausgeschlossen.

Förderprogramme auf FTTH/H ausrichten

Wie Alfred Rauscher, Geschäftsführer R-KOM und BREKO-Präsidiumsmitglied, hervorhob, sind Glasfasernetze Grundlage und Voraussetzung des digitalen Wandels. Er riet dazu, Förderprogramme auf zukunfts-fähige Glasfasernetze (FTTH/H) auszurichten, um den Weg zur Gigabit-Gesellschaft zu ebnen.

Regionale Ausbaustrategien ermöglichen zukunftsichere Investitionen, erklärte Rauscher. Förderprogramme sollten so ausgestaltet werden, dass alle Unternehmen gleichermaßen davon profitieren können. „Regionale Netzbetreiber sind die richtigen Partner von Städten und Kommunen. BREKO-Netzbetreiber werden sich an den Ausschreibungen beteiligen und die Schließung ‚weißer Flecken‘ vorantreiben!“

BUGLAS vertritt über 90 % aller Unternehmen in Deutsch-



Auf große Resonanz stieß der Auftakt der Veranstaltungsreihe „Glasklar – Glasfaser!“ in Essenbach.

land, die FTTH/H-Netze ausbauen, stellte Wolfgang Heer, Geschäftsführer BUGLAS, fest. Für alle, die einen flächendeckenden Glasfaserausbau vorantreiben wollen (z. B. Telekommunikations- und Diensteanbieter, Ausrüster oder Infrastrukturbesitzer), sei der BUGLAS die bundesweite Allianz, die alle Kompetenzen im Glasfaserausbau bündelt und damit die digitale Zukunft in Deutschland garantiert.

Hohe Bandbreiten sind lebensnotwendig

Nach Heers Worten besteht an FTTH/H als mit Abstand zukunfts-fähigster Technologie kein Zweifel. Hohe Bandbreiten seien „so lebensnotwendig wie fließend Wasser“. Aktuell diskutierte Technologien wie (Super-) Vectoring und G.fast stellen keine Alternativen zum Glasfaserausbau dar, sondern bedingen ihn und setzen auf ihm auf. Als „für den FTTH/H-Ausbau prädestiniert“ bezeichnete der Geschäftsführer Stadtwerke und kommunale Unternehmen.

Heer ermunterte die Kongressteilnehmer, die Glasfaser möglichst direkt ins Haus zu verlegen, nicht nur CAPEX (Kapitalkosten), sondern auch OPEX (Betriebskosten) zu betrachten und den Mut zu zukunftsweisenden Entscheidungen aufzubringen.

Intelligente Mikrorohrsysteme für den Netzausbau präsentierte Roland Lederer, Geschäftsführer gabocom. Vor mehr als 40 Jahren hat sich gabocom auf Rohrsysteme für Telekommunikations-Gesellschaften und Netzbetreiber spezialisiert. Heute ist das niederbayerische Unternehmen der führende Hersteller des speed-pipe® Systems, sprich eines Mikrorohrsystems für die Installation von Glasfaserkabeln.

speed-pipe® sind Mikrorohre in höchster Qualität, eingebettet in ein komplettes System. Das System erlaubt einen völlig fle-

xiblen, „low-cost“ Roll-out des Glasfasernetzes bei allen Ausbausituationen (von FTTH bis zu FTTH und auch im mobilen Kommunikationsnetz).

Die innovative Produktpalette von gabocom umfasst Lederer zufolge drei multikompatible Systemlösungen, die genau auf die Anforderungen verschiedenster Rohrsysteme abgestimmt werden können – von der Verlegung neuer Glasfasernetze bis hin zur Reparatur beleger Kabelnäle.

Mit Hilfe des speed-pipe® Systems ist es möglich, Kabel für die Telekommunikation schnell und kostengünstig über große Längen einzublasen. Die verschiedenen Rohrvarianten können sowohl für Rohr-in-Rohr als auch für die direkte Erdverlegung eingesetzt werden. Daher sind sie perfekt für den Ausbau der letzten Meile geeignet.

Seit der Markteinführung im Jahr 2002 ist dieses Mikrorohrsystem Europas erste Wahl, wenn es um kundengerechte FTTH Lösungen geht.

Das patentierte Halbrohr System wurde vor allem für die schnelle gas- und wasserdichte Reparatur beschädigter Kabelrohre entwickelt. Darüber hinaus ist es bestens geeignet, um beispielsweise einzelne speed-pipe® anwenderfreundlich vom System abzuzweigen.

Mit den allgemeinen Formteilen lassen sich neue und bestehende Rohrnetze je nach Anwendungsfall sand- oder gas- und wasserdicht verschließen. Die anwenderfreundliche Handhabung ermöglicht eine zeit- und kostensparende Montage.

Eine Diskussionsrunde mit Pottensteins Bürgermeister Stefan Frühbeißer, Martin Leybold (Lemka GmbH), Ulf Bauer (Breitbandbüro des Bundes), Alfred Rauscher (BREKO) und Peter Reisinger (M-net) eröffnete abschließend die Möglichkeit, Details zum Tagungssthema zu erörtern. Modifiziert wurde der informative Meinungsaustausch von Marc Hankmann. DK

Mikrorohrsysteme für die Nachrichten- und Energietechnik

gabo Systemtechnik GmbH
Am Schaidweg 7
94559 Niederwinkling

Tel. +49 (0)9962 950 200
info@gabocom.de
www.gabocom.de

M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

m-net
Mein Netz

breitbandausbau@m-net.de

Akademie Kanalbau geht ans Netz

Neuer Service der Gütegemeinschaft Kanalbau

Ein neues kostenfreies Angebot der Gütegemeinschaft Kanalbau erweitert das Dienstleistungspaket für Mitglieder. Die künftige Informations- und Wissensplattform „Akademie Kanalbau“ und insbesondere das hierin enthaltene E-Learning-Modul „Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen in offener Bauweise“ bietet Ingenieuren, Technikern und Meistern die Möglichkeit, das nötige Fachwissen für den Umgang mit der Kanalinfrastruktur zu erlangen oder zu vertiefen.

Auf dem Arbeitsmarkt ist festzustellen, dass Fachleute und besonders Ingenieure mit entsprechender Berufserfahrung im Kanalbau nicht mehr in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. In naher Zukunft wird sich diese Situation eher noch zuspitzen. Daher werden Unternehmen verstärkt Berufseinsteiger bzw. Quereinsteiger auf die Anforderungen des Berufsalltags selbst vorbereiten müssen. Hierauf hat die Gütegemeinschaft Kanalbau reagiert und eine Unterstützung für Gütezeicheninhaber AK und ABAK bereit gestellt: Mit dem neuen E-Learning-Modul der Gütegemeinschaft Kanalbau können sich Berufseinsteiger fachlich auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereiten und auch erfahrene Praktiker profitieren hiervon, denn sie können das vorhandene Wissen überprüfen und auf den neuesten Stand bringen.

„In Zeiten, in denen Fachpersonal rar ist, gewinnen Qualifizierungsangebote für Quereinsteiger an Bedeutung“, so Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer Gü-

teschutz Kanalbau e. V., zum Hintergrund des Services. Mit dem neuen Wissensplattform und dem E-Learning-Modul habe man auf den Bedarf nach einem zeitgemäßen Angebot für die Wissensvermittlung im Bereich Kanalbau reagiert, das die Erwartungen und Lerngewohnheiten künftiger Nutzer berücksichtige. „Die Gütegemeinschaft bietet für Gütezeicheninhaber seit vielen Jahren Seminare zur Auffrischung der Kenntnisse des Fachpersonals an. Das hierzu ergänzende E-Learning-Angebot ist inhaltlich breiter und stärker auf eine fachliche Grundlagenvermittlung ausgerichtet. Natürlich kann es auch zur Auffrischung der Fachkenntnisse einzelner Mitarbeiter im Unternehmen eingesetzt werden.“

E-Learning wird künftig eine ergänzende Form des Lernens darstellen. Sie ermöglicht es den Nutzern, sich das notwendige Wissen jederzeit und an nahezu jedem beliebigen Ort anzueignen“, ergänzt Dipl.-Ing. Hans-Christian Möser, Leiter Bereich Grundlagen bei der Gütegemeinschaft.

Qualifikation erfordert eine solide fachliche Grundlage sowie regelmäßige Schulungen zur Auffrischung der Fachkenntnisse. Mehr Wissen bedeutet mehr Können! Deshalb ist lebenslanges Lernen unabdingbar. Qualifiziertes Personal stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, denn sie stellt die Grundlage für qualitätsgerechtes Arbeiten dar und ist damit Voraussetzung, um bei Ausschreibung und Baubewachung einerseits und bei Ausführung andererseits die geforderte Ausführungsqualität zu erreichen, die den Auftraggeber zufrieden stellt und langfristigen, generationsübergreifenden Nutzungsansprüchen gerecht wird.

Umfangreiches Grundwissen online verfügbar

Die Vorteile des neuen Web-Angebotes der Gütegemeinschaft Kanalbau liegen auf der Hand: Neben technischen Informationen und Arbeitshilfen sowie Fachartikeln zu branchentypischen Themen bietet die „Akademie Kanalbau“ mit dem enthaltenen E-Learning-Angebot zeitgemäßes und nutzerfreundlich aufbereitetes Lernen – zu jeder Zeit und an jedem Ort. Zu erreichen ist die neue Akademie Kanalbau mit dem E-Learning-Modul über die Website der Güte-

gemeinschaft Kanalbau www.kanalbau.com. Dort finden Besucher auch einen Film, der in zwei Minuten über wesentliche Inhalte und Vorzüge der Wissensplattform und des E-Learning-Moduls informiert.

Gütezeicheninhaber der Beurteilungsgruppen „Kanalbau in offener Bauweise“ (AK) – hierzu zählen die Gruppen AK3, AK2, AK1 – sowie Gütezeicheninhaber der Beurteilungsgruppe „Ausschreibung und Baubewachung Kanalbaumaßnahmen in offener Bauweise“ (ABAK) erhalten im Juli diesen Jahres Zugangsdaten von der Gütegemeinschaft für die Anmeldung und Nutzung der Plattform. Nach dem Einloggen hält ein persönlicher Arbeitsbereich unterschiedliche Angebote für den Nutzer bereit. Das Arbeiten mit den verschiedenen Inhalten des E-Learning-Moduls nimmt in Abhängigkeit des Kenntnisstands des Nutzers ungefähr 30 Stunden in Anspruch. Nach dem ersten Anmelden steht der Kurs für die Dauer von sechs Monaten für den Nutzer bereit.

Einfache Strukturen, eine übersichtliche Menüführung sowie aufwändige Visualisierungen und Erläuterungen anhand von Baustellenfotos aus der Praxis erleichtern das Lernen. Der Kurs kann vom Nutzer jederzeit unterbrochen werden und startet dann bei der nächsten Anmeldung von der entsprechenden Stelle. Die Kursnehmer können ihren individuellen Lernfortschritt durch Beantwortung entsprechender Fragen prüfen; sie erhalten eine Rückmeldung innerhalb des E-Learnings, ob die Fragen richtig beantwortet wurden. Die Inhalte des Kurses gliedern sich in folgende Lektionen: Bodenmechanik und Hydrogeologische Grundlagen, Offene Bauweise – Herstellung des Leitungsgrabens, Leitungszone und Leitungsverlegung, Zeitweise fließfähige, selbstverdichtende Verfüllbaustoffe (ZFSV), Arbeitssicherheit und -schutz bei Maßnahmen in offener Bauweise.

Testphase erfolgreich abgeschlossen

Um die Zufriedenheit der künftigen Nutzer sicherzustellen, wurde zunächst eine Testphase mit ausgewählten Unternehmen durchgeführt. Die Rückmeldungen aus dieser Testphase wurden ausgewertet und sinnvoll in das Programm eingearbeitet. Der Umgang mit dem E-Learning-Modul – das bestätigen die Rückmeldungen – gestaltet sich denkbar einfach. Nutzer der Seite finden sich schnell zurecht. „Der neue E-Learning-Kurs bietet jedem Teilnehmer die Möglichkeit, sich kanalbautechnisches Wissen auf denkbare einfache, komfortable Weise anzueignen und zu überprüfen“, fasst Künster zusammen. Zukünftig soll das bestehende Angebot fortlaufend aktualisiert

abgelesen. Mit der mobilen Fernauslesung spart man künftig Zeit und Geld. Zusätzlich sprachen exakte Datenübermittlung sowie Informationen über Wasserrohrbrüche, Trockenlauf, etc. für die Ultraschall-Wasserzähler. „Das Gesamtpaket war ausschlaggebend“, so Heiko Schuhmann.

Auf erste Erfahrungen in der elektronischen Ermittlung der Wasserstände mittels Auslesestationen READY kann der Markt Burkardroth bereits zurückgreifen. Bei 80 von 950 Anschlüssen wurden Alarmer über Wasserverlust festgestellt. Die zugehörigen Parteien wurden informiert und konnten Defekte in ihren Hausinstallationen feststellen, 50 davon bedankten sich beim Versorger mit genauer Angabe ihrer Leckage-Ursache. „Der Wasserzähler trägt weitreichend zum sparsamen Umgang mit dem lebenswichtigen Gut Wasser bei“, ist Heiko Schuhmann überzeugt. □

und schrittweise um neue Inhalte ergänzt werden: „Derzeit umfasst der neue Service den Bereich „Kanalbau in offener Bauweise“, die Aufbereitung der Themen „Rohrvortrieb und Reinigung“ sind in Vorbereitung“, so Möser.

Förderung von Qualität und Qualifikation

Mit der Erweiterung ihres Angebots unterstreicht die Gütegemeinschaft Kanalbau ihren Anspruch – neben der Prüfung und Bestätigung der Fachkunde – Gütezeicheninhaber auch aktiv in ihrer Aufgabe zu unterstützen, die Qualifikation ihres Fachpersonals und die Qualität sicherzustellen. Künster: „Qualität ist das Ergebnis einer bewussten Unternehmensausrichtung. Diese muss von Auftraggebern gefordert und

gewürdigt werden, da sie besondere Anstrengungen erfordert, beispielsweise aufgrund der andauernden Qualifizierung der Mitarbeiter.“ Qualifikation und Fachkunde dürfen nicht an der hierfür notwendigen Investition scheitern. Daher macht die Gütegemeinschaft entsprechende Angebote zur Unterstützung für Gütezeicheninhaber, z. B. in Form der Firmenseminare. Dieses Angebot wird nun durch das E-Learning für die Gütezeicheninhaber der Gruppen AK bzw. ABAK ergänzt.

Das kostenfreie E-Learning-Angebot der Gütegemeinschaft Kanalbau kann einen Beitrag dazu leisten, dass Unternehmen mit Gütezeichen die notwendige Fachkunde auch auf einem angespannten Arbeitsmarkt sicherstellen können. □

Neues Förderprogramm für Abwassersanierung startet

Niederschönenfeld erhält bayernweit ersten Förderbescheid

Trink- und Abwasseranlagen sichern die Lebensqualität in den bayerischen Gemeinden. Sie zu erhalten ist eine der wichtigsten aber auch kostspieligsten kommunalen Aufgaben. Um unzumutbare finanzielle Belastungen von Bürgern und Kommunen zu vermeiden, hat das Bayerische Umweltministerium ein Förderprogramm für Härtefälle aufgelegt. Das Programm ist im Jahr 2016 mit insgesamt 30 Millionen Euro für Sanierungen von Abwasser- und Wasserversorgungsanlagen ausgestattet.

Als erster Antragsteller in Bayern erhält die Gemeinde Niederschönenfeld (Landkreis Donau-Ries) einen Förderbescheid. Die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf betonte bei der Übergabe des Bescheids heute in München: „Sauberes Wasser ist unsere Lebensgrundlage. Die Wasserversorgung in unseren bayerischen Gemeinden muss sicher, die Kanäle müssen dicht und die Kläranlagen auf dem Stand der Technik sein. Bestmögliche Standards dienen dem Schutz von Mensch und Natur. Die Kommunen tragen hier eine große Verantwortung. Die finanziellen Belastungen für die Gemeinden müssen zumutbar bleiben. Deshalb unterstützen wir bayernweit Härtefälle mit einem Förderprogramm.“

Ein entsprechender Härtefall liegt vor, wenn die Pro-Kopf-Belastung einen bestimmten Betrag pro Einwohner überschreitet. Dazu werden die Investitionen der vergangenen 20 Jahre und die geplanten Sanierungsausgaben betrachtet. Auch die demographische Entwicklung der Gemeinden wird berücksichtigt. Die Förder-

ung erfolgt mit festen Pauschalen. So gibt es beispielsweise für die Sanierung von Abwasserkanälen 150 Euro pro Meter, für deren kompletten Neubau 300 Euro pro Meter. In besonderen Härtefällen werden höhere Pauschalen gewährt. Zunächst ist das Programm auf vier Jahre ausgelegt.

Etwa 10 bis 15 Prozent der bayerischen Gemeinden dürften von dem neuen Förderprogramm profitieren. Scharf: „Die Gemeinde Niederschönenfeld hat ihre Hausaufgaben gemacht. Die geplante Erneuerung der Kläranlage, des Pumpwerks sowie die Sanierung des Schmutzwasserkanals sind optimal auf unser Härtefallprogramm abgestimmt. Die Bürger werden nun spürbar entlastet. Der Gemeinde Niederschönenfeld gebührt großes Lob für ihre vorausschauende Planung im Sinne des Umweltschutzes. Ich freue mich, den ersten Förderbescheid in Bayern an die Gemeinde Niederschönenfeld übergeben zu können.“ Wie hoch die Förderung konkret ausfällt, wird erst im Laufe der Baumaßnahmen ermittelt. □

Aktuelles zur Abwasserabgabe

Seminar des DWA-Landesverbands Bayern in München

Die Frage, wie die Einleiter bei der Abwasserabgabe sparen können, war Gegenstand des DWA-Seminars in München. Die Referenten stellten die Einsparmöglichkeiten aus rechtlicher und abwassertechnischer Sicht für die Praxis dar.

Rechtsanwalt Dr. Paul-Martin Schulz stellte in dem ersten Beitrag die aktuellen bundesrechtlichen und landesrechtlichen Regelungen dar. In diesem Rahmen erläuterte der Referent auch die Änderungen des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes, die mit Wirkung zum 30. Dezember 2015 in Kraft getreten sind.

Prof. Dr.-Ing. Heidemann erklärte den Teilnehmern in dem zweiten Seminarblock, wie die Möglichkeiten der Optimierung der Abwasserabgabe in der Praxis umgesetzt werden können. Anhand von Praxisbeispielen beschrieb er, wie die Einleiter am besten die Möglichkeit von Herabklärungen zur Reduzierung der Abgabenlast nutzen können.

Schwerpunkt des Nachmittagsblocks waren die Möglichkeiten, durch die Verrechnung der Abgabe mit Investitionen Abwasserabgabe einzusparen. Rechtsanwalt Dr. Schulz legte in seinem Seminarbeitrag die sich aus Bundes- und Landesrecht ergebenden Mög-

lichkeiten der Verrechnung dar. Prof. Dr.-Ing. Heidemann erklärte dann, wie die Einleiter die Verrechnung planen und durchführen können. Zunehmende Bedeutung bei der Verrechnung von Investitionen bei Gemeinden haben Maßnahmen an Sonderbauwerken und im Kanalnetz. Auch diese Möglichkeiten wurden dargestellt.

Neueste Rechtsprechung

Den Abschluss des Seminars bildete die Darstellung der aktuellen Rechtsprechung zur Abwasserabgabe, wie sie bis zum Zeitpunkt des Seminars ergangen ist, durch Rechtsanwalt Dr. Schulz. Diese Rechtsprechung ist für die Einleiter wichtig, weil sie großen Einfluss auf den Vollzug des Gesetzes hat. Mit den Teilnehmern intensiv diskutiert wurden Gerichtsentscheidungen aus Bayern aus den Jahren 2015 und 2016 zu der Thematik, wenn Einleitererläubnisse nur verzögert erteilt werden und dies Einfluss auf die Höhe der Abwasserabgabe hat. □

Ultraschall-Technologie:

Kamstrup schreibt 25-jährige Erfolgsgeschichte

Vor kurzem ging bei Kamstrup der einmillionste Ultraschall-Wasserzähler MULTICAL®21 im Werk in Dänemark über das Produktionsband. Die Lieferung dieses Zählers geht an Markt Burkardroth in Bayern. Zudem feiert Kamstrup dieses Jahr 25-jährige Erfolgsgeschichte in der Ultraschall-Technologie.

Im April 2011 wurde der erste MULTICAL®21 produziert. Innerhalb von fünf Jahren hat sich der Ultraschall-Wasserzähler in mehr als 20 Ländern verkauft.

Deutsche Wasserwirtschaft:

DIW-Studie belegt effiziente Strukturen

In einer aktuellen Untersuchung bescheinigt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) der deutschen Wasserwirtschaft effiziente Strukturen.

Ausgangspunkt für die Untersuchung war die Wiederholung von der Monopolkommission vorgelegte Forderung nach einer Konsolidierung des Wassersektors, der erhebliche Kostenreduzierungsunterschiede auf Seiten der mehr als 6.000 Trinkwasserversorger in Deutschland und in der Folge Preisvorteile für die Verbraucher in Aussicht gestellt wurden. Dieser Appell nach einer grundsätzlichen Umstrukturierung der kommunalen Wasserwirtschaft wird mit der DIW-Studie von unabhängiger wissenschaftlicher Seite eindrucksvoll belegt.

Während die Trinkwasserversorgung in Deutschland im internationalen Vergleich stark fragmentiert ist und auch im Interesse der zahlenden Verbraucher Kosten gesenkt werden sollten, deuten die Untersuchungsergebnisse bislang kaum Kostensenkungspotentiale aus marktstrukturellen Veränderungen an. Nur für sehr kleine Unternehmen sind mögliche Skalenvorteile vorhanden und könnten durch Ausweitung der Betriebsgröße zu relativen Kosteneinsparungen führen. Hierzu ist allerdings eine individuelle Abwägung und Einschätzung der Kosten und Nutzen von marktstrukturellen Veränderungen not-

wendig. Zudem deuten internationale Erfahrungen zu Zusammenschlüssen zwischen Wasserversorgungsunternehmen kaum auf Vorteile von Unternehmensfusionen hin.

Auf Basis der präsentierten Ergebnisse ist laut Studie eine Konsolidierung der gesamten Trinkwasserversorgung Deutschlands nicht zu empfehlen, „da diese vermutlich eher zu Nachteilen für die WVU und die Verbraucher führen würde“. Die WVU sind angehalten, eine weitere Optimierung der Trinkwasserversorgung anzustreben und in Einzelfällen auch die Möglichkeiten eines Unternehmenszusammenschlusses oder einer Kooperation zwischen benachbarten Unternehmen zu prüfen.

Für eine weitergehende wissenschaftliche Bewertung der Auswirkungen marktstruktureller Veränderungen in der deutschen Trinkwasserversorgung sind umfassende Untersuchungen mit einer repräsentativen Datenbasis notwendig. Neben der Sammlung von Erfahrungswerten zu den Auswirkungen von realisierten Zusammenschlüssen von WVU in Deutschland wäre laut Studie zudem auch eine Abschätzung der Kosten von Umstrukturierungsmaßnahmen notwendig. DK

mehr als 70 Versorgungsunternehmen in Deutschland erfolgreich im Einsatz. Das Feedback unserer Kunden zeigt uns, dass unsere intelligente Messtechnik heute bereits das Szenario der Zukunft abbildet“, so Gerald Landrock, Niederlassungsleiter Kamstrup Deutschland.

„Ich bin sprachlos“, so die Reaktion von Heiko Schuhmann, als man ihn darüber informierte, dass sich unter seiner Leitung der einmillionste MULTICAL®21 befindet. Bei der Produktion handelt es sich bereits um die zweite Bestellung des Marktes Burkardroth, ein Gesamt-Rollout ist bis Ende 2016 geplant. Im Vollausbau sollen alle 2.350 Anschlüsse über intelligente Ultraschall-Wasserzähler verfügen, bisher sind 950 erfolgreich implementiert.

Auf visionären Wegen

1991 war Kamstrup Pionier im Einsatz der Ultraschall-Technologie im Wärmebereich. Weg von mechanischen Zählern, entschloss man sich, visionäre Wege zu gehen und setzte auf statische Zähler mit integrierten Rechenwerken, die vollkommen elektronisch arbeiten. „Kein Marktanalyst, Industrie- oder Unternehmensexperte hätte uns sagen können, dass dieser Weg der richtige ist. Es war einzig und alleine das Gespür unserer Ingenieure, dem wir zu 100 % unser Vertrauen schenken“, argumentiert Knud Bonde, Senior Vice President, Heat Meter Division. Die Zahlen sprachen schon bald für diese Entscheidung – bereits in den ersten beiden Jahren konnte Kamstrup seine Umsatzziele vervierfachen. Die Erfahrungen im Bereich der Wärmemessung legten den Grundstein für die erfolgreiche Implementierung der Ultraschall-Technologie in der Wasserwirtschaft.

Ein Grund für den Umstieg auf die neue Technologie waren für den Markt Burkardroth die Vorteile der Fernauslesung. Zuverlässigkeit und Genauigkeit wurden die Wasserzähler manuell

Gesundes Trinkwasser ist nicht selbstverständlich!

Intensive Forschung bringt humanidentisches Produkt Annolyte® hervor und revolutioniert damit den Wassermarkt

Herrenberg. Annolyte® heißt das biokompatible Desinfektionsprodukt der Firma Aquapura Systems, das für Kommunen, Industrie und Wirtschaft empfohlen wird. Es ist einzigartig in seiner Wirkungsweise, die patentiert und zertifiziert ist. Egal, ob neues Gebäude oder alte Leitungsnetze – das humanidentische Annolyte® setzt genau da an, wo es wichtig ist: bei der gewünschten Wasserqualität.

Sauberes Trinkwasser ist für jeden selbstverständlich, und dennoch sind Legionellen-Befunde in unserer modernen Gesellschaft immer häufiger zu verzeichnen. Verschiedene Ursachen, wie warme Umgebungstemperaturen, extrem heiße Sommer, unzureichend isolierte Leitungen, zu nah beieinanderliegende Warm- und Kaltwasserleitungen bieten hervorragende Bedingungen für die explosive Vermehrung der krankmachenden Keime.

Studien belegen, dass sich Legionellen bei 60 °C Wassertemperatur vermehren (Studie des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung). Daher bieten, wie lange Zeit gedacht, auch Warmwasserinstallationen mit 60 °C oder vergleichbare Methoden keinen sicheren Schutz. Die Lösung ist eine nachhaltige Trinkwasser-

entkeimung gemäß der Trinkwasserverordnung – ohne Chemie und Giftstoffe. Diese Anforderung erfüllt das weltweit einzige Verfahren mit dem humanidentischen Annolyte® der Firma Aquapura Systems vollständig.

Legionellen-Prävention

Prinzipiell gibt es diverse Verfahren zur Legionellen-Prävention, wie zum Beispiel Ultrafiltration, thermische und chemische Desinfektion, elektrolytische Herstellung von Hypochlorid vor Ort, Ozondesinfektion, UV-Strahlung sowie die biologische Reinigung. Letztere betrifft die Anwendung mit Annolyte®, welches humanidentisch funktioniert. Das bedeutet: In einem zertifizierten und bewährten Membran-Elektrolyse-Verfahren ent-

steht eine hochreine Desinfektionslösung, die gegen Mikroben und humanpathologische Keime (auch Legionellen) wirkt. Das in dem Prozedere mit Annolyte® behandelte Wasser ist für Körperzellen absolut unschädlich und entspricht der europäischen Trinkwasserverordnung. Das heißt: vollkommene, nachgewiesene und getestete Unschädlichkeit gegenüber allen Lebewesen.

Die Firma Aquapura Systems setzt mit ihrem hochwirksamen Annolyte® einen absolut neuen Benchmark auf dem deutschen Wassermarkt und bereichert diesen immens durch seine Einzigartigkeit in der Wirkung sowie Unschädlichkeit des Produkts. Alle Anlagen von Aquapura Systems erzielen absolute Keimfreiheit und lassen sich daher überall dort einsetzen, wo Legionellen vorkommen können, zum Beispiel in öffentlichen Einrichtungen und Ämtern, kleinen und großen Wohngebäuden, Schulen, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schwimmbädern, Lebensmittelindustrie, Fleischhan-

del, Gastronomie. Das patentierte Annolyte® wird zur Desinfektion und Wasseraufbereitung stets in den Einrichtungen vor Ort verwendet (DIP – Disinfection In Place), kann aber bei kleineren Mengen auch in Behältern angeliefert werden.

Joachim Czeslik, Geschäftsführer der Aquapura Systems GmbH sagt: „Mit Annolyte® können wir die reinste Lösung für die Trinkwasserdeshinfektion anbieten, die es am Markt gibt. Dabei agieren wir innerhalb der Vorgaben der Trinkwasserverordnung und halten uns an die Empfehlung vom DVGW Arbeitsblatt W551. Darüber hinaus hat das Umweltbundesamt unser Produkt geprüft.“

Schärfere Kontrollen

Bedingt durch immer mehr Augenmerk auf Sauberkeit und Reinheit in allen Bereichen des täglichen Lebens, sinkt kongruent dazu die Widerstandskraft vieler Bürger gegenüber diverser Keime und Bakterien. Als Reaktion auf diese Veränderungen der Gesellschaft reagiert der Gesetzgeber mit immer schärferen Vorschriften und Kontrollen. Vor diesem Hintergrund sind in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche neue Desinfektionsverfahren entwickelt worden, die in verschiedenen Anwendungsbereichen eine umweltfreundliche und gleichzeitig ökonomisch sinnvolle Keimprävention erlauben sollen.

Das IMECA-Verfahren mit dem Wirkstoff Annolyte® (Handelsname für Anolyt) der Aquapura Systems GmbH ist eine dieser neuen Desinfektionsmethoden. Dabei handelt es sich um ein Membran-Elektrolyse-Verfahren, das aus einem russischen Patent hervorgegangen ist. Die russischen Membranen werden heute noch von einigen Anolyt-Anbietern in Deutschland gekauft und eingesetzt.

Für das IMECA-Verfahren von Aquapura entwickelte Dr. Sauter – Inhaber der Firma MAV Verfahrenstechnik in Baden-Württemberg – eine neuartige, mehrstufige, mit verschiedenen Oxidation beschichtete Membrankombination. Sie ermöglicht eine vollständige Trennung der Lösungen bei der Elektrolyse und bietet damit eine extrem hohe Reinheit des Wirkstoffs. Parallel hierzu verbesserte Sauter die Qualität des für die Elektrolyse verwendeten Wassers durch den Einsatz einer speziellen Demineralisierungsanlage in Verbindung mit Knochsalz. Dadurch gewinnt man Annolyte® in extremer Reinheit ohne unerwünschte Nebenprodukte. Eine technische Dokumentation beleuchtet den genauen wissenschaftlichen Hintergrund und die Funktionsweise des Wirkstoffs Annolyte® und erklärt deren prozess-

Diringer & Scheidel Rohrsanierung auf der IFAT 2016

Ihre breitgefächerte Produktpalette für alle gängigen Verfahren der grabenlosen Leitungssanierung präsentierte die Diringer & Scheidel Rohrsanierung GmbH & Co. KG auf der IFAT in München. Im Vordergrund standen neben den drucklosen Sanierungsverfahren die Druckrohrverfahren Compact Pipe, BlueLine und DynTec. Einen weiteren Schwerpunkt auf dem Stand der Rohrsanierung bildeten die Produkte der auf die Rohrinneidung im Bereich der Kanalsanierung spezialisierten Pipe-Seal-Tec GmbH & Co. KG.

Das Compact Pipe-Verfahren beispielsweise eignet sich gleichermaßen für die Sanierung von Wasser- und Gasleitungen, Industrie- und Kanalrohrleitungen. Mit Compact Pipe können sowohl Leitungen aus Stahl, Guss und Keramik als auch Beton saniert werden. Zunächst wird ein bei der Produktion im Werk c-förmig vorverformtes HDPE-Rohr in eine gereinigte Haltung eingegeben.

Im Anschluss sorgen Druck und Wärme dafür, dass das PE-Rohr sich durch den sogenannten Memory-Effekt „close-fit“ an die Innenwandung des alten Rohres legt. „Das Ergebnis ist ein statisch eigenständiges und belastbares Rohr, das auch strengen wirtschaftlichen Kriterien mühelos gerecht wird“, beschreibt Dipl.-Ing. Stefan Schikora, Geschäftsführer D&S Rohrsanierung, das Resultat des Verfahrens.

Mit dem DynTec-Verfahren stellte die Diringer & Scheidel Rohrsanierung GmbH & Co. KG ein Close-Fit-Lining-Verfahren vor, das sich für die Behebung von Innenkorrosion und Undichtigkeiten ebenso eignet wie für den Korrosionsschutz, zur Erhöhung des Nenndrucks sowie für die Sa-

anierung bruch- und einsturzgefährdeter Gas-, Wasser, Abwasser- und Produktleitungen. Bei dem Verfahren werden handelsübliche PE-Rohre auf der Baustelle vorübergehend gleichmäßig in ihrem Durchmesser reduziert und in die vorhandene alte Leitung eingegeben. Seine Vorteile besonders ein-drucksvoll unter Beweis gestellt hat DynTec erst kürzlich bei der Sanierung eines 630 m langen Dükers, der eine auf der ungünstigen Donauninsel Tahitofalu gelegene Brunnenanlage mit einer Pumpstation am gegenüberliegenden Ufer verbindet. Im Rahmen des nicht alltäglichen Projektes wurde in zwei Arbeitsschritten eine PE 100 Leitung 615 x 23,8 eingegeben. Besondere Herausforderungen stellten ein Höhenunterschied von 16 m sowie eine Zwischenstufe im absteigenden Dükerraum dar. Aufgrund der laut Neigungsmessung zu erwartenden Kräfte von bis zu 50 t musste zu dem mit einer speziellen Seilwinde gearbeitet werden.

Neue Vermarktungsstrategie für BlueLiner

Die speziell für die grabenlose Sanierung von Druckrohrleitungen im Trinkwasserbereich entwickelte RS BlueLine-Technologie wird seit Beginn des Jahres von der neugegründeten Pipe-Aqua-Tec GmbH & Co. KG vermarktet.

Sämtliche von der D&S Rohrsanierung für die Sanierung eingesetzten Geräte werden im Unternehmen gewartet, instandgesetzt und weiterentwickelt. Gemäß seinem Selbstverständnis als Anbieter von Komplettlösungen setzt das Unternehmen konsequent auf die Rundum-Betreuung seiner Kunden vor und während der Baumaßnahme. Engagierte Mitarbeiter sowie ein flächendeckendes Netz von Standorten sorgen für Kundennähe, dank der Vielfalt und Leistungsstärke der Produktpalette der D&S Rohrsanierung profitieren die Auftraggeber des Unternehmens von individuellen Baulösungen aus einer Hand, die gleichermaßen technisch ausgefeilt wie wirtschaftlich sind.

Neue Studie „Urbane Sturzfluten“:

Wie Schäden zu verhindern sind

Deutschlandweit nimmt die Anzahl an Starkregenergieen zu. Doch es wird zu wenig getan, um diese Schäden zu verhindern, wie die neue Studie „Urbane Sturzfluten – Hintergründe, Risiken, Vorsorgemaßnahmen“ darlegt. Die von Prof. Wolfgang Günthor vom Institut für Wasserwesen an der Universität der Bundeswehr München erstellte Untersuchung belegt, dass Starkregenergieen als Überflutungsursachen bisher zu wenig Beachtung finden, obwohl diese mittlerweile 50 % der Überflutungsschäden ausmachen.

Initiator der Studie ist die 2014 gegründete „Initiative Verantwortung Wasser und Umwelt“, hervorgegangen aus der Arbeitsgruppe Tiefbau im Gesprächskreis Baustoffindustrie im BDB e.V. Der Gesprächskreis bündelt die Interessen der Industrie und Fachhändler im Tiefbau, die sich mit allen Aktivitäten der von Menschen gestalteten Wasserführung im infrastrukturellen Umfeld der Bundesrepublik Deutschland befassen.

Die Initiative hat einen Forderungskatalog erstellt, mit dem sie sich an Kommunen, die Wasserwirtschaft und Grundstückseigentümer wendet. Darin fordert sie die Analyse von Überflutungsgefährdungen, einen ganzheitlichen Überflutungsschutz, Vorsorgemaßnahmen, eine ausreichende Anzahl an Niederschlagsmessstationen sowie Maßnahmen zur Verminderung und Rückhaltung des Oberflächenabflusses in der Bauleitung.

Laut Studie sind Wohn- und Industriegebäude, Infrastruktureinrichtungen und Verkehrsanlagen besonders gefährdete Objekte. Die Höhe der Schäden nimmt immer mehr zu. Insbesondere Gebäude sind vielfältigen Gefahren durch Kellerabgänge und Lichtschächte, sowie fehlender oder nicht funktionierender Rückstausicherung in der Gebäudeentwässerung ausgesetzt.

Der Beseitigung von Niederschlagswasser haben sich Kommunen und Grundstückseigentümer bisher zu wenig angenommen. Während die Schmutzwasserbeseitigung aus hygienischen Gründen unstrittig eine wichtige Aufgabe ist, die weitgehend gelöst ist, ist die Niederschlagswasserbehandlung häufig noch nicht zufriedenstellend geklärt. Durch die zunehmenden Starkregenergieen in den vergangenen Jahren sind alle Beteiligten – Bür-

ger und Kommunen – mehr sensibilisiert und es wurden Methoden zur Überflutungsvorsorge durch extreme Niederschlagsereignisse entwickelt. Leider sind diese Lösungsansätze noch nicht so verbreitet, dass die Betroffenen und insbesondere die Privatpersonen wissen, dass und wie sie sich vor diesen Naturereignissen schützen können.

Häufigere Starkregenergieen

Starkregenergieen von kurzer Dauer und hoher Intensität können überall in Deutschland vorwiegend in den Sommermonaten auftreten. An Rändern von Gebirgen, z.B. im Alpenvorland aber auch in den Mittelgebirgen, treten vermehrt konvektive Niederschläge auf. Eine Häufung von Starkregenergieen mit Überflutungen im urbanen Raum wird wahrgenommen. Auch wenn noch keine wissenschaftlich fundierte Prognose aufgrund fehlender hydrologischer Daten möglich ist, so ist mit einer Zunahme dieser Extremereignisse zu rechnen.

Während bei Flusshochwasser aus großen Einzugsgebieten lange Vorwarnzeiten den Betroffenen ermöglichen, sich und wertvolle Güter zu schützen und zu sichern, fehlen bei extremen Niederschlägen mit schnellem Abfluss sowohl Prognosen als auch entsprechende Vorwarnzeiten. Daher ist es für diese Ereignisse besonders wichtig, vorab bereits geeignete Vorsorgemaßnahmen zu treffen.

Die gefühlte Sicherheit, dass das Entwässerungssystem ausreichend Schutz vor Überschwemmungen aus Niederschlägen im Siedlungsgebiet bietet, bedarf weiterer Aufklärung. Das Entwässerungssystem kann nach den Regeln der Technik entsprechend

bemessenen Querschnitten und Volumen seltene Ereignisse aufnehmen und mit Einstau und Überstau abführen, ohne dass es zu Überflutungen und Schäden kommt. Aus wirtschaftlichen Gründen wird die Kanalisation aber nicht für sehr seltene, extreme Niederschlagsereignisse ausgelegt, bei denen Überflutungen auftreten können.

Eine zunehmende Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Entwässerungssystems hat auch ein integrales Regenwassermanagement mit Entsiegelung und Abkopplung von Flächen vom Kanalnetz, die Errichtung von Versickerungs- und Rückhalteanlagen sowie das Anlegen von Gründächern.

Für eine integrale Überflutungsvorsorge sind Niederschlags- und Abflussmessungen sowie aktuelle hydraulische Nachweise des Entwässerungssystems für eine Risikobewertung der Siedlungsgebiete wasserwirtschaftlich erforderlich und gegebenenfalls als Sanierungsmaßnahme umzusetzen.

Anhand von Überflutungsnachweisen unter Einbeziehung der Oberfläche muss ermittelt werden, an welchen Stellen des Entwässerungssystems Abwasser austritt, wohin dieses fließt und welche Einrichtungen gefährdet sind. Mit Hilfe von 2D Modellen können Gefahrenkarten erstellt werden, die mögliche Überflutungsflächen mit den Gefahrenstufen hoch, mittel und gering aufzeigen.

Wie die Untersuchung aufzeigt, ist die Überflutungsvorsorge von Starkregen im urbanen Raum eine Gemeinschaftsaufgabe aller Beteiligten und Betroffenen. Sie erfordert eine detaillierte Analyse der Gefährdungen und der Risiken in Zusammenhang mit den hydrologischen Daten. Sie muss in der kommunalen Planung und Entwicklung in Flächennutzungs- und Bauleitplänen neben den Belangen der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sowie der funktionalen Verbesserung der Infrastruktur einen ebenso hohen Stellenwert haben und bei Flächennutzungen mit berücksichtigt werden. DK

COMPACT PIPE
GRABENLOS GUT!

DIRINGER & SCHEIDEL
ROHR SANIERUNG

11X IN DEUTSCHLAND | WWW.DUS-ROHR.DE

1. Immobilienmarktbericht Bayern

„Allein im Jahr 2014 betrug der Umsatz aller Immobilien und Grundstücke in Bayern rund 36 Milliarden Euro. Eine hohe Transparenz auf dem Markt ist deshalb von zentraler Bedeutung“, hat Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des ersten 'Immobilienmarktberichts Bayern' in München betont. Rund 400.000 Datenfelder der örtlichen Gutachterausschüsse aus den Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns hat der Obere Gutachterausschuss gesammelt und ausgewertet. Im Immobilienmarktbericht sind diese Daten auf rund 140 Seiten gebündelt. Er spiegelt somit den bayernweit kompletten Bestand aller Transaktionen von Immobilien und Grundstücken wider. Herrmann: „Die Daten sind eine wichtige Grundlage für Entscheidungen im Bereich der Politik, Wirtschaft und Verwaltung.“

Dem Bericht ist beispielsweise zu entnehmen, dass die Preise auf dem Immobilienmarkt in Bayern zwar steigen, eine 'Überhitzung' jedoch nicht zu beobachten ist. „Bezogen auf die Jahre 2000 bis 2015 ergibt sich bei Immobilien im Durchschnitt eine jährliche Wertsteigerung von drei Prozent. Eine Immobilienblase ist also nicht in Sicht“, erklärte Herrmann.

Auswirkungen des demografischen Wandels

Als hochinteressant bilanzierte Bayerns Bauminister auch die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Immobilienpreise: „Wächst die Bevölkerung um nur ein Prozent, sind Preissteigerungen bei Wiederverkäufen von etwa 15 bis sogar 45 Prozent der Regelfall.“ In Regionen mit Bevölkerungs-

rückgang sei die Entwicklung hingegen völlig unterschiedlich. Während die Preise in Oberfranken nahezu durchwegs zurückgingen, bewege sich die Preisentwicklung in anderen Regionen zwischen einem Minus bis zu einem Plus von rund 30 Prozent.

Für mehr Lebensqualität im ländlichen Raum

Genau hier setzt Herrmann an. „Wir wollen Leertand mit Hilfe unserer Städtebauförderung reduzieren und für mehr Lebensqualität auch im ländlichen Raum sorgen. Wir helfen dabei Gemeinden beim Bau von Flüchtlingsunterkünften genauso wie wir jungen Familien mit der staatlichen Wohneigentumsförderung zum Eigenheim verhelfen.“ Neben dem Wohnungspakt Bayern setzt sich Bayerns Bauminister auch

für bessere Bedingungen in der Privatwirtschaft ein. Herrmann: „Die Grunderwerbssteuer soll bei niedrigen 3,5 Prozent bleiben. Und die Sonderabschreibung für neue Mietwohngebäude muss endlich kommen. Auch unser Immobilienmarktbericht bestätigt, dass wir mehr Wohnraum für alle brauchen und

ren Gutachterausschuss für die Erstellung des Immobilienmarktberichts und hob dabei besonders auch den tatkräftigen Einsatz des Landshuter Oberbürgermeisters Hans Rumpf hervor. Denn die Stadt Landshut stellt der Regierung von Niederbayern die Geschäftsstelle und den Vorsitzenden ihres örtlichen Gutachterausschusses zur Verfügung.

Der Obere Gutachterausschuss mit Sitz in Landshut setzt sich aus einem Vorsitzenden und 25 ehrenamtlichen

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

zwar schnell. Es kann nicht sein, dass hier der Bund mit wichtigen Entscheidungen hinterher hinkt.“

Job für OB Rumpf

Herrmann dankte dem Obe-

weiteren Gutachtern zusammen. Das Sachverständigen-gremium arbeitet selbstständig und unabhängig. Die Herausgabe des Berichts erfolgt ab sofort jeweils in geraden Jahren, spätestens zum 30. Juni.

Neuentwicklung aus dem Hause Max Aicher Bau:

Heute bestellt, morgen geliefert

Freilassing. Eine neue Generation moderner Häuser werden in Zukunft als Modul-Häuser mit System die Fertigungshallen der Max Aicher Bau GmbH & Co. KG verlassen. Zwei Häuser können pro Woche produziert werden.

Die Idee, die dahinter steckt ist simpel: hochwertigen, leibbaren Wohnraum schaffen und das schnell und nachhaltig. Seit Jahren ist Bauunternehmer Max Aicher erfolgreich im sozialen Wohnungsbau aktiv. Bereits vor 15 Jahren hat er in Daglfing diese Art Häuser gebaut.

„Noch heute sind die Bewohner der Reihenhäuser sehr zufrieden“, sagt Max Aicher. „Wir besitzen die Kompetenz für sozialen Wohnungsbau und schaffen behaglichen, nachhaltigen Wohnraum von einer 1-Zimmer-Wohnung bis zum Familienhaus.“

Das Modul-Haus-System bietet die Möglichkeit, binnen kürzester Zeit 112 qm Wohnraum entstehen zu lassen. Die Raumaufteilung im Inneren der Häuser ist variabel und barrierefrei.

Eine Hauseneinheit besteht aus vier Grundmodulen für Erd- und Obergeschoss, zwei abgeschrägten Modulen für das Dachgeschoss und einem siebten, kleinerem Bauteil für das Giebel- und Firstsegment. Eine effektive Hei-

zung, und bei Bedarf auch Kühlung, ist gegeben.

Die Versorgungsschächte und Leerrohre für Leitungen sind be-



Hochwertiger Wohnraum: schnell und nachhaltig.

reits in den Modulen integriert. Mehrere Häuser nebeneinander bilden eine Gesamteinheit mit separaten Eingängen und somit einer gesunden Portion Privatsphäre. Und genauso schnell wie die Häuser aufgestellt werden, können sie bei Bedarf auch wieder demontiert und an anderer Stelle aufgestellt werden.

Bayerns Bauhauptgewerbe:

Wesentlich über Vorjahresniveau

Im April 2016 erwirtschaftete das bayerische Bauhauptgewerbe einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,13 Milliarden Euro. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mittelt, bedeutet dies ein deutliches Umsatzplus von 11,3 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresergebnis, wozu der Wohnungsbau, der gewerbliche und industrielle Hochbau sowie der Straßenbau weit überdurchschnittlich beigetragen haben. Der Gesamtwert der Auftragseingänge des Wirtschaftssektors bezifferte sich Ende des aktuellen Berichtsmonats auf 1,35 Milliarden Euro und der Personalstand auf 82.961 tätige Personen, womit das jeweilige Vorjahresniveau um 19,0 Prozent bzw. 2,9 Prozent überboten wurde.

Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik erzielte das Bauhauptgewerbe in Bayern im April 2016 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,13 Milliarden Euro. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis bedeutet dies einen deutlichen Zuwachs von 11,6 Millionen Euro bzw. 11,3 Prozent.

Für diesen Umsatzanstieg zeichneten sich der Wohnungsbau (+19,1 Prozent gegenüber April 2015), der gewerbliche und industrielle Hochbau (+15,0 Prozent) sowie der Straßenbau (+23,5 Prozent) überdurchschnittlich verantwortlich.

Kommunaler Hochbau:

429,8 Millionen Euro für bayernweite Projekte

„Der Freistaat ist ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Auch in diesem Jahr können wir unsere Gemeinden in ganz Bayern mit insgesamt 429,8 Millionen Euro bei Hochbauprojekten unterstützen. Voraussichtlich können alle Anträge für dieses Jahr angenommen werden“, kündigte Finanzminister Dr. Markus Söder an.

Allein im Regierungsbezirk Oberpfalz fördert der Freistaat Bayern in diesem Jahr Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen mit 38,5 Millionen Euro. Die Zuschüsse werden durch die Regierung der Oberpfalz verteilt.

Mit den Mitteln werden hier beispielsweise folgende Projekte gefördert: Landkreis Neumarkt i.d.OPf. (Neubau des Willibald-Gluck-Gymnasiums in Neumarkt i.d.OPf. mit Dreifachsporthalle und Freisportanlagen sowie von Räumen für eine gebundene Ganztagschule: 2.633.502 Euro), Stadt Regensburg (Neubau der Fach- und Berufsschule mit Doppelsporthalle: 4.367.000 Euro), Stadt Weiden i.d.OPf. (Neubau der Staatlichen Fach- und Berufsschule im Rahmen eines PPP-Projekts: 2.454.009 Euro).

Oberfranken

Mit 31 Millionen Euro wird Oberfranken unterstützt. Unter anderem werden folgende Projekte gefördert: Landkreis Coburg (Umbau, Erweiterung und Generalsanierung der Staatlichen Realschule Coburg II: 2.000.000 Euro), Stadt Rehau (Schulzentrum Rehau, Bauabschnitte 1 bis 3: 1.702.000 Euro), Stadt Wunsiedel (Generalsanierung und Umbau der gemeinsamen Schulanlage der Jean-Paul-Mittelschule und der Grundschule Wunsiedel II einschließlich Sporthalle und Allwetterplatz: 2.500.000 Euro).

Im Regierungsbezirk Unterfranken fördert der Freistaat Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen mit 38,4 Millionen Euro. Mit den Mitteln werden beispielsweise folgende Projekte gefördert: Gemeinde Bischbrunn (Generalsanierung der Grundschule mit Freisportanlagen im Ortsteil Oberndorf: 1.800.000 Euro), Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Generalsanierung der Sporthalle: 1.200.000 Euro), Landkreis Miltenberg (Generalsanierung,

Umbau und Erweiterung des Hermann-Staudinger-Gymnasiums in Erlenbach: 2.000.000 Euro).

Mit 62 Millionen wird Mittelfranken unterstützt. Unter anderem werden folgende Projekte gefördert: Stadt Erlangen (Erweiterung und Generalsanierung des Ohm-Gymnasiums: 2.500.000 Euro), Stadt Langenzenn (Generalsanierung und Erweiterung der Mittelschule in Langenzenn: 2.000.000 Euro), Landkreis Roth (Errichtung eines Ersatzneubaus für das Haus „Mendel“ am Gymnasium Hilpoltstein: 2.200.000 Euro).

Im Regierungsbezirk Schwaben fördert der Freistaat Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen mit 65 Millionen Euro. Mit den Mitteln werden beispielsweise diese Projekte gefördert: Landkreis Aichach-Friedberg (Neubau eines Staatlichen Gymnasiums in Mering: 3.300.000 Euro), Landkreis Augsburg (Neubau des Gymnasiums Diedorf mit Sportanlagen: 3.350.000 Euro), Landkreis Ostallgäu, Neubau eines staatlichen Gymnasiums in Buchloe: 1.848.000 Euro).

Mit 32,5 Millionen Euro wird Niederbayern unterstützt. Unter anderem werden folgende Projekte gefördert: Stadt Freyung (Generalsanierung der Dreifachturnhalle an der Mittelschule Freyung: 1.300.000 Euro), Landkreis Kelheim (Neuerichtung der zweizügigen Staatlichen Realschule in Mainburg mit Errichtung einer Doppelsporthalle: 1.500.000 Euro), Landkreis Rottal-Inn (Erweiterung der Realschule Simbach a. Inn mit Neubau einer Zweifachturnhalle: 1.300.000 Euro).

Oberbayern

Im Regierungsbezirk Oberbayern fördert der Freistaat Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen mit 147 Millionen Euro. Mit den Mitteln werden beispielsweise diese Projekte gefördert: Landkreis Dachau (Erweiterung, Sanierung und Umbau der Berufsschule Dachau mit Sporthalle und Mensa: 3.840.000 Euro), Landeshauptstadt München (Neubau der Berufsschule Wirtschaft, der Fachoberschule Wirtschaft und der Fachakademie für Heilpädagogik an der Nordhaide, Schleißheimer Straße: 3.552.000 Euro), Stadt Pfaffenhofen a.d. Ilm (Neubau der Grund- und Mittelschule in Pfaffenhofen a.d. Ilm: 3.750.000 Euro).

Söder zufolge können Bayerns Kommunen grundsätzlich auch in diesem Jahr wieder dringliche Investitionen im Schulhausbau und beim Bau von Kindertageseinrichtungen zeitnah angehen. Viele planen insbesondere mehrjährige Investitions- sowie Sanierungsprogramme im Schulbaubereich. Die Fördermittel für den kommunalen Hochbau seien Bestandteil des unverändert kommunalfreundlichen bayerischen Staatshaushalts, in dem jeder vierte Euro für Gemeinden, Landkreise und Bezirke vorgesehen sei. Der Löwenanteil davon werde über den kommunalen Finanzausgleich abgewickelt. Der kommunale Finanzausgleich weise in diesem Jahr mit 8,56 Milliarden Euro ein Rekordvolumen auf. DK

Neubaumotor immer noch nicht gestartet

Wohnungsbau bleibt deutlich unter Erwartungen

„Die Bilanz beim Wohnungsbau ist ernüchternd. Im vergangenen Jahr wurden deutlich weniger Wohnungen gebaut als erwartet. Das Ziel, den Neubaubedarf von 400.000 Wohnungen jährlich insbesondere in den Ballungsräumen zu decken, rückt so in immer weitere Ferne“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zu den veröffentlichten Baufertigstellungs-Zahlen des Statistischen Bundesamtes. „Statt den Neubaumotor endlich anzukurbeln, sorgt die Politik mit einer immer weiter steigenden Auflagenflut und fehlenden Anreizen für den Wohnungsbau dafür, dass die Dynamik bei den Wohnungsfertigstellungen schon wieder deutlich abebbt“, betonte Gedaschko.

Im Jahr 2015 wurden in Deutschland insgesamt 247.700 Wohnungen fertiggestellt. Das waren nur 1 Prozent oder rund 2.400 Wohnungen mehr als im Vorjahr. 2014 hatte die Steigerungsrate bei den Baufertigstellungen gegenüber dem Vorjahr noch bei 14,2 Prozent gelegen. Im Geschosswohnungsbau wurden 2015 rund 105.000 Wohnungen fertiggestellt, im Ein- und Zweifamilienhausbau rund 130.000 Wohnungen. Die Zahl der neu gebauten Wohnungen liegt damit insgesamt rund 20.000 Einheiten unter den vom Bundesbauministerium erwarteten 265.000 bis 270.000 Fertigstellungen für 2015.

Politische Bremswirkung

„So kann es nicht weitergehen. Alle von der Baukostensteigerungskommission bereits identifizierten Maßnahmen müssen jetzt dringender denn je umgesetzt werden, damit der Wohnungsbau wieder für alle bezahlbar wird“, forderte Gedaschko. Seit dem Jahr 2000 ist der Neubau von Mehrfamilienhäusern in Deutschland um rund 49 Prozent teurer geworden, wie neue Analysen der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen (ARGE Kiel) zeigen. Zusätzlich bremst die Politik den Neubau mit Eingriffen ins Mietrecht und immer neuen Verschärfungen der Energieeinsparvorgaben aus.

Zwar steigen die Baugenehmigungszahlen seit einigen Jahren, aber deutlich weniger Wohnun-

Wirksame Anreize

„Dringender denn je braucht der Wohnungsbau jetzt wirksame Anreize“, forderte der GdW-Präsident. Es müssen mehr Bauflächen zur Verfügung gestellt und durch die Kommunen verstärkt nach Konzeptqualität vergeben werden. Neben einem Stopp der Preisspirale insbesondere bei der Grunderwerbsteuer sei zudem eine Erhöhung der linearen Abschreibung für Abnutzung (AfA) von 2 auf mindestens 3 Prozent notwendig.

„Um den Wohnungsbau wirklich anzukurbeln, brauchen wir endlich auch die Sonderabschreibung für den Wohnungsbau – sowie zusätzlich eine gleichwertige Investitionszulage für all diejenigen Bauherren, die die Abschreibung nicht nutzen können“, so Gedaschko. Er forderte die Politik auf, hier zügig zu einer Einigung zu kommen.

Unimog im Straßendienst:

Von Bankettpflege bis Schneeräumen

Durchgehender Einsatz in Sommer und Winter

Mit seiner Firma ist der Geschäftsführer und Eigentümer der Rosinsky Dienstleistungs GmbH, Achim Rosinsky, seit vielen Jahren Unimog Kunde. Das Unternehmen hat sich auf Arbeiten spezialisiert, die sich am Straßenrand abspielen. Neben dem Bau und der Instandsetzung von Banketten gehören dazu auch Mäharbeiten und das Aufstellen von Wildschutzzäunen an der Autobahn. Der zweite große Geschäftsbereich des 60-Mitarbeiter-Betriebs aus Niedersachsen ist der Winterdienst. Eine Kombination, die in Deutschland ziemlich einzigartig ist – und bei der sich die Anschaffung eines Unimog doppelt bezahlt macht.

Dank seiner Vielseitigkeit leistet der neue Unimog U 423 Euro 6 für die Firma bei allen anfallenden Aufgaben wichtige Arbeit und lässt sich innerhalb kürzester Zeit mit einem neuen Anbau ausstatten. „Den U 423 vom Verdichter auf eine Bankettfräse umzurüsten“, nennt Rosinsky ein Beispiel, „ist eine Sache von lediglich zehn Minuten.“ Für die anderen Unimog seiner Flotte,

die teilweise permanent bis zu sechs verschiedene Anbauten am Bord haben, gilt Ähnliches.



Bei der Rosinsky Dienstleistungs GmbH beweist sich der neue Unimog U 423 BlueTec 6 schon im Einsatz.

die teilweise permanent bis zu sechs verschiedene Anbauten am Bord haben, gilt Ähnliches.

Abgasnorm Euro VI

Einen entscheidenden Vorteil

der neuen Generation Unimog sieht Rosinsky in den neuen 4- und 6-Zylinder-Motoren, die bereits die Abgasnorm Euro VI erfüllen. Er rechnet fest damit, dass dies in Ausschreibungen zukünftig häufiger ausdrücklich gefordert sein wird und hat nicht zuletzt deshalb bereits seinen nächsten Unimog geordert: den neuen U 530.

Synergetischer Antrieb

Überzeugt hat Rosinsky auch der synergetische Fahrtrieb EasyDrive. Da seine Fahrzeuge auf Baustellen oft längere Distanzen zwischen den Einsatzorten zurücklegen müssen, profitiert er enorm von der Möglichkeit, ohne Unterbrechung vom Arbeitsmodus in den Fahrmodus zu wechseln. „Nicht zuletzt das“, sagt er über seinen Unimog U 423, „macht ihn für uns so wirtschaftlich und einfach zu handhaben.“

Frei-Sicht-Kabine im Ladog G129 N20:

Eine Innovation in Sachen Arbeitssicherheit

Der Kommunalgerätehersteller Ladog hat für den Ladog G 129 N 20 das bisherige Aluminium-Fahrerhaus nach den Anforderungen der Ladog-Fahrer weiterentwickelt.

Die Hauptscheinwerfer im unteren Bereich sind jetzt untereinander eingebaut, brauchen weniger Platz in der Breite. Die untere Gerätescheibe wurde optimiert – auf das Maximale vergrößert. Das Armaturenbrett innen

wurde signifikant verkleinert und dient nur noch der Luftführung der Heizung. Drei Luftdüsen für die Frontscheibe sind vorhanden. Je eine verstellbare Heizungsdüse links und rechts vor den Seitenscheiben sind eingebaut.

Eine „Fußdüse“ links auf der Fahrerseite für die Fußwärme links und die untere linke Türscheibe sind verbaut. Der Scheibenwischermotor sitzt ganz unten am Fahrerhaus, verdeckt dadurch keine Sicht nach vorne mehr.

Optimale Sicht

Vom Fahrersitz aus ist eine optimale, freie Sicht nach vorne unten und insgesamt nach vorne entstanden. „Wir reden nicht nur von Freisicht-Kabine, wir haben eine Frei-Sicht-Kabine“ und die ganze Kabine in Aluminium-Ausführung, sagt Werkvertreter Alfred Bertsche zu der neuen Kabine.

Jetzt kann sich jeder Ladog-Fahrer selbst von den optimalen Sichtverhältnissen nach vorne, auf die Frontanbaugeräte, überzeugen. Der Fahrer macht keinen „Blindflug“, sondern sieht die Außenkanten und die Anbaugeräte vorne optimal. „Ein weiterer Vorteil“, so Bertsche, „ist zudem, dass wir die Anbaugeräte mit sehr kurzem Abstand von der Vorderachse anbauen können. So sieht der Fahrer alles. Der Hebel auf die Vorderachse ist sehr klein, das verbessert das Fahrverhalten.“



Ladog-Fahrer loben die neue Frei-Sicht-Kabine beim neuen Ladog G 129 N 20.

Neuer Schlauchwagen für Katastrophenschutz in Fischach

Der Fahrzeugpark der Freiwilligen Feuerwehr Fischach hat Zuwachs bekommen: Seit kurzem ist im Gerätehaus ein Schlauchwagen für den Katastrophenschutz stationiert.

Mit dem neuen Schlauchwagen, so Kreisbrandrat Alfred Zinsmeister bei der Übergabe an Kommandant Stefan Scholz und Bürgermeister Peter Ziegelmeyer, werde im Südwesten des Landkreises eine Lücke geschlossen. Gründe für den Standort Fischach im Her-

zen der Stauden seien darüber hinaus dessen geografische Lage inmitten großflächiger Waldgebiete und die Personalstärke der Fischacher Wehr.

Das Fahrzeug wird in erster Linie zur Wasserversorgung über lange Wegstrecken eingesetzt. Es

verfügt unter anderem über 2.000 Meter Schlauchmaterial, um beispielsweise bei einem Waldbrand eine rasche und stabile Löschwasserförderung sicher zu stellen. Ohne die Schlauchbeladung kann das Fahrzeug als multifunktionaler Transport-LKW eingesetzt werden, etwa für den Transport von Sandsäcken bei Hochwasser.

Mit Blick auf die zahlreichen Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre wird in Fischach zudem ein Anhänger mit zwei so genannten Flachwasserschubbooten stationiert, den der Landkreis beschafft hat. Kommandant Stefan Scholz: „In Kombination mit dem Schlauchwagen sind wir damit für künftige Hochwasserereignisse bestens aufgestellt.“ Verena Wanner, Fachbereichsleiterin Öffentliche Sicherheit und Ordnung am Augsburger Landratsamt ergänzt: „Mit der Stationierung des Schlauchwagens in der Staudengemeinde verpflichten sich der Markt Fischach und seine Feuerwehr, im Rahmen des länderübergreifenden Katastrophenschutzes auch bei Schadensereignissen über die Landkreisgrenzen hinaus mitzuwirken.“ (wkl)



V. l.: Kommandant Stefan Scholz, Kreisbrandrat Alfred Zinsmeister, Verena Wanner, Diana Fischer (beide Landratsamt Augsburg) und Bürgermeister Peter Ziegelmeyer besichtigen den neuen Schlauchwagen für den Katastrophenschutz in Fischach. Bild: Horst Baran

Ausschreibung von Kommunalfahrzeugen leicht gemacht

Die Akademie Dr. Obladen hat auf der IFAT in München dem Fachpublikum neue Wege für rechtssichere Ausschreibungen von Kommunalfahrzeugen aufgezeigt. Die Akademie präsentierte einen Musterordner mit sämtlichen Dokumenten von der Aufforderung zum Einreichen eines Angebots über Leistungsverzeichnisse, Full-Service-Vertrag bis hin zur Excel-basierten Auswertungsmatrix mit hinterlegten Berechnungsformeln. Ein Fuhrparkmanager zeigte sich von der gründlichen Darstellung und der Punktematrix begeistert. Auch für einen Experten wie ihn sei es stets eine echte Herausforderung, sowohl alle technischen Trends als auch die Normen zu verfolgen und in die Leistungsverzeichnisse zu übernehmen. Als erstes ist eine Vergabeakte für ein Dreilachsfahrzeug mit einem Aufbau für ein typisches Müllsammelfahrzeug und Schüttung vorgesehen. Weitere Musterordner sind geplant. Weitere Informationen unter: www.vergabeakte.obladen.de



Neues THW-Jugendfahrzeug in Dillingen

Das neue Jugendfahrzeug der THW-Jugend im Landkreis Dillingen wird künftig die Einsatzbereitschaft des Technischen Hilfswerkes bei größeren Schadensereignissen optimieren. Darin waren sich Ortsjugenleiter Herbert Pötzsch, der Vorsitzende des THW-Fördervereins Bernd Nicklaser, Landrat Leo Schrell und der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Thomas Schwarzbauer, einig. Schrell übergab gemeinsam mit Schwarzbauer anlässlich der offiziellen Vorstellung des Fahrzeuges eine Spende der Sparkasse zur Finanzierung der Anschaffung von 4.000 Euro.



Gut kombiniert: der neue Unimog U 323.

Der neue Unimog U 323 verbindet die Wirtschaftlichkeit des U 318 mit der Leistung des U 423. Das macht ihn zum Spezialisten für Aufgaben wie Schneeräumen, Streuen und Reinigen bis hin zu Transport- und Kranarbeiten. Und das alles zum überzeugenden Preis – Kennenlernen lohnt sich.

Jetzt online mehr erfahren.

Attraktiver Preis. Starke Leistung.
Alles über den neuen Unimog U 323:
mbs.mercedes-benz.com/unimog323

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rudelschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de
Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürdenstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-000, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de
KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Generationenhaus Kaufbeuren:

Fördergelder für Asylprojekt

„Integration braucht Begegnung“ heißt das neueste Vorhaben des Generationenhauses Kaufbeuren, das sich für das Förderprogramm „Zusammenarbeit fördern, Integration stärken“ des Bayerischen Familienministeriums qualifiziert hat. Parallel arbeitet das ehrenamtliche Team rund um Vorsitzende Angelika Lausser an dem Projekt „Mehrgenerationenhaus“, gefördert aus Bundesmitteln. Von so vielen Aktivitäten zeigte sich Franz Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Sozialministerium, bei seinem Besuch im Generationenhaus sichtlich beeindruckt und sicherte seine weitere Unterstützung zu.

Für zunächst ein Jahr, beginnend im Juni 2016, wurde das Generationenhaus in das Programm „Zusammenarbeit fördern, Integration stärken“ des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration aufgenommen. Der Zuschlag ist mit einer Fördersumme in Höhe von 25.000 Euro verbunden, die insbesondere für die Schaffung einer neuen Stelle mit 14 Wochenstunden aufgewendet werden. Diese Aufgabe übernimmt fortan Susanne Zoller, die zudem seit den Neuwahlen zweite Vorsitzende des Vereins ist.

Zu ihren Hauptaufgaben gehört zunächst der Aufbau einer Koordinierungsstelle für die Ehrenamtlichen des Arbeitskreises

Asyl. Viele Menschen sind bereits engagiert oder möchten dies zukünftig gerne tun. Doch bisher fehlt eine klare Stelle, wo alle organisatorischen Fäden zusammenlaufen. Kontakte knüpfen, Dateien erstellen und Rahmenbedingungen schaffen wird Susanne Zoller in den kommenden Wochen. „Wir brauchen gewisse Strukturen, um die Bürger zu motivieren und die Ehrenamtlichen zu entlasten“, erläutert Staatssekretär Pschierer.

Wortschatz erweitern

Praktische Vorhaben ergänzen die Pläne des Generationenhauses, um beispielsweise die Deutschkenntnisse der Asylbewerber durch Aktivitäten in der

Gemeinschaft zu verbessern. Asylsuchende Eltern mit Kindern unter drei Jahren können ihren Wortschatz spielerisch in einer Sprachkrabbelgruppe erweitern. Kinder und Jugendliche bekommen die Möglichkeit, an Schwimmkursen teilzunehmen, um später gemeinsam mit Altersgenossen im Frei- und im Hallenbad Spaß zu haben.

Praktisches Vorhaben

Bei „Kochen wie 1001 Nacht“ werden zusammen Köstlichkeiten aus den Herkunftsländern der Migranten gekocht. Die Nachbarn der Asylunterkünfte sollen zu Begegnungsfesten eingeladen werden, um so in persönlichen Gesprächen Probleme und Vorbehalte aufzulösen.

„Die Zuwanderung ist eine Herausforderung für die kommenden Jahre. Die Integration findet genau auf dieser Ebene bei solchen Projekten statt“, ist Pschierer überzeugt. Begleitet wird das ganze Vorhaben durch die Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement von „Kaufbeuren

aktiv“ und das Bildungsbüro.

Mit der FreiwilligenAgentur „Knotenpunkt“ hat das Generationenhaus aktuell den Zugang zum Förderprojekt „engagierte Stadt“ geschafft. Das Team möchte eine „Zukunftswerkstatt“ initiieren, um Bürger, Unternehmer und Vertreter von Einrichtungen zu vernetzen, Lösungen und Ideen zu entwickeln, die Kaufbeuren als Standort attraktiv werden lassen. Für die Realisierung stehen dem Generationenhaus jetzt Fördermittel in Höhe von 45.000 Euro zur Verfügung, verteilt auf drei Jahre.

Der Verein Generationenhaus Kaufbeuren e. V. mit dem Mehr-Generationenhaus und der FreiwilligenAgentur „Knotenpunkt“ wurde im Jahr 2005 von einem Kreis Kaufbeurer Bürger gegründet; seit 2011 befinden sich die zugehörigen Räume im Baumgarten 32. „Hier seid ihr mittendrin und für Kaufbeuren eine ganz wichtige Anlaufstelle“, hob Oberbürgermeister Stefan Bosse hervor.



Staatssekretär Franz Pschierer (rechts) nahm sich bei seinem Besuch im Generationenhaus Kaufbeuren an. Er steht mit anderen Personen vor einem Hintergrund mit dem Logo des Generationenhauses.

dertenarbeit des Roten Kreuzes.

Marktplatz am 6. November

Eine feste Institution ist der Marktplatz der FreiwilligenAgentur, der dieses Jahr am 6. November im Sparkassenforum stattfindet. Das Generationenhaus vermittelt beim „Lesekoffert“ Paten an Grundschulen, die mit den Mädchen und Jungen gemeinsam Lesen.

Unter dem Motto „Vorbild Jugend“ betreut das Team vom Generationenhaus rund 40 Jugendliche der siebten bis neunten Klassen aus verschiedenen Schulen, die sich auf eigenen Wunsch hin verpflichten, innerhalb eines Schuljahres mindestens 30 ehrenamtliche Arbeitsstunden in einer sozialen Einrichtung zu absolvieren. Behördenlosen unterstützen beim Aus-

füllen von Anträgen für Ämter.

Darüber hinaus gibt es Backen mit Kindern, eine Klöppelgruppe, Familien-Frühstück, Sitzplatz für Senioren und noch vieles mehr im Programm des Generationenhauses Kaufbeuren. „Für eine Stadt in dieser Größe ist dies das umfassendste Angebot eines Generationenhauses in seiner ganzen Vielfalt, das ich bisher erlebt habe“, so Pschierer nachdrücklich.

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Rolfmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewährung übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungsweise und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 70,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADE33HAN

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE36 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF33HAN

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Gemeinsam hoch hinaus in Nürnberg:

Wie Messe und Flughafen sich gegenseitig beflügeln

Nürnberg (obx) - Die NürnbergMesse bringt mehr internationales Publikum in den Norden Bayerns als irgendein anderes Wirtschaftseignis im Freistaat. Rund 10.000 Aussteller und in starken Messejahren mehr als 200.000 internationale Besucher reisen aus allen Teilen der Welt jedes Jahr zu Messen oder Kongressen in die Franken-Metropole. Davon profitiert ganz Bayern und neben Franken sowie Ostbayern vor allem auch der Flughafen Nürnberg, dem auch dank des Ausbaus des Messegeschäfts und einer engen Allianz mit der NürnbergMesse die Trendwende gelungen ist und wo die Zeichen jetzt wieder auf Wachstum stehen. 2015 stieg die Zahl der Passagiere um 3,5 Prozent an. Auch künftig wollen sich der Albrecht-Dürer-Airport und die NürnbergMesse weiter beflügeln.

Während der großen internationalen Messen in Nürnberg hat laut NürnbergMesse-Geschäftsführer Peter Ottmann auch der Flughafen Hochkonjunktur: So richtete der dänische „Bausteinreise“ Lego während der diesjährigen Spielwarenmesse einen täglichen Flugbusshuttle zwischen dem Unternehmertum in Billund in Dänemark und der Frankenmetropole ein.

Zur weltgrößten Fachmesse der Getränkeindustrie, der BrauBeviale in Nürnberg, landete beispielsweise eigens eine speziell gecharterte Maschine aus Antwerpen in Belgien. In dem Königreich ist unter anderem Anheuser Busch zu Hause, die - am Bierabsatz gemessen - größte Brauereigruppe der Welt. Eine Sondermaschine landete kürzlich auch aus der kroatischen Hauptstadt Zagreb - mit Fachbesuchern für die „Holz und Handwerk“ in Nürnberg.

Klare Verknüpfung

Zudem setzen Fluggesellschaften wie Swiss oder Air France rund um wichtige Messetermine größere Maschinen für die Verbindungen nach Nürnberg ein. „Der Flughafen verzeichnet zu Messezeiten eine deutlich höhere Frequenz an Charterflügen und Businessjets“, sagt Flughafengeschäftsführer Dr. Michael Hupe. Er ist überzeugt: „Der Erfolg der NürnbergMesse und des Albrecht-Dürer-Airports Nürnberg sind eng miteinander verknüpft.“

Internationale Gäste und Aussteller werden für die NürnbergMesse immer bedeutender. Im vergangenen Jahr kamen bereits

rund 40 Prozent aller Aussteller aus dem Ausland. Das ist deutlich mehr als der Durchschnitt der deutschen Messeplätze, wo rund jeder vierte Aussteller nicht aus dem Inland stammt.

Viele ausländische Besucher erwartet

2016 erwartet Nürnberg mehr als 10.000 ausländische Aussteller und mehr als 200.000 internationale Besucher. „Internationale Leitmesse wie die Spielwarenmesse, die weltweit führende Messe für Bio-Lebensmittel „Biofach“ oder auch die „Interzoo“ als Leitmesse für die Heimtierbranche lassen sich leichter durch gute internationale Flugverbindungen an Nürnberg etablieren und wachsen damit weiter“, sagt Ottmanns Geschäftsführerkollege Dr. Roland Fleck. Bei Messen wie der „Interzoo“, der Spielwarenmesse oder der „Biofach“ kommen heute nach Erhebungen der Messegesellschaft etwa drei von vier Ausstellern aus aller Welt.

Forcierte

Internationalisierung

Die fränkische Messegesellschaft hat die Internationalisierung in den vergangenen Jahren mit hohem Tempo erfolgreich vorangetrieben: Sie verfügt heute über fünf Tochtergesellschaften und 50 Auslandsvertretungen, mit denen die NürnbergMesse in über 100 Ländern weltweit aktiv ist. Zuletzt kamen unter anderem Vertretungen in Neuseeland, Vietnam, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Katar und Kuwait hinzu. Kern des Netzwerks sind dabei aber die fünf

Tochtergesellschaften der NürnbergMesse in Brasilien, China, Italien, Indien und den USA.

Ausländische Quellmärkte

Wichtigste ausländische Quellmärkte für Aussteller sind Italien (1.155), China (881), die Vereinigten Staaten (716), Großbritannien (581), Frankreich (551), Österreich (537), die Niederlande (531) und die Schweiz (404). Die meisten internationalen Besucher kamen im vergangenen Jahr aus Italien (rund 15.000), Österreich (rund 13.500), Tschechien (rund 11.000), der Schweiz, Frankreich und den Niederlanden (jeweils rund 9.000). Spitzenreiter bei den internationalen Fachbesuchern: Interzoo (69 Prozent), European Coatings Show (62 Prozent, Lack- und Farbenindustrie), IWA Outdoor Classics (59 Prozent, Jagd- und Sportwaffen, Outdoorartikel), Spielwarenmesse (58 Prozent), Chillventa (56 Prozent, Kältetechnik, Klima, Lüftung und Wärmepumpen).

Neue Allianz

Um die Internationalisierung der Metropolregion Nürnberg voranzutreiben, wollen NürnbergMesse und Airport auch künftig an einem Strang ziehen. Vorbild für die Zusammenarbeit ist dabei eine 2015 zwischen Messe und der Fluggesellschaft Turkish Airlines geschlossene Kooperation. Durch die neue Allianz ist der Messeplatz Nürnberg über das Drehkreuz Istanbul von mehr als 200 Destinationen weltweit noch besser und auch kostengünstiger erreichbar.

„Das Angebot wird hervorragend angenommen, Turkish Airlines hat die Kapazitäten auf der Strecke bereits erhöht“, sagt Flughafensprecherin Stefanie Schmidts. Zusätzlich beflügeln wirken werde auch der weitere Ausbau des Streckennetzes aus Nürnberg, so Schmidts. Neu eröffnet wurde in diesem Jahr eine tägliche Verbindung nach Brüssel. Ab Herbst kommen Direktflüge unter anderem nach Budapest, Mailand, Manchester, Rom und London hinzu.

Zwei neue Tageskliniken in der Oberpfalz:

Psychiatrische Versorgung verbessert

Die psychiatrische Versorgung im Freistaat wird weiter verbessert. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte anlässlich des Spatenstichs zur Errichtung der Tageskliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Erwachsenenpsychiatrie am Klinikum St. Marien in Amberg: „Bei etwa der Hälfte aller Erwachsenen mit psychischen Störungen treten die ersten Symptome bereits vor dem 14. Lebensjahr auf. Um die Leidenszeit zu verkürzen, bedarf es einer frühzeitigen Behandlung und Therapie – und das am besten wohnortnah.“

Huml ergänzte: „Wenn es darum geht, moderne Versorgungsstrukturen in der Psychiatrie zu schaffen, setzen wir vor allem auf regionale Tageskliniken. So schaffen wir eine wohnortnahe Versorgung für die Patienten und ihre Angehörigen ohne große Fahrstrecken.“

Der Freistaat Bayern unterstützt das Bauvorhaben in Amberg über das Jahreskrankenhausbauprogramm. Bei zügigem Baufortschritt kann der Träger von den etwa 3,5 Millionen Euro Gesamtförderung noch heuer fast zwei Millionen Euro abrufen.

Kurze Wege

Der Neubau am Klinikum St. Marien in Amberg wird zwei moderne Tageskliniken – eine für Kinder und Jugendliche sowie eine für Erwachsene – mit insgesamt 32 Plätzen beherbergen. Dazu gehören auch alle notwendigen Räumlichkeiten für Diagnostik, Therapie und Versorgung. Außerdem werden zwei Institutsambulanzen und Flächen für den Schulunterricht der jungen Patienten Platz finden. Ministerin Huml betonte: „Durch die direkte Verbindung mit dem Partnerkrankenhaus entstehen kompakte Strukturen mit kurzen Wegen. Davon profitieren die Patienten und die Mitarbeiter. Und: Auch mehr Wirtschaftlichkeit wird erreicht.“

Enorme Fördersummen

Gemeinsam mit den Kommunen stellt die Bayerische Staatsregierung erhebliche Mittel für die Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie die Erwachsenenpsychiatrie zur Verfügung. Huml bekräftigte: „Allein in den vergangenen 25 Jahren haben wir über eine Milliarde Euro für den Ausbau und die Modernisierung der psychiatrischen Kliniken in Bayern ausgegeben. Auch die oberpfälzischen Bezirkskliniken haben von dieser enormen Fördersumme profitiert. Rechnet man die Maßnahmen in Regensburg und Amberg dazu, werden wir rund 100 Millionen Euro in die stationäre und teilstationäre psychiatrische Versorgung im Bezirk investiert haben.“

„Auf in den Schulwald“

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald startet mit dem Bayerischen Gemeindetag eine Initiative für mehr Waldpädagogik

Mit der Initiative „Auf in den Schulwald“ sagt der Landesverband Bayern der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) den fehlenden Naturerlebnissen von Kindern und Jugendlichen den Kampf an. Vor kurzem fand in der oberbayerischen Gemeinde Karlsfeld die Auftaktveranstaltung zu dem Projekt statt, das die SDW Bayern im Verbund mit dem Bayerischen Gemeindetag und weiteren Kooperationspartnern initiiert und organisiert hat.

„Das Schulwaldkonzept soll dazu beitragen“, so der Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Josef Miller, „dass Kinder und Jugendliche über den Wald wieder mehr Zugang zur Natur bekommen. Natur lässt sich im Wald mit seinen zahlreichen, sich immer wieder ändernden Biotopen am besten erleben. Tiere beobachten, Pflanzen pflegen, erkunden, erforschen, entdecken, untersuchen – all dies ermöglichen Schulwälder. Viele Schüler wachsen teils ohne jeglichen Bezug zum Wald auf. Sie kennen keine Bäume, Pilze oder Sträucher und haben teilweise noch nie Frösche, Würmer, Schnecken oder Käfer in natura gesehen – das aktuellste Mobiltelefon aber hat fast jeder. Die Kinder wachsen in einer virtuellen Welt mit Smartphone und Playstation, mit Fernsehen und Videos auf. Den Kindern fehlt heute ein Naturerlebnis. Es geht uns bei der Aktion darum, bei Kindern die emotionale Bindung zur Natur zu fördern und sie mit allen Sinnen Naturerfahrungen sammeln zu lassen.“

Miller war zwischen 1998 und 2008 Bayerischer Staatsminister

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Sein Nachfolger im Landwirtschaftsministerium Helmut Brunner betonte beim Startschuss des Projekts in Karlsfeld: „Projekte wie das in Karlsfeld sollen im wahrsten Sinne des Wortes Schule machen. Die Aktion „Auf in den Schulwald“ der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald unterstütze ich gerne. Ein Schulwald ist ein sehr hoher pädagogischer Ansatz für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Der Nachhaltigkeitsgedanke und die persönliche Verantwortung für die Umwelt können durch eine solch langfristige Engagement besonders intensiv erlebt werden.“

Niedrige Kosten

Gemeindetagpräsident Dr. Uwe Brandl ermuntert Gemeinden, Bürgermeister, Schulen, Lehrkräfte, Förster, Waldbesitzer und Eltern in den Gemeinden aktiv und kreativ zu werden und eigene Projekte anzulegen bzw. anzulegen. Der Schulwald ist nicht mit hohen Kosten verbunden. Er wird, wenn

er gut gemacht wird, zu einem Erlebnis für die Schulkinder, das sie ein Leben lang nicht vergessen.

Der Ministerialdirektor im Bayerischen Kultusministerium Herbert Pils sagte: „Wir begründen uns an der Schulwaldaktion, weil Wald unseren Schülerinnen und Schülern besondere intensive Naturerlebnisse ermöglicht. Ein in jungen Jahren so angebaute emotionale Bindung bildet gemeinsam mit dem erworbenen Wissen eine gute Grundlage für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur.“

Außerschulischer Lernort

Hermann Krenn, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Dachau betonte: „Mit dem Schulwald wird der Wald als außerschulischer Lernort ne belebt. In Karlsfeld gibt es ihn schon und mit Hilfe des Leitfadens der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald wird es in zukünftig noch an vielen anderen Orten in Bayern geben.“

Als Schulwald wird ein kleines Waldstück in Schulumnähe bezeichnet, das unter Anleitung von Lehrkräften und Forstleuten von Kindern und Jugendlichen über einen längeren Zeitraum umfassend betreut wird. Ein Schulwald ermöglicht die Ergänzung des theoretischen Unterrichtes durch praktische Einsätze im Wald.

Neben dem Landesverband Bayern der SDW wirken bei der Initiative „Auf in den Schulwald“ folgende Kooperationspartner mit: Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Bayerischer Gemeindetag, Bayerische Forstverwaltung, Bayerische Staatsforsten AöR, Bayerischer Waldbesitzerverband e. V., Sparkassenverband Bayern. Empfehlungen sprachen das Katholische Schulwerk in Bayern und die Evangelische Schulstiftung in Bayern aus.

Weitere Informationen unter: www.stw-bayern.de



V. l.: SDW-Vorsitzender Josef Miller, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl und stellvertretender SDW-Vorsitzender Prof. Dr. Manfred Schölch.

Mainkraftwerk Freudenberg:

Schönheitskur, neues Dach, neue Fenster und mehr Luft

Rund 800.000 Euro investiert die Rhein-Main-Donau AG in ihre regenerative Stromerzeugungsanlage

Der Fuß- und Radweg über den Main beim Laufwasserkraftwerk Freudenberg im Landkreis Main-Tauber-Kreis ist nicht mehr benutzbar. Aus Sicherheitsgründen muss der beliebte Weg über die Wehranlage bis voraussichtlich Ende Oktober komplett gesperrt werden. Die Rhein-Main-Donau AG und Uniper Kraftwerke GmbH, die das Kraftwerk Freudenberg für die Rhein-Main-Donau AG betreiben, führen dort umfangreiche Baumaßnahmen durch.

Anlässlich eines Begehungstermins mit Freudenbergs Bürgermeister Roger Henning und Collenbergers 2. Bürgermeister Peter Mayer erklärt Uniper-Betriebsingenieur Michael Seuling: „Hintergrund für die unvermeidliche Sperrung sind die anstehenden Arbeiten am Maschinenhaus der Kraftwerksanlage Freudenberg, bei der unter anderem die kompletten Dachflächen von rund 850 m² und ein Großteil der Fensterfronten erneuert werden.“

Neueindeckung

In den kommenden Monaten werden nach Fertigstellung der Gerüste zunächst die in die Jahre gekommenen Dachbleche auf dem Maschinenhaus und dem Schalthaus entfernt; anschließend erfolgt die Neu-Eindeckung des Dachs mit Aluminium-Profilblechen. Ebenso werden die bisher nur handlich zu bedienenden alten Fenster aus der Grönderzeit auf

Zur Verbesserung der Belüftung des Maschinen- und Schalthauses werden unterhalb der Fensterfront in die stauende (Oberwasser) Fassade vier zusätzliche Mauerdurchbrüche zur Installation von vier thermostatgesteuerten Lüftungsanlagen angelegt. Am sichtbarsten wird allerdings das Refreshing der Fassade sein, die nach einer ersten Säuberung intensiv auf Beschädigungen untersucht wird. Sowohl

Ober- als auch Unterpütz werden überprüft und gegebenenfalls erneuert. Als Verschönerungsmaßnahme erhält das gesamte Gebäude (bis auf die Backstein- und Sandsteinfassaden) einen frischen Anstrich.

Auch die Elektroinstallation und der Blitzschutz werden den technischen Erfordernissen angepasst. Es ist geplant, alle Arbeiten bis Ende Oktober abzuschließen. Insgesamt wendet die Rhein-Main-Donau AG rund 800.000 Euro für die baulichen und technischen Erneuerungen sowie die Lüftungsanlage auf.



Bei einem Begehungstermin ließen sich Freudenbergs Bürgermeister Roger Henning (r.) und Collenbergers 2. Bürgermeister Peter Mayer (l.) von Uniper-Betriebsingenieur Michael Seuling aus erster Hand über die Maßnahmen und die unvermeidliche halbjährige Sperrung des Fuß- und Radwegs über die Freudenberger Wehranlage informieren. Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Jetzt haben die Schweizer Stimmbürger doch glatt das bedingungslose Grundeinkommen abgelehnt. Im Land von Zwingli und Calvin ist man also auch noch der Meinung, dass man für seinen Lebensunterhalt arbeiten sollte.“ Mein Chef, der Bürgermeister, zwinkerte mir verschwörerisch zu, denn im Zimmer stand ein Stadtrat, der sich auf lokaler Ebene in einer Initiative engagiert, die das bedingungslose Grundeinkommen propagiert.

Die Idee dahinter ist einfach: Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind bekommt vom Staat eine monatliche Zahlung, die in der Höhe in etwa dem Existenzminimum oder etwas darüber entspricht. Diesen Betrag erhalten unterschiedslos alle, ob sie arbeiten oder dem dolce far niente anhängen, ob sie zu alt oder zu krank zum Arbeiten sind, ob sie sich zu Hause um die Kinder kümmern oder einer ehrenamtlichen Beschäftigung nachgehen. Im Gegenzug hat niemand mehr Anspruch auf reine soziale Transferleistungen wie Kindergeld, Sozialhilfe oder Hartz IV. Auch Unterhaltsansprüche der Kinder gegen die Eltern oder von Eltern gegen ihre Kinder wären damit quasi obsolet. Wer mehr vom Leben erwartet, der muss natürlich arbeiten, sich eine Rente oder ein Vermögen aufbauen, damit er im Alter mehr als das Minimum hat.

Bedingungsloses Grundeinkommen?

Der erste Gedanke bei solchen Vorstellungen ist natürlich: Geht ja gar nicht. Da soll jemand fürs faule Nichtstun ebenso viel bekommen wie derjenige, der jeden Tag um halb sechs aus dem Haus geht, um den Bus zur Arbeit zu bekommen. Verrückt. Welche Argumente hat man noch, wenn die Tochter oder der Sohn statt Medizin, Jura oder BWL partout Kunstgeschichte und Byzantinistik studieren will? Davon kannst Du später nicht leben zieht vielleicht nicht mehr, weil das Grundeinkommen ist ja sicher. Und warum bitte-soll ich Steuern zahlen, wenn ich damit dafür Sorge, dass der Philosophie-Student im dreizehnten Semester statt Taxi fahren zu müssen Zeit hat, im Gras zu liegen und immer



wieder aufs Neue die Denksätze Kants und Hegels zu vergleichen.

Aber eigentlich sind es andere Fragen, deren Beantwortung uns die Diskussion um das Grundeinkommen auferlegt. Wie schätzen wir etwa den Wert der Familienarbeit ein? Abhängig vom Einkommen, wie beim Ehegattensplitting oder erkennen wir gar nur Erwerbsarbeit an? Sind wir bereit, kreative, nicht unmittelbar auf verkaufsfähige Produkte gerichtete Arbeit zu honorieren – das experimentelle Theater, den Underground-Schriftsteller, die Performance-Künstlerin? Sind wir als Gesellschaft bereit, wichtige ehrenamtliche Arbeit verschiedener Art zu honorieren? Könnte das Grundeinkommen eine Brücke für diejenigen in die Rente sein, die nicht bis zu einem künftigen Renteneintrittsalter von 70 oder 71 Jahren in ihrem Beruf arbeiten wollen oder können und eine unproduktive und damit schlechter bezahlte Tätigkeit suchen oder sich gar auf ein Ehrenamt verlegen?

Natürlich steht auch die Frage im Raum, ob wir die Finanzierung unseres Gemeinwesens weiter in Form von Steuern und Sozialbeiträgen hauptsächlich von der menschlichen Arbeit abhängig machen oder ob Produktivität Maßstab der Steuer-/Abgaben-/Beitragslast sein soll. Noch steht ja nicht fest, ob der nächste Innovationsschritt der Wirtschaft, die so genannte Industrie 4.0, nicht der erste Innovationsschritt seit Langem ist, der nicht nur andere, sondern in der Summe weniger Arbeitsplätze bedeutet.

Mein Chef, der Bürgermeister, gesteht mir zu, dass er die Frage bisher zu einseitig traditionell durchdacht hat. Allerdings wäre eine solche radikale Änderung der Grundlagen des Zusammenlebens keine Angelegenheit für eine Volksabstimmung ohne vorherige intensive gesellschaftliche Debatte und einen weit über eine einfache Mehrheit greifenden Konsens pro oder kontra. Jedenfalls wittere ich ihm erst mal einen Satz des amerikanischen Schriftstellers James Grover Thurber: „Es ist besser, einige der Fragen zu kennen, als alle Antworten.“

the Sabriul

Landratsamt München:

Im Zeichen der Vielfalt

Kreisbehörde beteiligt sich am 4. Deutschen Diversity-Tag

Der 7. Juni 2016 stand deutschlandweit im Zeichen der Vielfalt. Auch das Landratsamt München bekennt sich zur Vielfalt und machte auf die bundesweite Aktion und das eigene Selbstverständnis aufmerksam. Landrat Christoph Göbel ist überzeugt: „Vielfalt ist unsere Stärke.“ Und damit meint er nicht allein die große kulturelle, wirtschaftliche und soziale Vielfalt im Landkreis München, sondern auch die Vielfalt in der Mitarbeiterschaft der Kreisbehörde.

Nicht umsonst gehört das Landratsamt München seit vier Jahren zu den Unterzeichnern der so genannten „Charta der Vielfalt“, in der sich die Behörde zu einem vorurteilsfreien Arbeitsumfeld und der Wertschätzung aller Belegschaftsmitglieder bekennt, unabhängig von deren Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

Auch 16 namhafte Unternehmen aus dem Landkreis München haben sich mit ihrer Unterschrift unter die Charta zu einer solchen offenen Unternehmenskultur bekannt und praktizieren in dem Bewusstsein, dass die Wertschätzung der Vielfalt aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens zu dessen (wirtschaftlichen) Erfolg beiträgt, aktiv „Diversity Management“. Ein betriebliches Diversitätsmanagement beschäftigt sich u.a. mit der Analyse von Strukturen, Personalprozessen sowie der Veränderung der Organisationskultur.

Diversitätsmanagement plus

Im Landratsamt München wurden Ende vergangenen Jahres die Funktionen des Integrations-, des Behindertenbeauftragten, der Gleichstellungsbeauftragten, des Wirtschaftsförderers und des Beauftragten für Schulen und Wissenschaft in der neuen Einheit „Chancengleichheit und gesellschaftliche Potenziale“ zusammengeführt. Auch dies ist Ausfluss eines Diversitätsmanagements, das sogar noch über die eigene Organisation hinausgeht und Einfluss auf den gesamten Landkreis nehmen soll.

Daher stand der „Diversity Tag“ im Landratsamt, der sich an

alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtete, auch unter dem Motto „Vielfalt im Landkreis und im Landratsamt“. Wer Lust hatte, konnte mit dem ehrenamtlichen Beauftragten für weiterführende Schulen und Wissenschaft des Landkreises München einen „Blick in das unendliche Universum“ werfen und erfahren, warum der Landkreis München der Wissenschaftsstandort und Medizinstandort Nr.1 in der Welt ist.

Thema Inklusion

Zum Thema Inklusion zeigte der Fachbereich Menschen mit Behinderung einen Film. Anschließend konnten sich die Zuschauer über das Projekt „Außenarbeitsplätze im Landratsamt“ durch die „Lebenshilfe Werkstatt GmbH München“ und dem Heilpädagogischen Zentrum Augustinum (HPCA) informieren lassen. Schon bald sollen nämlich im Landratsamt Menschen, die momentan in Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten, die Gelegenheit bekommen, im ersten Arbeitsmarkt praktische Erfahrungen zu sammeln. Daneben waren Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch der Fachkräftemangel und wie man ihm begegnet, Fragestellungen, die angeregt diskutiert wurden.

„Das Landratsamt ist auf einem guten Weg“, bekundeten viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf ihrem Weg in die Mittagspause das Informationsangebot zum „Diversity Tag“ rege nutzten.

775. Jubiläum der Dillinger Franziskanerinnen:

Seit Jahrhunderten ein Segen für viele Millionen Menschen

Papst Franziskus sendet Glückwünsche aus Rom

Zu einer einzigartigen und weltweit spürbaren Dokumentation der Dankbarkeit und großer Verehrung wurde das 775. Jubiläum der Dillinger Franziskanerinnen im „Schwäbischen Rom“ am Geburtsort der Kongregation im Jahr 1241.

Höhepunkte und herausragende Glanzlichter waren der einen tiefen Eindruck hinterlassende Glückwunsch von Papst Franziskus aus Rom, zur Kenntnis gebracht von Generaloberin Schwester M. Roswitha Heinrich OSF ganz groß beim Festakt auf Leinwand. Der Dankgottesdienst in der Studienkirche mit Diözesanbischof Konrad Zdarsa war ein weiterer Höhepunkt. Er würdigte mit höchster Anerkennung und sehr persönlicher Verbundenheit die Treue und unermüdete Opferbereitschaft der heute 685 Dillinger Franziskanerinnen. Seit der Gründung sind die wurzelstarken Franziskanerinnen in mehreren Erdteilen zum Segen für Millionen geworden. Zu danken sind viele gute Wege zum Himmel, wie die Festredner beim 775. Jubiläum zum Ausdruck brachten.

„Unterwegs mit Gott und den Menschen“

Begonnen hatten die Feierlichkeiten unter dem Motto „Unterwegs mit Gott und den Menschen“ mit einer originellen

Baumpflanzung im schönen Taxipark, einem Lobpreis an Gottes Schöpfung. Teilgenommen waren mit Erde aus allen sieben Provinzen der Gemeinschaft und der Provinzoberinnen, die Niederlassungen aus Europa, Nord- und Südamerika sowie Indien mit Areia Bamberg, Cayias, Hankinson, Indien, Maria Medingen und Spanien sowie Regens Wagner. Hinzu kamen die Vertreter der „Töchter“ der Franziskanerinnen von Sießen, Heiligenbrunn, Bonlanden und Au am Inn.

„Schwester Mutter Erde“

Die „Schwester Mutter Erde“ wurde in Schubkarren gebracht und von Pfarrer Wolfgang Schneck gesegnet. Grußworte sprachen die Baumstifter Oberbürgermeister Frank Kunz und der Europaabgeordnete Markus Ferber, sowie der Landtagsabgeordnete Georg Winter. Begleitet war das Ereignis von der Me-



Zu den hervorragenden und dankbaren Gratulanten beim 775. Jubiläum der Dillinger Franziskanerinnen gehörten Landrat Leo Schrell (links) und Oberbürgermeister Frank Kunz mit den beiden Ordensfrauen Provinzoberin Sr. Gerda Friedel (zweite von links) und Sr. Regina Maria Schwals.

dition „Herr, wie ein Baum sei mein Leben und Gebet“.

Internationale Opferegaben

Beim Dankgottesdienst waren mit Bischof Zdarsa am Altar in der Studienkirche vereint Stadtpfarrer Wolfgang Schneck, Pfarrer Reinhold Remmele, Bruder Cornelius Bohl und Kaplan Simon Stegmüller. Schwestern aus allen sieben Provinzen brachten Opferegaben an den Altar. Vereint war die große Gebetsgemeinschaft im Gebet für den Frieden

und im Glaubensbekenntnis.

Der große Festakt im Stadtsaal hatte erneut internationale Akzente, eröffnet mit einem „Welcome Song“ der indischen Schwestern, dem Dank von Generaloberin Sr. Roswitha, Gemeinsam-Vortrag von Bruder Nikolai Kuster OFM-cap aus Olten (Schweiz). Das mit viel Beifall bedachte „Gespräch unter Nachbarn“ war dem Dillinger Oberbürgermeister Frank Kunz und Pfarrer Schneck zu verdanken.

Starke Aufmerksamkeit fand der Vortrag des seit Kindheit an

Hochwasser:

München hilft dem Landkreis Rottal-Inn

Aufgrund einer Anfrage des Landratsamtes Rottal-Inn beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung München hat Oberbürgermeister Dieter Reiter Unterstützung bei der Bekämpfung der Folgen der Flutkatastrophe zugesagt. Es werden voraussichtlich über einen Zeitraum von drei bis vier Wochen vier Techniker der Lokalbaukommission nach Pfarrkirchen anreisen, um an der Schadensbegutachtung mitzuwirken. Oberbürgermeister Reiter: „Ich bedanke mich bei den Beschäftigten für ihre spontane Hilfsbereitschaft, die so herausragendes Beispiel für kommunale Solidarität ist.“ □

mit der Kirche eng verbundenen Dillinger Landrates Leo Schrell. Er hob die besondere Bedeutung des Hochachtung und großen Respekt auslösenden Einsatzes der Dillinger Franziskanerinnen hervor. „Ich kenne keine weltliche oder kirchliche Einrichtung, die so herausragende Verdienste erworben hat, über eine so lange Zeit, über Jahrhunderte hinweg.“ jdt

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13, die am 7. Juli 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Insertieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauctionshaus Schutz
Friedenstraße 73 · 90043 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-94088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsamm-
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusaß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der Bayerische Gemeindezeitung

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM
KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME
LTM GmbH
Eberhardstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@lrm-um.de
www.lrm-um.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimbitten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Hohe Energieeinsparung für Ihre Lüftungsanlagen

Mit Einsatz der multifunktionalen Wärme- und Kälterückgewinnungstechnik von SEW® ergeben sich erhebliche Vorteile:

- Reduzierung der Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Heiz- und Kältereister entfallen, Wegfall von Rückkühlwerken → Gewinn an Nutzfläche
- Reduzierung des Stromverbrauchs auf Jahrzehnte
- Hohe Energie- und Betriebskosteneinsparungen
- absolut keim- und schadstoffübertragungsfrei durch strikt getrennte Luftströme - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → optimale Raumluftqualität

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152/91560

SEW
www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzvorrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen



Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wohnheimeinrichtungen

Wir sind die WOHNHEIM-Ausstattungs-Spezialisten

STAHLROHR-ETAGENBETTEN
STAHLSTOFF-MATRATZEN
STAHLKLEIDERSCHRÄNKE

Infos unter www.bockorny.de - oder Katalog anfordern
70734 FELLBACH
Hintere Str. 31 - 35
Tel. 0711/58 26 69
Fax 0711/58 26 68

bockorny
bettet gut